

Das Parlament

Berlin, Montag 29. April 2013

www.das-parlament.de

63. Jahrgang | Nr. 18 bis 20 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Eloquent und mediengewandt

Andreas Voßkuhle Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts selbst leitet das neue NPD-Verbotsverfahren, denn er ist auch Vorsitzender des Zweiten Senats in Karlsruhe, der für Fragen der Staatsorganisation zuständig ist. Dabei hat Voßkuhle nur eine Stimme im achtköpfigen Senat, dessen relevante Entscheidung in Parteiverbotsverfahren mit Zwei-Drittel-Mehrheit, also sechs Stimmen, getroffen werden müssen. Mit seiner offensiven Medienpräsenz hat der eloquente 49-Jährige in der Politik zuletzt Irritationen ausgelöst. Voßkuhle ist seit 2008 Richter beim Bundesverfassungsgericht und wurde 2010 zu dessen jüngsten Präsidenten gewählt. In einem Interview ließ er jetzt nur wenig Begeisterung für den Prozess gegen die NPD anklingen: „Um bestimmte Verfahren reiben wir uns nicht“ sagte der Ostwestfale. Sie müssten dennoch entschieden werden. *kru ll*



heit, also sechs Stimmen, getroffen werden müssen. Mit seiner offensiven Medienpräsenz hat der eloquente 49-Jährige in der Politik zuletzt Irritationen ausgelöst. Voßkuhle ist seit 2008 Richter beim Bundesverfassungsgericht und wurde 2010 zu dessen jüngsten Präsidenten gewählt. In einem Interview ließ er jetzt nur wenig Begeisterung für den Prozess gegen die NPD anklingen: „Um bestimmte Verfahren reiben wir uns nicht“ sagte der Ostwestfale. Sie müssten dennoch entschieden werden. *kru ll*

ZAHL DER WOCHE

5.400

Mitglieder gehören derzeit der NPD an, wie Parteichef Holger Apfel beim Bundesparteitag in Weinheim vor gut einer Woche berichtete. Damit hat die NPD seit ihrem zeitweisen Hoch im Jahr 2007 rund 1.800 Mitglieder verloren. Zur Zeit ihrer größten Popularität in den 1960-er Jahren, als die rechtsextreme Partei in sieben Landtagen saß, hatte sie 28.000 Mitglieder (1969).

ZITAT DER WOCHE

»Die NPD soll aus allen Parlamenten verschwinden.«

Günter Krings (CDU), stellvertretender Vorsitzender der Unions-Fraktion, in der Bundestagsdebatte über ein neues NPD-Verbotsverfahren

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK

Contergan Initiative billigt Geschädigten höhere Renten zu **Seite 5**

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Mittelstand Unternehmer werden künftig besser gefördert **Seite 7**

EUROPA UND DIE WELT

Italien Sozialdemokrat Enrico Letta soll die Krise im Land beenden **Seite 10**

KULTUR UND MEDIEN

Lehrer Abgeordnete sehen Reformbedarf bei Ausbildung der Pädagogen **Seite 13**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Geeint und doch getrennt

NPD-VERBOT Bundestag argumentiert einhellig gegen die Partei, schließt sich aber dem Bundesratsvorstoß nicht an

Der gemeinsame Gegner aller Demokraten trifft im Bundestag auf eine fraktionsübergreifend klare Verurteilung: „Verabscheuenswürdig“ sei die NPD, sagte Unions-Fraktionsvize Günter Krings (CDU) am vergangenen Donnerstag in der Plenardebatte über ein mögliches Verbot der rechtsextremen Partei. „Zutiefst widerlich“ nannte sie der FDP-Parlamentarier Stefan Ruppert, „zutiefst verfassungswidrig“ Ulla Jelpke (Linke), „mensenverachtend“ der Parlamentarische Grünen-Fraktionsgeschäftsführer Volker Beck. „Diese Partei ist antidemokratisch, sie ist antisemitisch, sie ist ausländerfeindlich, sie ist in Teilen gewaltbereit“, urteilte Becks SPD-Kollege Thomas Oppermann.

Vorbei mit der Einigkeit war es im Bundestag indes bei der Frage, ob das Parlament beim Bundesverfassungsgericht einen eigenen Antrag auf ein NPD-Verbot stellen soll, so wie es der Bundesrat für sich bereits Ende 2012 beschlossen hat – oder wie die Bundesregierung als drittes antragsberechtigtes Verfassungsorgan auf diesen Schritt verzichten soll. Einen eigenen Verbotsantrag des Bundestages forderte die SPD-Fraktion in einem Antrag (17/13227), als Zusatzpunkte standen je ein Antrag der Koalitionsfraktionen (17/13225), der Links- (17/13231) und der Grünen-Fraktion (17/13240) auf die Tagesordnung. Darin sprachen sich Union und FDP gegen einen eigenen Verbotsantrag des Bundestages aus. Die Linke für einen solchen Antrag und die Grünen gegen eine entsprechende Entscheidung „im Hauruck-Verfahren ohne Beratung in Ausschüssen und Anhörungen“.

Eine Mehrheit fand am Ende nur die Koalitionsvorlage mit 318 Ja- und 259 Nein-Stimmen. Darin heißt es nach einem Ver-



Zukunft ungewiss: das Klingelschild der NPD-Zentrale in Berlin. Bei einem Verbot der Partei hat es ausgedient.

weis auf den Bundesratsbeschluss vom 12. Dezember vergangenen Jahres: „Die Bundesregierung hat am 20. März 2013 festgestellt, dass ein eigener Verbotsantrag nicht erforderlich ist. Der Deutsche Bundestag teilt diese Auffassung und stellt ebenfalls keinen eigenen Antrag auf Verbot der NPD.“

Zugleich wird in dem Bundestagsbeschluss begrüßt, dass die Bundesregierung „die Länder auch weiterhin im Rahmen des Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht unterstützen“ werde. Krings sagte, die NPD sei „mensenfeindlich“ und „demokratiefeindlich“, doch sage dies nichts darüber aus, ob ein Verbotverfahren gegen diese Partei politisch klug ist. Man könne „weder eine rechtsextreme Gesinnung noch rechtsradikale Menschen per Hoheitsakt verbieten“. Nötig sei mehr Engagement, wie es die Koalition mit

ihrem Antrag fordere. „Wir wollen den Rechtsextremismus vor allem politisch entschlossen bekämpfen“, unterstrich Krings. Ruppert mahnte, man müsse „der NPD überall entschlossen entgegentreten“, was „zualererst die Aufgabe der Gesellschaft“ sei. Die Koalition sei indes „nach reiflicher Abwägung aller Argumente“ der Auffassung, dass der Bundestag keinen eigenen Verbotsantrag stellen sollte: „Die Risiken sind hoch, der Ausgang ist ungewiss und das Problem des Rechtsextremismus löst ein NPD-Verbotsverfahren eben nicht“.

»Sorgfältig geprüft« Dagegen betonte Oppermann, hinsichtlich der Erfolgsaussichten des Verbotverfahrens gehe die SPD-Bundestagsfraktion „davon aus, dass die Innenminister von Bund und Ländern sie sehr sorgfältig geprüft haben“. Die Fakten besägen, dass die NPD „in aggressiv-kämpferischer Weise Menschenrechtsverletzungen in Deutschland organisiert und betreibt“. Ein NPD-Verbot sei nicht deshalb überflüssig geworden, weil sie „durch Mitgliederchwund, Finanzdebakel und schlechte Wahlergebnisse schwächer geworden“ sei. Unzutreffend

seien zudem Behauptungen, eine Partei dürfe nur verboten werden, wenn sie unmittelbar vor der Machtübernahme stehe.

Jelpke argumentierte, die NPD sei die wichtigste rechtsextreme Kraft in Deutschland. Sie fungiere als „Rückgrat für militante Nazikameradschaften“, die ohne die Partei nur halb so gut organisiert wären. Ein NPD-Verbot träge „nahezu die ganzen rechtsextremen Strukturen in Deutschland“.

Beck sagte, in der Grünen-Fraktion setzten viele Abgeordnete darauf, dass die Nähe der NPD zum Nationalsozialismus und den gewalttätigen Kameradschaften sowie ihre Entschlossenheit zur Abschaffung von Demokratie und Rechtsstaat ausreicht, „um das Bundesverfassungsgericht und europäische Gerichte von der Möglichkeit eines Parteiverbots zu überzeugen“. Andere fragten, ob mit dem vorhandenen Material nachgewiesen werden könne, dass die NPD für den Bestand von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eine ernsthafte Gefährdung darstelle. Diese Fragen verdienten eine ernsthafte Erörterung. Seine Fraktion sehe aber nicht, „dass das entsprechend seriös diskutiert wurde“. *Helmut Stoltenberg ll*

EDITORIAL

Die Kraft der Demokratie

VON JÖRG BIALLAS

Manche politische Fragen lassen sich ohne Zugeständnisse an die jeweils andere Seite nicht eindeutig mit richtig oder falsch beantworten. So ist es auch bei der Frage, die in der Politik nunmehr seit Jahren immer wieder auf Neue diskutiert wird: Ist es zielführend, ist es klug, einen weiteren Verbotsantrag gegen die NPD auf den Weg zu bringen?

Ja, sagt die große Mehrheit im Bundesrat, es ist hinreichend nachweisbar, dass diese Partei verfassungsfeindlich ist. Nein, befürchtet die Regierung, die Gefahr eines erneuten Scheiterns vor Gericht ist groß. Ein Sieg dort würde den Rechtsextremisten ungewollt Popularität beschaffen. Diese Meinung hat sich in der vergangenen Woche nun auch bei der Abstimmung im Plenum des Bundestages durchgesetzt.

Wohlgermerkt: Es geht nicht um ein grundsätzliches Votum für oder gegen die NPD. Alle Demokraten im Land sind sich einig, dass die Republik auf deren ebenso verwirrt wie verworrene Programmatik gut verzichten könnte. Vielmehr geht es darum, einer unheilvollen und menschenverachtenden Gesinnung möglichst effektiv das Wasser abzugraben. Auf den ersten Blick mag da ein Verbot das Weitestgehende sein. Schon weil damit auch die Parteifinanzierung gekappt wäre.

Auf den zweiten Blick ist aber nicht zu übersehen, dass die NPD aktuell kaum in der Lage ist, mit ihrem Ungeist Schaden anzurichten. Die Organisation ist finanziell am Ende. Sie findet nur unter größten Schwierigkeiten einen Tagungsraum für ihren Bundesparteitag. Ein Schlichterabschluss der Bundesbanken stellt die NPD in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern kalt. Und der Wählerzuspruch ist, wie zuletzt in Niedersachsen, mittlerweile ausgesprochen überschaubar.

Auch wenn der Bundestag sich dem Votum der Länderkammer nicht angeschlossen hat, wird das Verbotverfahren kommen. Dessen Befürworter beklagen jetzt, die Abgeordneten im Reichstagsgebäude hätten die Chance eines einheitlichen politischen Signals verstreichen lassen. Freilich ließe sich ebenso argumentieren: Ist es nicht auch ein starkes Signal, die Überzeugung zu vertreten, dass diese Republik rechtsradikales Gedankengut vom Stadtrat bis zum Landtag ganz offensichtlich effektiv in Schach halten kann? Ganz ohne Verbot, aber mit Vernunft und vor allem mit der Kraft demokratischer Geschlossenheit.

Kampf gegen Steuerhinterziehung geht weiter

FINANZEN Linke fordert vergeblich das Ende der strafbefreienden Selbstanzeige. Koalition verteidigt Schweizer Abkommen

Die Möglichkeit der strafbefreienden Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung sowie das Absehen von Strafverfolgung in besonders schweren Fällen von Steuerhinterziehung bleiben vorerst erhalten. Der Bundestag lehnte am Freitag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP einen Antrag der Fraktion Die Linke (17/13241) ab. Die Fraktion hatte sich für eine sofortige Abschaffung der strafbefreienden Selbstanzeige ausgesprochen.

Linken-Fraktionschef Gregor Gysi warf der Bundesregierung vor, seit 2002 nichts gegen Steuerhinterziehung getan zu haben. „Damit muss jetzt Schluss sein. Der Zeitgeist beginnt sich zu ändern“, sagte Gysi, der das deutsch-schweizerische Steuerabkommen als „Skandal“ bewertete: „Gegen einen kleinen Obulus wären die größten Steuerhinterzieher einschließlich Uli Hoeneß legalisiert worden.“ der dem Freistaat Bayern vorwarf, er wolle sich mit dem Hinweis auf wenig Betriebsprüfungen bei den Reichen beliebt machen. Klaus-Peter Flosbach (CDU) warf Gysi eine „schäbige Schmutzkampagne“ vor. Es gebe aber keine Steueroasen in Deutschland. „Steuerhinterziehung ist ein Straftatbestand. Es ist nicht zu ertragen, wie viele hier Steuern



Selbst in den Schweizer Bergen ist Schwarzgeld kaum noch sicher.

hinterziehen. Da müssen wir scharf durchgreifen. Und das tun wir auch“, sagte Flosbach. Zu dem am Bundesrat gescheiterten Steuerabkommen mit der Schweiz stellte Flosbach fest, inzwischen seien sechs bis 15 Milliarden Euro verloren gegangen, weil Rot-Grün nicht zugestimmt habe.

Auch FDP-Fraktionsvize Volker Wissing wies den Vorwurf von Gysi zurück, keine Regierung habe etwas nennenswertes gegen Steuer-

hinterziehung getan. Das sei „geballter Unsinn“. Jede Bundesregierung hat bisher nach Kräften gegen Steuerhinterziehung gekämpft. Das ist die Wahrheit“, sagte Wissing. Der FDP-Politiker warf der Opposition vor, das deutsch-schweizerische Steuerabkommen und damit die Bekämpfung der Steuerhinterziehung nur abzulehnen, um aus dem Thema „politisches Kapital zu schlagen. Das ist die eigentliche Schweinerei.“

Dagegen verteidigte SPD-Fraktionsvize Joachim Poß die Ablehnung des Steuerabkommens. Schwarz-Gelb habe damit Steuerkriminalität in der Anonymität lassen wollen. Das habe nicht akzeptiert werden können. Die Selbstanzeige solle nur noch für eine Übergangszeit zugelassen und dann auf Bagatellfälle beschränkt werden. Thomas Gambke (Grüne) warf Konzernen vor, Steuern zu reduzieren, wo es gehe. So hätten deutsche Großbanken von 1999 bis 2009 vier Milliarden Euro Steuern bezahlt, Sparkassen und Volksbanken 40 Milliarden. Da wisse man, „wie ernst das Problem ist“.

Auch ein weiterer Antrag der Linken (17/13129) mit dem Ziel, alle Steueroasen trocken zu legen, wurde mit Mehrheit der Koalitionsfraktionen zurückgewiesen. *hle ll*

Lesen Sie mehr zu diesem Thema auf Seite 9 und unter www.das-parlament.de

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

IST DAS NPD-VERBOT SCHON GESCHEITERT?

Im Kern erfolglos

PRO



Robin Alexander
»Welt«-Gruppe

Ob der Verbot des Bundesrates juristisch erfolgreich sein wird, weiß noch niemand. Politisch aber ist das Verbot der NPD schon jetzt gescheitert. Nicht, weil sich Bundesregierung und Bundestag dagegen entschieden, dem Antrag des Bundesrates beizutreten – es ist im Kern gescheitert, weil sein Zweck nicht mehr erreicht werden kann. Denn was ist sein Zweck? Eine Antwort auf die grauenhaften Taten des „Nationalsozialisten Untergrundes“ zu finden. Die NPD bereite mit ihrer fremdenfeindlichen Vernichtungsdeologie solchen Mördern den Boden. Diese Annahme steht unausgesprochen hinter dem zweiten Verbot-Anlauf. Ein Schluss, der bei der Hassrhetorik der Partei nahe liegt, aber falsch ist. Denn die NPD, ursprünglich eine traurige Organisation westdeutscher Altnazis, hat weder die neo-völkische Jugendkultur noch den Rassismus in den Osten gebracht. Sie fand in den Landschaften der untergegangenen DDR viel mehr schon den Boden bereitet für ihre Agitation: Da sind zuerst die in der DDR nie wirklich aufgearbeiteten Verbrechen des Nationalsozialismus. Zweitens eine verstümmelte Zivilgesellschaft, die sich von der Entbürgerlichung, vor allem aber der staatlich betriebenen Entkirchlichung des Sozialismus nie erholt hat. Drittens eine vor allem als Entwertung von Autoritäten erlebte Wende nach 1989. Aus diesen trüben Quellen speist sich das zumindest in der ostdeutschen Provinz verbreitete Grundgefühl einer von der Moderne betrogenen Schicksalsgemeinschaft, das sich in einer rechten Jugendkultur entlädt, in sehr relativen NPD-Wahlerfolgen und – in seiner extremsten Form – in den NSU-Morden. Dagegen hilft eine wachsamere Zivilgesellschaft, vielleicht auch bessere Perspektiven für junge Leute. Ein Parteienverbot allein aber nicht.

Ausreichender Grund

CONTRA



Heribert Prantl
»Süddeutsche Zeitung«

Merkwürdige Frage, ob das NPD-Verbot schon gescheitert ist – das ist es natürlich nicht. Wichtig ist nicht die Zahl der Kläger, sondern die Begründung der Klage. Eine Klage, die nur der Bundesrat erhebt, ist nicht weniger erfolgversprechend als Klagen, die Bundestag und Bundesregierung miteinander erheben. Vor zehn Jahren wurde der Antrag auf ein NPD-Verbot in Karlsruhe abgewiesen, den alle drei Verfassungsorgane erhoben hatten. Die Klagen waren unzulässig, weil sie sich auf Texte und Programme von V-Leuten gestützt hatten. Zur Prüfung der Begründetheit kam das Gericht gar nicht mehr. Die alten Fehler wird der neue Antrag hoffentlich nicht wieder machen. Es kommt auf den Gehalt des neuen Verbotsantrags an. Zwischen dem ersten gescheiterten Antrag und einem zweiten liegt nicht einfach nur ein Jahrzehnt, sondern die Aufdeckung der Mordserie des NSU. Man kann diskutieren, ob eine Partei, die „nur“ verfassungsfeindlich ist, verboten werden muss. Wenn sie aber dem gewalttätigen Rechtsextremismus und rassistischen Hass Heimat bietet, wenn sie dessen Logistik, Organisation und Potenz stärkt – dann ist das Verbot ein Gebot. Ein Verbot wird den gewalttätigen Rechtsextremismus schwächen. Das ist ein ausreichender Grund für einen Verbot. Es ist ein schabiges Argument, einen Verbot abzuwehren, weil die NPD ja derzeit in den Umfragen so schlecht da stünde, dass ein Einzug in die Parlamente nicht zu befürchten sei. Ist das alles, was Parlamentarier interessiert? Ist die Präsenz von Hass und Gewalt im Alltag nicht noch viel schlimmer als die Präsenz von Neonazis im Parlament? Wenn man darauf wartet, dass Neonazis wieder in Parlamente einziehen, dann ist es zu spät.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 3
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Der Bundestag hat die Forderung Ihrer Fraktion abgelehnt, einen eigenen NPD-Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht zu stellen. Wieso hat die SPD überhaupt ein Votum des Parlaments in dieser Frage gefordert, obwohl absehbar war, dass ihr Antrag keine Mehrheit hat? Als SPD finden wir es wichtig, dass sich der Bundestag in dieser Frage positioniert. Wir sind eines von drei Verfassungsorganen, die einen Verbot stellen können, und hatten uns als einziges dieser drei Organe noch nicht positioniert. Wir als Sozialdemokraten tun gut daran, hier eine feste Haltung einzunehmen und damit klare Kante zu zeigen.

Schwächt es nicht den Bundesratsvorschlag zum NPD-Verbot, wenn sich weder Bundesregierung noch das Parlament der Länderkammer anschließen? Die Gesamtsituation ist jetzt mehr als bedauerlich. Denn die ablehnende Haltung in der Bundesregierung hat ein Stück weit dazu geführt, dass tatsächlich der Verbot der Länderkammer geschwächt dasteht. Ich finde es allerdings wichtig, nochmals daran zu erinnern, mit welcher breiten Mehrheit der Verbot im Bundestag gefasst wurde – 15 Länder haben ihm zugestimmt und das 16. hat sich enthalten.

Was sind für Sie die stichhaltigsten Gründe für ein NPD-Verbot? Aus meiner Sicht geht von der NPD eine klare Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und für bestimmte Bevölkerungsgruppen in bestimmten Regionen aus. Ich sehe im Umfeld meines eigenen Wahlkreises eine manifeste Bedrohung – körperliche Bedrohung für Menschen mit Migrationshintergrund oder mit anderen politischen Einstellungen, aber auch Bedrohung von Eigentum. Grundlage dafür ist die enge Vernetzung von NPD-Funktionären mit den „Freien Kameradschaften“ von Neonazis. Eine solche Bedrohung möchte ich nicht stehen lassen und sehe in einem NPD-Verbot das geeignete Mittel, diese Strukturen zu zerschlagen.

Aber ein Verbot der Partei bedeutet doch nicht das Ende rechter Gewalt... Dass sich das Problem des Rechtsextremismus damit nicht erledigt, ist klar. Ich komme aus Sachsen und sehe, wie sich die NPD dort als „Kümmere-Partei“ darstellt. Ihr ideologischer Kern wird dort damit für viele Menschen zur Normalität. Von dieser Kümmere-Mentalität geht für mich noch eine weitere Bedrohung aus: dass sich menschenverachtende und teilweise volkshetzende Inhalte in der Mitte der Gesellschaft normalisieren. Ich denke daher, ein Verbot ist mehr als geboten. Natürlich darf das nicht das einzige Mittel sein.

In der Be- oder Verurteilung der NPD sind sich alle Parteien einig. Haben Sie noch Verständnis für die Abgeordneten, die gegen das Verbot gestimmt haben? Natürlich gibt es legitime Gründe, zu einer anderen Haltung zu kommen, also auch zu sagen, dass ein Verbot nicht klug oder politisch nicht der richtige Weg ist. Bedauerlich finde ich aber, dass im Parlament keine offene Meinungsbildung stattgefunden hat. Das halte ich angesichts der Bedrohung durch die NPD nicht für angemessen.

Bei der Bundestagswahl 2009 hat die NPD nur noch 1,5 Prozent erreicht. Kritiker des Verbots sagen, es sei aufgrund der geringen Wählerzahl nicht verhältnismäßig, die Partei zu verbieten. Und auch Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hat auf die hohen Hürden eines Parteienverbots hingewiesen... Die Hürden sind hoch. Das ist auch gerechtfertigt, weil ein Verbot ein starker Eingriff in demokratische Rechte ist. Aber gerade gegen diese verstößt die NPD, weil sie sich nicht

»Klare Kante zeigen«

DANIELA KOLBE verteidigt die Entscheidung der SPD-Fraktion für ein NPD-Verbot und fordert ein klares Signal von Seiten des Staates



ber hinaus muss man aber auch mit Repressionen arbeiten. Wenn Nazis ständig einen Druck spüren, dass Organisationen beschneidet, Konzerte aufgelöst und Demonstrationen eng geführt werden, sieht man, dass sich auch ihre Aktivitäten verringern.

Wie groß ist die Gefahr, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ein von Karlsruhe verhängtes NPD-Verbot wieder einkassiert?

Die Entscheidung des Menschenrechtsgerichtshofs ist natürlich nicht vorhersehbar, weil er eine andere Tradition der Rechtsprechung hat, was Parteienverbote angeht. Ich bin gespannt, wie das Bundesverfassungsgericht mit dieser Sachlage umgeht. Ich finde es gut, wenn die Karlsruher Richter erst prüfen, inwieweit eine Entscheidung vor europäischen Gerichten Bestand hätte.

Kritiker sagen ohnedies, eine Demokratie sollte sich mit Argumenten und nicht mit Verboten verteidigen?

Mit Neonazis ist ein parlamentarischer Diskurs nicht möglich, weil sie mit anderen Spielregeln spielen. Sie versuchen die Demokratie für sich zu nutzen, um sie zu unterwandern und zu destabilisieren. Wichtig ist die Debatte innerhalb der Gesellschaft. Das bedeutet, Menschen stark zu machen, sich mit solchen Phänomenen auseinanderzusetzen.

Anfang April musste die NPD die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle entlassen. Hoffen Sie, dass die NPD schlicht pleite geht und sich das Problem auf diese Weise löst?

Wenn darüber eine weitere Marginalisierung der Partei stattfindet, fände ich das gut. Wenn es sich aber nicht von alleine erledigt, fände ich es wichtig, dass das Signal von staatlicher Seite ausgeht.

Die NPD ist seit 2004 im sächsischen Landtag. Wie hat sich die Partei dort entwickelt?

Es ist ein Abwärtstrend zu erkennen, aber es ist nicht ausgemacht, dass das immer so weiter geht. Von Seiten der NPD-Fraktion gibt es immer wieder massive Provokationen im Landtag. Wir sehen auch, dass in dieser Fraktion sehr viele organisierte und einschlägig bekannte Neonazis in Lohn und Brot stehen.

Auch wenn es zum Verbot der NPD käme, wäre das Problem des Rechtsextremismus nicht vom Tisch. Was ist für die Bekämpfung des Rechtsextremismus besonders wichtig?

Wenn man den gewaltbereiten Rechtsextremismus, die Neonazis, bekämpfen möchte, kommt es darauf an, dass man stark auf repressive Mittel setzt und die Polizeipräsenz in den entsprechenden Gebieten stärkt. Es geht darum, die Räume einzuschränken, in denen sie sich bewegen können. Der Staat muss außerdem eine vernünftige Jugendarbeit anbieten und sich nicht immer zurückziehen und den Nazis damit wieder neue Freiräume lassen. Außerdem brauchen wir eine Zivilgesellschaft, die unterstützt und nicht wie durch die Extremismusklausel gegängelt wird.

Das Interview führten Annette Sach und Helmut Stoltenberg.

Daniela Kolbe (SPD), Jahrgang 1980, gehört dem Bundestag seit 2009 an. Das Mitglied des Innenausschusses engagiert sich in ihrer Fraktion in der Arbeitsgruppe „Strategien gegen Rechtsextremismus“.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Beliebte: Wolfgang Bosbach

Der CDU-Abgeordnete Wolfgang Bosbach ist ein großer Kritiker des neuen NPD-Verbotsverfahrens. Eins ist für ihn aber daran positiv: „Damit wird dieses Thema endlich erledigt.“ Bei einem Verbot der rechtsextremen Partei ohnehin. Beim Scheitern vor Gericht werde „kein vernunftbegabter Mensch“ mehr einen dritten Verbot in Karlsruhe stellen. Der Vorsitzende des Innenausschusses schildert, wie er vor zwölf Jahren als damaliger Unions-Fraktionsvize dem ersten Vorstoß gegen die NPD noch zugestimmt hatte. „Heute würde ich mit den damaligen Erfahrungen nicht mehr zustimmen.“ Bosbach sagt über die großen Zweifel der Unions-Innenpolitiker: „Je intensiver man sich mit dieser Thematik befasst, desto größer wird die Skepsis.“ Auch wenn die V-Leute des Verfassungsschutzes gemäß Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts aus dem ersten gescheiterten Verbotverfahren jetzt bei der NPD abgeschaltet seien, seien die Prozessrisiken „nicht unerheblich“. Dass die Partei verfassungsfeindliche Positionen vertrete, sei „leicht nachweisbar“. Viel schwieriger sei es aber, gemäß Karlsruher Rechtsprechung eine „aggressiv-kämpferische“ Haltung der Rechtsextremen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung nachzuweisen. Ebenso, dass von der NPD eine wirkliche Gefahr für den Staat ausgehe. Bosbach hält die NPD für eine „Partei im Niedergang“, die sich heute „eher vor einem Insolvenz- als einem Verbotverfahren fürchtet“. Es sei sogar zu befürchten, dass diese Partei durch ein neues Verbotverfahren „wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt und interessant wird“.

Warum sind dann aber die anfangs auch zweifelnden Unions-Innenminister und Regierungschefs in den Ländern reihenweise umgekippt und ließen den nach der aufgedeckten NSU-Verbrechensserie von der SPD vorangetriebenen neuen Verbot in den Bundestag passieren? Bosbach: „Die warnenden Stimmen der Skeptiker wurden schon 2001 von den Stimmen der Verbotbefürworter überhört.“ Schließlich wollte niemand beim „Kampf gegen Rechts“ hinten



»Je intensiver man sich mit dem Thema NPD-Verbotsverfahren befasst, desto größer wird die Skepsis.«

anstehen; der NPD-Verbotsantrag habe als „Nachweis der Entschlossenheit“ gegen die Rechtsextremisten gegolten. Für die wehrhafte Demokratie, sagt Bosbach, könne ein Parteienverbot stets nur Ultima Ratio sein. Man müsse in der Demokratie extremistische Meinungen aushalten und sich politisch mit ihnen auseinandersetzen. Die NPD ist eins der vielen Themen, zu denen sich der Anwalt aus Bergisch Gladbach äußert. Man sieht und hört den jovialen Rheinländer auch, wenn es um Fragen wie Terrorismus, Sicherheitsgesetze oder Ausländer geht. Der wortgewandte Bosbach mit stets verbindlichem Ton, ein Konservativer, ist seit über einem Jahrzehnt der

„Mister Innenpolitik“ der Union. Zuletzt machte der 60-Jährige Schlagzeilen, als er seine unheilbare Prostatakrebs-Erkrankung offensiv thematisierte. Trotzdem tritt er bei Terminen nicht kürzer. Ist Politik für Bosbach Therapie? „Die politische Arbeit macht mir nicht nur Mühe, sondern auch viel Freude. Es ging mir nicht besser, wenn ich weniger arbeiten würde“, sagt er. Enttäuschungen, von CDU-Chefin und Kanzlerin Angela Merkel nie wie gehofft in ein Ministeramt berufen worden zu sein, hat er überstanden. Bosbach wurde erneut mit Superergebnis als CDU-Direktkandidat im Rheinisch-Bergischen Kreis aufgestellt, den er seit 1994 stets direkt gewonnen hat. Das hängt auch mit seiner Beliebtheit an der Basis zusammen. Bosbach schlägt fast keine Einladung aus, kann komplizierte Dinge anschaulich erklären, gilt als „Klartextredner“. Er hat das Ohr immer am Volk. Die CDU-Basis achtet ihn jetzt eher noch mehr, seit er sich gegen die Euro-Rettungspolitik der Koalition positioniert hat. Bosbach sieht sich hier nicht als „Rebell“, sondern als Verfechter der Stabilitätskriterien von Maastricht, mit denen den Deutschen ein der Abschied von der D-Mark verkauft wurde. Es macht ihn wütend, in der Partei heute das Gefühl vermittelt zu bekommen, mit dem Pochen auf Vertragstreue „am Rand“ der CDU zu stehen. Welche Wünsche bleiben ihm für den nächsten Bundestag? Der auch von Oppositions-Abgeordneten geschätzte Bosbach würde gerne den Innenausschuss weiter leiten. Jenseits des Politikstresses gibt der verheiratete Vater dreier Töchter als Hobbys das Tennis spielen und den 1. FC Köln an, dem der CDU-Mann schließlich den Bundesliga-Aufstieg wünscht.

Hans Krump

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)
Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de
Chefredakteur
Jörg Biallas (jb)
Verantwortliche Redakteure
Dr. Bernard Bode (bob)
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ah), stellv. Cvd
Michael Klein (mik)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Dr. Verena Rennberg (ver)
Annette Sach (as)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)
Fotos
Stephan Roters
Redaktionsschluss
26. April 2013

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kuhsestraße 4-6
64546 Mörfelden-Walldorf
Anzeigen-/Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantwortl.)
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de
Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de
Anzeigenverwaltung, Disposition
Zeitungsanzeigengesellschaft
RheinMainMedia mbH
Andreas Schröder
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-41 33
Telefax (0 69) 75 01-41 34
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.
Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.
„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Über ein Verbot der NPD kann in Deutschland nur das Bundesverfassungsgericht (links) entscheiden. Nach einem Verbot könnte die Partei noch den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (rechts) in Straßburg anrufen.

Rettungsschuss des Rechtsstaats

VERFASSUNGSGERICHT Karlsruhe stellt hohe Anforderungen an ein Parteiverbot. Bislang traf es nur KPD und SRP

In einem Rechtsstaat wie der Bundesrepublik ist es nicht leicht, eine politische Partei zu verbieten. Das gilt auch für die rechtsextreme NPD. Denn politische Parteien haben in Deutschland per se eine hohe verfassungsrechtliche Stellung als unverzichtbares Element der Demokratie. Mit einem Verbot aber verschwindet die betroffene Partei von der Bildfläche – zumindest nach dem Willen des Gesetzgebers. Sie wird regelrecht pulverisiert, „aufgelöst“.

Stellt das Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit einer Partei fest, ist damit „die Auflösung der Partei“ und das Verbot, eine Ersatzorganisation zu schaffen, verbunden. So steht es in Paragraph 46 des Bundesverfassungsgesetzes (BVerfGG). Das Gericht kann dann zudem anordnen, dass das Vermögen der Partei eingezogen wird.

Schärfste Waffe Vereine können auch von Bund und Ländern verboten werden. Die Zwangsauflösung einer Partei aber ist allein dem Bundesverfassungsgericht vorbehalten. Das Verbot einer Partei ist damit die schärfste Waffe des Rechtsstaats. Seine antragsberechtigten Verfassungsorgane Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat müssen es sich deshalb genau überlegen, wann sie zu dieser juristischen Waffe greifen. Ein Polizist darf nur dann einen „finalen Rettungsschuss“ abfeuern, wenn er damit

eine Lebensgefahr für ein bedrohtes Opfer abwehren kann. Ebenso darf der Rechtsstaat zum Parteiverbot nur als äußerstem Mittel greifen – als ultima ratio. Denn die politischen Parteien gelten als „notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“, wie es in Paragraph 1 des Parteiengesetzes heißt. Sie wirken an der politischen Willensbildung des Volkes mit und erfüllen somit eine „öffentliche Aufgabe“.

Die Hürden für ein Verbot sind deshalb hoch: Nach Artikel 21 des Grundgesetzes können Parteien verboten werden, „die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden“.

»Sterbende Partei« Ist die NPD mit ihren nicht einmal 6.000 Mitgliedern derzeit wirklich so gefährlich? Skeptiker weisen darauf, dass die rechtsextreme Partei finanziell am Abgrund steht, intern zerstritten ist und selbst ums Überleben kämpft. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sieht die NPD als „sterbende Partei“. Und seine Kabinettskollegin, Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP),

verweist auf den niedrigen Stimmenanteil der NPD bei Wahlen. Seit Gründung der Bundesrepublik hat das Bundesverfassungsgericht erst zwei Parteien verboten: die rechtsextreme „Sozialistische Reichspartei“ (SRP) im Jahr 1952 und die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) im Jahr 1956. Dabei entwickelte das höchste deutsche Gericht Grundlinien der Rechtsprechung: Demnach ist eine Partei nicht schon dann verfassungswidrig, wenn sie die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnt. „Es muss vielmehr eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen; sie muss planvoll das Funktionieren dieser Ordnung beeinträchtigen, im weiteren Verlauf diese Ordnung selbst beseitigen wollen“, urteilten die Verfassungsrichter beim KPD-Verbot.

»Planmäßige Hetze« Verlautbarungen der KPD ließen „nur eine Deutung zu: Sie sind Ausdruck einer planmäßigen Hetze, die auf die Herabsetzung und Verächtlichmachung der Verfassungsordnung der Bundesrepublik abzielt“, hieß es im Urteil. Die kommunistische Partei trete für die „Errichtung einer Diktatur des Proletariats“ ein.

Die SRP wiederum lehnte sich offen an die NSDAP an. Das Verfassungsgericht befand, die SRP missachte als politische Partei „die wesentlichen Menschenrechte“ wie etwa die Menschenwürde und sei „in ihrem Programm, ihrer Vorstellungswelt und ihrem Gesamtstil der früheren NSDAP wesensverwandt“.

Maßstäbe weiterentwickeln In diesem Sinne könnte das Verfassungsgericht auch bei einem NPD-Verbotsverfahren seine Maßstäbe weiterentwickeln. Denn „das Bild einer staatsgefährdenden Umsturzpartei passt heute nicht mehr“, gab der Frankfurter Staatsrechtler Günter Frankenberg im November 2012 vor der Justizpressekonferenz Karlsruhe zu Bedenken. Frankenberg vertrat den Bundestag im ersten NPD-Verbotsverfahren. Bei einem neuen NPD-Verbotsverfahren wäre aber auch klar, dass für ein Parteiverbot einzelne Taten oder Reden von Mitgliedern nicht ausreichen. Der Partei selbst müsste ein gezieltes, gemeinsames Agieren mit rechtsextremistischen Gewalttätern nachgewiesen werden. Es müsste belegt werden, dass die NPD als offen rassistische Partei Menschenrechte systematisch missachtet, Andersdenkende drangsaliert und antisemitisch agiert. Loka-

le ausländerfeindliche Aktionen wie die Errichtung „national befreiter Zonen“ oder Gewaltakte von rechtsradikalen „Freien Kameradschaften“ müssten letztlich der NPD zugerechnet werden können. Und zwar so, dass im vorgelegten Material keine durch V-Leute „vergifteten“ Beweise im Spiel sind – wie im gescheiterten ersten NPD-Verbotsverfahren von 2003. Damals rügte das Gericht in seinem Beschluss zur Verfahrenseinstellung die staatlichen Stellen müssten rechtzeitig vor Eingang eines Verbotsantrags „ihre Quellen in den Vorständen einer politischen Partei ‚abgeschaltet‘ haben“.

Nach dem Eingang eines Verbotsantrags wäre das weitere Verfahren in zwei Phasen gegliedert. Im Vorverfahren gäbe das Bundesverfassungsgericht dem Vorstand der NPD Gelegenheit, sich zu den Vorwürfen innerhalb einer von den Richtern gesetzten Frist zu äußern. Hier wäre vermutlich mit mehreren Monaten zu rechnen. Dann beschließt das Gericht, „ob der Antrag als unzulässig oder als nicht hinreichend begründet zurückzuweisen oder ob die Verhandlung durchzuführen ist“ (Paragraph 45 BVerfGG). Dies wäre dann das Hauptverfahren.

Über ein Parteiverbot würde dann der Zweite Senat unter Vorsitz von Gerichtspräsident

Andreas Voßkuhle entscheiden. Bis das Urteil vorliegt, könnten allerdings mehrere Jahre vergehen. Das Verfahren zum Verbot der KPD zog sich fast fünf Jahre lang hin. Denn in einem Parteiverbotsverfahren geht es nicht nur um Rechtsfragen. Das Verfassungsgericht ist hier auch „Tatsacheninstanz“ und hat bei der Beweisaufnahme ähnliche Befugnisse wie ein Richter im Strafprozess.

Acht Richter Bei einem neuen NPD-Verbotsverfahren wäre nicht einer der sieben Richter von 2003 mehr dabei. Winfried Hassemer, Siegfried Broß, Lerke Osterloh, Bertold Sommer, Hans-Joachim Jentsch, Udo di Fabio und Rudolf Mellinshoff – sie alle sind inzwischen nicht mehr als Bundesverfassungsrichter tätig. Zuständig wären jetzt neben Voßkuhle die sieben Richter Peter Huber, Gertrude Lübke-Wolff, Michael Gerhardt, Herbert Landau, Monika Hermanns, Sibylle Kessal-Wulf sowie Peter Müller, der frühere Ministerpräsident des Saarlandes. Bei allem politischen Druck von außen ist klar: Auch die heutigen Hüter des Grundgesetzes in Karlsruhe – denen die NPD wohl so widerwärtig sein dürfte wie allen Demokraten – werden sich die juristische Entscheidung über ein Parteiverbot nicht leicht machen.

Norbert Demuth
Der Autor arbeitet als rechtspolitischer Korrespondent in Karlsruhe.

Der Rechtsstaat darf zum Parteiverbot nur als äußerstem Mittel greifen.

Für ein Verbot reichen einzelne Taten oder Reden von Mitgliedern nicht aus.

Das Orakel von Straßburg

EUROPA Auch die Rechtsprechung des Menschenrechtsgerichtshofs errichtet vor einem Verbot der NPD beträchtliche Hürden

Manche richten schon mal den Blick nach Straßburg und lassen warnende Stimmen erklingen. Der ehemalige Verfassungsrichter Hans-Joachim Jentsch etwa hält es für wahrscheinlich, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) ein Verbot der NPD kippen würde, sofern es vom Bundesverfassungsgericht beschlossen werden sollte. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) erwartet eine „sehr kritische zweite Prüfung“ durch die 47 Richter des Europarats. Auch Hessens Justizminister Jörg-Uwe Hahn (FDP) zweifelt, ob ein NPD-Verbot vor dem Straßburger Gerichtshof Bestand hätte. Doch solche mahnenden Wortmeldungen sind eher selten, der heftige Streit um das Für und Wider eines Verbots der als rechtsextrem eingestuft Partei ist weiterhin innenpolitisch geprägt. Der Bundestag will vor dem Verfassungsgericht ein NPD-Verbot durchsetzen, Bundestag und Bundesregierung haben sich gegen einen Gang nach Karlsruhe entschieden.

Höchste Instanz Im Fall ihres von den Verfassungsrichtern dekretierten Verbots will die NPD nach Straßburg ziehen. Und angesichts der bisherigen Rechtsprechung des EGMR ist es keineswegs sicher, dass die Partei vor der höchsten juristischen Instanz auf dem Kontinent den Kürzeren ziehen würde. Die Menschenrechtscharta, die der Gerichtshof in seinen Entscheidungen auslegt, und dessen bis-

lang gefällten Urteile bauen hohe Hürden vor einem NPD-Verbot auf. Anders als das Grundgesetz äußert sich die Menschenrechtskonvention überhaupt nicht zu Parteien. Zurückgegriffen wird deshalb auf Artikel 11 der Charta, der die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit garantiert: Dieses Recht darf nur eingeschränkt werden, wenn es „notwendig“ ist. Nach den bisherigen Straßburger Urteilen bedeutet diese Passage, dass die „Verhältnismäßigkeit“ zu wahren ist, dass eine Partei, über deren Schicksal befunden werden soll, eine ernsthafte Bedrohung für den Staat darstellt und ein Verbot ein „dringendes gesellschaftliches Bedürfnis“ sein muss. Dean Spielmann, der luxemburgische EGMR-Präsident, nennt das Prinzip der Verhältnismäßigkeit „entscheidend“: Die Bekämpfung einer von einer extremistischen Partei ausgehenden Gefahr müsse in einem angemessenen Verhältnis zum „gravierenden Eingriff in deren politische Freiheitsrechte stehen“.

Gebilligt hat Straßburg ein repressives Vorgehen 2003 im Fall einer türkischen islamistischen Partei, die von Ankara verboten worden war. Diese Organisation hatte aus Sicht des Gerichtshofs eine „Chance zur Machtgreifung“ und hätte dann demokratische Prinzipien abschaffen können. Annulliert hat die Instanz des Europarats indes das Verbot einer türkischen kommunistischen Partei – sie war weit entfernt von einer Machtübernahme, zudem hatte Ankara deren Demokratiefeindlichkeit unzureichend begründet. Ist nun ein Verbot der NPD „notwendig“? Ende der 1960er Jahre zählte die Partei 28.000 Mitglieder und war mit mehr als 60 Abgeordneten in sieben von zehn westdeutschen Landtagen vertreten – ohne dass die demokratische Ordnung bedroht war. Heute hat die finanzielle klamme NPD 5.400 Mitglieder, in zwei von 16 Landesparlamenten sitzen zusammen 13 ihrer Vertreter. Kein Wunder, dass Warnungen laut werden, der Nachweis einer „ernsthaften Gefahr für den Staat“ könnte vor den Straßburger Richtern schwer fallen. Die Befürworter eines Verbots forcieren ihren Vorstoß seit dem Aufliegen des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU), dem die Ermordung von neun Kleinunternehmern mit ausländischen Wurzeln und einer deutschen Polizistin angelastet wird. Mit Ralf Wohlleben ist ein ehemaliger NPD-Funktionär angeklagt, den NSU unter-

stützt zu haben. Nach einem Urteil des Menschenrechtsgerichtshofs von 2009 können Parteien verboten werden, wenn sie Verbindungen zu Terroristen haben. Wegen der Kontakte zur ETA billigten die Richter damals das Verbot der Basken-Partei Batasuna, die sich als „Instrument der terroristischen Strategie der ETA“ verstehe – weshalb „objektiv eine Gefahr für die Demokratie“ existiere. Im Fall der NPD sieht dies freilich anders aus: Selbst nach Einschätzung der Bundesanwaltschaft ist eine Verflechtung mit dem NSU nicht auszumachen.

Es ist keineswegs sicher, dass die NPD in Straßburg den Kürzeren ziehen würde.

Heikle Frage Bei Parteiverboten spielt für den EGMR auch die konkrete Lage im jeweiligen Land eine Rolle. Ist daraus abzuleiten, dass angesichts der NS-Diktatur die Schwelle für ein Verbot rechtsextremer Parteien in Deutschland niedriger als in anderen Staaten liegen kann? Eine solche Betrachtung wirft die heikle Frage auf, ob zur Wahrung der in der Menschenrechtscharta verankerten Standards in den 47 Europaratsnationen unterschiedliche Maßstäbe gelten dürfen.

Karl-Otto Sattler

Anzeige

Die Zukunft maritimer Gewalt Zur Bekämpfung der Piraterie



Piraterie als Herausforderung
Europäische Antworten, globale Perspektiven
Von Hans-Georg Ehrhart, Heinz Dieter Jopp, Roland Kaestner und Kerstin Petretto
2013, 214 S., brosch., 39,- €, ISBN 978-3-8487-0247-3
(Demokratie, Sicherheit, Frieden, Bd. 209)

Piraterie gilt als eine der Geißeln der Menschheit. Die internationale Gemeinschaft inklusive EU und Deutschland haben sich zum Ziel gesetzt, diesem Problem mit einem komplexen Ansatz zu begegnen. Die Autoren untersuchen, wie Deutschland und die EU auf die Herausforderung der Piraterie reagiert haben und zeigen, wie sich die maritime Gewalt in Zukunft entwickeln könnte.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter
www.nomos-shop.de/20519



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ NOTIERT

SPD: Kinderrechte im Grundgesetz verankern

Die SPD-Fraktion fordert die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz. Den entsprechenden Gesetzentwurf (17/13223) überwies der Bundestag am vergangenen Donnerstag in die Ausschüsse. Nach dem Willen der Sozialdemokraten soll in Artikel 6 des Grundgesetzes der folgende Passus eingefügt werden: „Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den besonderen Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Jedes Kind hat das Recht auf Beteiligung in allen Angelegenheiten, die es betreffen. Seine Meinung ist entsprechend seinem Alter und seiner Entwicklung in angemessener Weise zu berücksichtigen. Die staatliche Gemeinschaft achtet, schützt und fördert die Rechte des Kindes und trägt Sorge für kindgerechte Lebensbedingungen.“ Zudem sollen nichtehelichen Kindern die gleichen Bedingungen wie ehelichen Kindern verschafft werden. *aw*

Grüne wollen Versorgung von Opiatabhängigen verbessern

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert eine Reform der Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung. Dies geht aus ihrem Antrag (17/13230) hervor, den der Bundestag am vergangenen Donnerstag in die Ausschüsse überwies. Damit sollen Versorgungsqualität und Therapiefreiheit in der Substitutionsbehandlung – also der Versorgung Drogenabhängiger mit Drogenersatzstoffen – gestärkt werden. Die Fraktion fordert daher die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem die Vorgaben der Verordnung künftig durch eine „dem aktuellen Stand der medizinischen und pharmazeutischen Wissenschaft“ entsprechende Behandlungsrichtlinie geregelt werden. *suk*

EU-Qualifikationsrichtlinie soll umgesetzt werden

Die sogenannten EU-Qualifikationsrichtlinie soll in das nationale Recht umgesetzt werden. Dies sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vor (17/13063), den der Bundestag am vergangenen Donnerstag in die Ausschüsse überwies. Der Entwurf enthält vor allem Anpassungen, die das Asylverfahrensgesetz und das Aufenthaltsgesetz betreffen und bei denen es sich „insbesondere um klarstellende Regelungen und redaktionelle Änderungen“ handelt. *sto*

Linke fordert Moratorium für Hartz IV-Sanktionen

Die Fraktion Die Linke fordert in einem Antrag (17/13130) ein Moratorium für Hartz IV-Sanktionen. Nach Meinung der Fraktion soll die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen, „der als ersten Schritt zur Abschaffung des Hartz IV-Sanktionensystems ein Moratorium für die Sanktionen im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch in Kraft setzt“. Der Antrag wurde vergangene Woche in erster Lesung im Bundestagsplenum beraten und anschließend zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. *ver*

Wiedereingliederung von Gefangenen fördern

Die Fraktion Die Linke hat einen Antrag zur Förderung der Wiedereingliederung von Gefangenen in die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung (17/13103) vorgelegt. Darin fordert sie die Regierung unter anderem dazu auf, Strafgefangene und Sicherungsverwahrte in die gesetzlichen Kassen einzubeziehen. Der Antrag wurde vergangene Woche in erster Lesung im Parlament beraten und zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Linke: Mehr Kompetenzen für Jobcenter-Beiräte

Die Kompetenzen der Beiräte in den Jobcentern sollen erweitert und deren Zusammenarbeit neu geregelt werden. Das fordert die Fraktion Die Linke in einem Antrag (17/7844), der am vergangenen Donnerstag in erster Lesung im Plenum beraten wurde. Die Fraktion bemängelt, dass die Befugnisse der Beiräte auf eine ausschließlich beratende Funktion begrenzt sind und dass Arbeitslosengeld-II-Bezieher nicht direkt in den Beirat gewählt werden können. Beiräte sollten künftig die Trägerversammlung und die Geschäftsführung der Jobcenter in allen grundsätzlichen Fragen im Zusammenhang mit Leistungen des Zweiten Sozialgesetzbuchs (SGB II) beraten. *ver*



Contergangeschädigte Kinder spielen im Jahr 1968 im Garten eines Kölner Kindergartens.

Selbstbestimmtes Leben

CONTERGAN-SKANDAL Bund erhöht Renten und Hilfen für die Opfer um 120 Millionen Euro jährlich

Ich bin wirklich zuversichtlich, dass diese Neuregelungen den Menschen mit Conterganschäden helfen werden, im Alltag selbständiger und eigenbestimmter zu werden und den Alltag besser zu bewältigen“, freute sich die familienpolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Dorothee Bär (CSU), anlässlich der Novellierung des Conterganstiftungsgesetzes am vergangenen Donnerstag. Rund 120 Millionen Euro jährlich wird der Bund zur Verfügung stellen, um den Opfern eines der größten Arzneimittelskandals in der Geschichte der Bundesrepublik zu helfen. Den Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/12678) verabschiedete der Bundestag in einer durch den Familienausschuss veränderten Fassung (17/13279) mit den Stimmen aller Fraktionen. Aus den Reihen der Fraktion die Linke wurde trotz Zustimmung jedoch auch Kritik an der Gesetzesnovelle geübt. Diese berücksichtige die Ergebnisse der Studie des Gerontologischen Instituts der Universität Heidelberg im Auftrag des Bundestages nicht ausreichend, bemängelte der behindertenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Ilja Seifert.

Spätfolgen Die Ergebnisse der Heidelberger Studie seien in der Tat „erschreckend“, räumte Nicole Bracht-Bendt (FDP) ein. „Die Spätfolgen der Conterganopfer sind gravierend, als Mediziner vorausgesagt hatten. Überbelastete Gelenke, schwere Beeinträchtigungen der Wirbelsäule und vor allem chronische Schmerzzustände steigern den Hilfe- und Unterstützungsbedarf erheblich“, sagte die Familienpolitikerin. 85 Prozent der Op-

fer litten unter chronischen Schmerzen, die Hälfte sei rund um die Uhr pflegebedürftig und viele hätten Depressionen. Die 20 Millionen Euro, die der Bund zusätzlich zur Verfügung stellt, verteilen sich auf zwei Töpfe. Rund 90 Millionen Euro fließen in die Erhöhung der monatlichen Contergan-Rente. Sie steigt rückwirkend ab dem 1. Januar dieses Jahres von derzeit maximal 1.152 auf maximal 6.912 Euro. Die Höhe der Rente ist abhängig vom jeweiligen Schädigungsgrad. Weitere 30 Millionen Euro sind zur Deckung spezifischer Bedarfe der geschädigten vorgesehen. Dazu gehören beispielsweise Rehabilitationsleistungen, Heil- und Hilfsmittel sowie zahnärztliche und kieferchirurgische Behandlungen. „Wenn die 30 Millionen Euro nicht ausreichen, dann wird der Bundestag darüber noch einmal nachdenken müssen“, mahnte jedoch die SPD-Parlamentarierin Merlene Rupprecht.

Angehörige Besser gestellt werden mit der Gesetzesnovelle auch die Angehörigen der Contergangeschädigten. So können unterhaltspflichtige Angehörige von den Trägern der Sozialhilfe finanziell nicht in die Pflicht genommen werden, wenn die Geschädigten Sozialhilfe erhalten. Die Angehörigen – Eltern, Kinder, Ehegatten und eingetragene Lebenspartner – seien sohin „erheblich belastet“, heißt es in der Gesetzesbegründung. Das Gesetz regelt zudem, dass alle Leistungen ausländischer Staaten an contergangeschädigte Menschen künftig auf die Leistungen der deutschen Conterganstiftung ange-

rechnet werden. Ausgenommen davon werden allerdings die jährlichen Sonderzahlungen, die seit 2009 geleistet werden. Damit soll ausgeschlossen werden, dass die im Ausland lebenden Betroffenen besser gestellt sind. Von den derzeit 2.700 Leistungsberechtigten nach dem Conterganstiftungsgesetz leben derzeit rund zehn Prozent im Ausland.

Nachbesserungen Der Familienausschuss hatte den Gesetzentwurf der Regierung in der vergangenen Woche durch einen Änderungsantrag noch einmal nachgebessert. So

werden die Einkommen und die Vermögen der Opfer und ihrer Eltern, Kinder, Ehe- und Lebenspartner bei der Gewährung von Leistungen nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch, die unmittelbar mit der Conterganschädigung zusammenhängen, nicht angerechnet. Eine weitere Änderung betrifft die Conterganstiftung selbst, deren Arbeit transparenter werden soll. So wird der Stiftungsrat zukünftig prinzipiell öffentlich tagen. Lediglich in Fällen, in denen das öffentliche Wohl oder die berechtigten Interessen Einzelner betroffen sind, sind nichtöffentliche Sitzungen erlaubt.

Ilja Seifert (Linke) begrüßte die Gesetzesnovelle zwar ausdrücklich als „Erfolg“. Allerdings ginge sie nicht weit genug. Für rund 20 Prozent der Opfer reiche die Erhöhung der Rente nicht, um ihnen „ein selbstbestimmtes Leben oberhalb des Existenzminimums zu ermöglichen“.

Kritik an Grüenthal Seifert kritisierte zudem, dass die „Schadensversursacher“, die Firma Grüenthal und die „milliardenschwere Familie Wirtz“, in deren Besitz sich das Pharmaunternehmen befindet, nicht an allen Dingen beteiligt werden. Dies bemängelte auch der behindertenpolitische Sprecher der Grünen, Markus Kurth. Grüenthal habe 1972 114 Millionen D-Mark und 2009 noch einmal 50 Millionen Euro gezahlt. Dies sei „geradezu lächerlich“. Wegen der Rechtslage könne dies zwar nicht revidiert werden. „Aber die moralische Verantwortung der Firma Grüenthal ist unzweifelhaft“, betonte Kurth. Der Grüne hielt Seifert allerdings entgegen: „Die meisten Gesetze haben es so an sich, dass nicht alle Wünsche und Probleme, die damit verbunden sind, auf einen Schlag gelöst werden, sonst müsste man sie nicht auch noch ändern.“ Die nächste Änderung des Gesetzes könnte in zwei Jahren anstehen. Dann muss die Regierung dem Parlament einen Bericht über die Auswirkungen und die möglicherweise notwendige Weiterentwicklung des Gesetzes vorlegen. *Alexander Weinlein*

STICHWORT

CONTERGAN – Arzneimittelskandal in der frühen Bundesrepublik

> Thalidomid Im Oktober 1957 brachte das Pharmaunternehmen Grüenthal das thalidomidhaltige Schlafmittel auf den Markt. Drei Jahre später stellte sich heraus, dass das Medikament zu schweren Fehlbildungen des Gliedmaßens, Schädigungen der Augen und der inneren Organe bei Säuglingen führen kann, wenn es von werdenden Müttern während der Schwangerschaft eingenommen wird.

> Opfer Zwischen 1958 und 1962 überlebten in der Bundesrepublik bei einer Sterberate von rund 40 Prozent etwa 5.000 Kinder ihre Geburt mit teils schwersten Schädigungen. Heute leben in Deutschland noch rund 2.400 Menschen, die an den Folgen ihrer schweren körperlichen Schädigung leiden.

> Conterganstiftung Im Dezember 1961 wurde gegen Verantwortliche des Unternehmens Grüenthal ein Strafverfahren eingeleitet. Der im Mai 1968 eröffnete Strafprozess wurde im Dezember 1970 jedoch eingestellt. Im Zuge einer außergerichtlichen Einigung wurden auch die zivilgerichtlichen anhängigen Verfahren eingestellt. In der Folge gründete die Bundesrepublik Deutschland 1972 die Conterganstiftung, um die geschädigten Kinder zu versorgen.

➔ Weitere Informationen zur Conterganstiftung unter: www.conterganstiftung.de

»Überfällige Modernisierung«

DATENSCHUTZ Peter Schaar fordert europaweite Harmonisierung und Sanktionen

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Peter Schaar, beklagt eine fehlende Modernisierung des Datenschutzrechts in Deutschland. Dies geht aus seinem als Unterrichtung (17/13000) vorgelegten Tätigkeitsbericht 2011 und 2012 hervor, den er in der vergangenen Woche an Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) übergab. Der Bericht zeige, dass die bedeutung datenschutzrechtlicher Fragen in nahezu allen Bereichen des Lebens zunehme, sagte Schaar. Wie er in seinem Bericht schreibt, war die Berichtsperiode von der Diskussion über die Fortentwicklung des Datenschutzgesetzes geprägt. Die wichtigsten Impulse dafür habe die Europäische Kommission mit ihren Gesetzesvorschlägen für einen „europaweiten und modernen Datenschutz“ gesetzt. Indes sei die „überfällige Modernisierung des Datenschutzrechts in der deutschen Politik – entgegen wiederholter Ankündigungen der Bundesregierung – nicht angegangen“ worden. Bedauerlich sei insbesondere, dass auch die Bemühungen um einen verbesserten Beschäftigtendatenschutz nicht vorangekommen seien.

zur Einhaltung der Datenschutzbestimmungen zu verpflichten, stoßen dem Bundesbeauftragten zufolge „schnell an Grenzen“. Dieses „nationale Vakuum“ könne nur von europäischer Ebene gefüllt werden. Auch wenn die von der EU-Kommission vorgelegten Vorschläge „verbesserungs- und diskussionsbedürftig“ seien, handele es sich dabei um ein „sehr ambitioniertes und wichtiges Vorhaben“, heißt es in dem Be-

richt weiter. Personenbezogene Daten könnten angesichts der Globalisierung von Datenströmen nur effektiv geschützt werden, wenn die Rechtsvorschriften mindestens europaweit harmonisiert, die grenzüberschreitende Koordinierung der Datenschutzaufsicht verbessert und wirksamere Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gewährleistet werden.

Grundrecht Schaar verweist zugleich darauf, dass der Datenschutz seit Inkrafttreten des EU-Vertrags von Lissabon ein europäisches Grundrecht sei. Deshalb sei es auch konsequent, dass das EU-Datenschutz-Paket nicht nur die Wirtschaft, sondern auch den öffentlichen Sektor umfasse. Neben einer Datenschutz-„Grundverordnung“ solle der Datenschutz bei Polizei- und Justizbehörden durch eine eigene Richtlinie garantiert werden. Bei deren Umsetzung in deutsches Recht müssten die „vom Bundesverfassungsgericht formulierten Anforderungen weiterhin gewährleistet bleiben“. Schaares Angaben zufolge haben sich in den Jahren 2011 und 2012 mehr als 9.700 Bürger an den Bundesbeauftragten gewandt. Dessen 85 Mitarbeiter haben laut Schaar 106 Kontrollen bei öffentlichen Stellen des Bundes vorgenommen, wobei 15 Beanstandungen ausgesprochen wurden. *sto*



Datenschutzbeauftragter Peter Schaar

Personendaten im Internet Die Bemühungen einzelner Datenschutzaufsichtsbehörden, global agierende Internetkonzerne

Anzeige

Hamburger Edition

Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts

jeder Band € 28

Das 20. Jahrhundert – ein Jahrhundert des Genizids, des Totalitarismus und Terrorismus, der Flucht, Vertreibung und des Staatsterrorismus?
Drei namhafte Historiker – Jörg Baberowski, Bernd Greiner und Michael Wildt – präsentieren die Forschungsergebnisse jüngerer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur Gewaltgeschichte des vergangenen Jahrhunderts.

www.hamburger-edition.de

➔ Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Obwohl Friseure und ihre Leistungen sehr gefragt sind, liegen ihre Stundenlöhne bei 3,82 und 5,16 Euro. Schuld daran ist unter anderem der hohe Konkurrenzdruck: Wer Dumping-Preise bietet, zahlt auch Dumping-Preise

Reform bei Antiterrordatei

URTEIL I Die Antiterrordatei muss nachgebessert werden. Dies geht aus einem vergangenen Urteil des Bundesverfassungsgerichts (1 BvR 1215/07) hervor. Danach ist die Antiterrordatei in ihren Grundstrukturen mit dem Grundgesetz vereinbar, „nicht jedoch in ihrer Ausgestaltung im Einzelnen“. Für die Nachbesserungen hat das Verfassungsgericht dem Gesetzgeber eine Frist bis Ende 2014 gesetzt. Unter anderem entschied das Gericht, dass die Sicherheitsbehörden neben Terrorverdächtigen nicht unbegrenzt Menschen speichern dürfen, die Kontakte zu ihnen haben oder Terror befürworten. Auch verlangt es eine bessere öffentliche Kontrolle der 2007 von Bund und Ländern eingerichteten Datei. Personen mit Kontakt zu Verdächtigen, etwa Freunde oder Familienmitglieder, dürfen nur noch erfasst werden, wenn sie über konkrete Terroraktivitäten Bescheid wissen. Auch scheiden solche Menschen aus, die eine in ihren Augen unverdächtige Organisation unterstützen. Das Gleiche gilt für Personen, die für Gewalt eintreten, aber selbst nicht gewalttätig sind. Ferner müssten die Datenschutzbeauftragten mit wirksamen Befugnissen ausgestattet werden, um die Datei kontrollieren zu können, forderten die Richter. Änderungen im Datenbestand müssten vollständig protokolliert werden. Das Bundeskriminalamt müsse Bundestag und Öffentlichkeit regelmäßig informieren. *stolmit dpa*

Spendenaffäre: FDP muss zahlen

URTEIL II Das Bundesverwaltungsgericht hat den Bescheid der Bundestagsverwaltung aus dem Jahr 2009 grundsätzlich für rechtmäßig erklärt, wonach die FDP unzulässige Spendezahlungen ihres ehemaligen nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden Jürgen Möllemann in den Jahren 1996 bis 2002 an den Bundestagspräsidenten abzuführen hat. Gleiches gilt für die auferlegten Sanktionszahlungen wegen der Verstöße gegen ein Spendenannahmeverbot und die Veröffentlichungspflichten. Auch hat der Präsident des Bundestages dem Gericht zufolge bei dem Bescheid „sein Ermessen nicht fehlerhaft ausgeübt“. In Bezug auf die Möllemann-Spenden in den Jahren 1999, 2000 und 2002 hat das Gericht in seinem am Donnerstag verkündeten Urteil (BVerwG 6 C 5.12) die Sache an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg zur weiteren Tatsachenfeststellung zurückverwiesen. Nach einer 2002 in das Parteiengesetz aufgenommenen Regelung unterliegen Rechtsverstöße keiner Sanktionierung, wenn eine Partei diese rechtzeitig anzeigt und umfassend offenlegt. Laut Bundesverwaltungsgericht ist dies auch auf Altfälle anzuwenden. Das Oberverwaltungsgericht hat demnach zu prüfen, ob die FDP diese Gesetzesverstöße dem Bundestagspräsidenten angezeigt hat, bevor konkrete Anhaltspunkte hierfür öffentlich oder in einem amtlichen Verfahren bekannt geworden sind. Die für die Jahre 1996 bis 2002 aufgrund dieses Urteils bereits unzulässigen – und damit abzuführenden – Spenden und die Sanktionszahlungen für die Gesetzesverstöße der Jahre 1996 bis 1998 belaufen sich auf etwa 2,4 Millionen Euro, wie die Bundestagsverwaltung mitteilte. Die FDP hat den Angaben zufolge bereits rund 450.000 Euro wegen nicht ausgewiesener Sachspenden aus dem Jahr 2000 gezahlt. *sto*

Das Kreuz mit der Armut

LOHN- UND SOZIALPOLITIK Die Debatte steht ganz im Zeichen der anstehenden Bundestagswahlen

Der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück warnt vor dem Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland. Das findet die Koalition falsch und unangemessen. „So jämmerlich, wie Sie Deutschland sehen, ist es nicht“, erklärt Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU). Und Karl Schiewerling formuliert es ähnlich und wirft Steinbrück vor, Deutschland eine „blanke Verelendung“ zu unterstellen. Dabei wurde deutlich, dass Koalition und Opposition ganz unterschiedliche Wahrnehmungen von der sozialen Realität in Deutschland haben.

Schlagabtausch Anlass des Schlagabtauschs ist die Bundestagsdebatte am vergangenen Donnerstag, in der die deutsche Lohn- und Sozialpolitik auf der Agenda steht. Aber Anlass dieser Debatte wiederum scheint der beginnende Wahlkampf im Vorfeld der Bundestagswahlen zu sein. Zuerst sprach der sozialdemokratische Hoffnungsträger Peer Steinbrück, der die Bedeutung der Solidargemeinschaft hervor hob. Es gehe nicht um den Preis einer solidarischen Gesellschaft, sondern um ihren Wert, sagte der Kanzlerkandidat. Wettbewerbsfähig-

keit und Wertbindung gehörten zusammen. „Genau das macht die Stärke Deutschlands aus, und genau darum wird es am 22. September dieses Jahres gehen“, sagte er mit Blick auf die Bundestagswahl.

Andere Realität „Herr Steinbrück, so jämmerlich, wie Sie Deutschland sehen, ist es nicht.“ Vehement widersprach Ursula von der Leyen dem oppositionellen Kanzlerkandidaten. Deutschland habe die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa, eine Viertelmillion Kinder seien „aus Hartz IV raus“ – das sei „die Wirklichkeit in diesem Land“ unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Die Einkommensschere sei durch die Reform-Agenda 2010 der früheren rot-grünen Koalition auseinandergegangen, erklärte sie und kritisierte in diesem Zusammenhang, dass die SPD-Fraktion eine Agenda 2020 fordern würtelament allein da.

„Politische Beliebigkeit“ sei das, was die SPD-Fraktion hier präsentiere, urteilte Heinrich L. Kolb (FDP) über die Politik der Sozialdemokraten. Beispielhaft nannte er das Bildungswesen und da die Schulen. In schwarz-gelb regierten Ländern wie Hessen, erklärte Kolb, „werden 2.000 neue Lehrer eingestellt“. In Nordrhein-Westfalen dagegen, das von Rot-Grün regiert wer-

den, würden „7.000 Lehrerstellen abgebaut“ werden. Das sei „das Gegenteil von Bildungsgerechtigkeit“, resümierte der Liberale. Und mit Blick auf die Wahl fügte er hinzu: „Vier gute Jahre haben verdient, in die Verlängerung zu gehen“.

Zehn Euro Mindestlohn Zwar werde seine Fraktion dem Gesetzentwurf des Bundesrates (siehe Beitrag unten) zur Einführung eines Mindestlohns zustimmen, aber 8,50 Euro seien „eigentlich noch zu wenig“. Der Lohn gehe zu Lasten derer, die ihn ihr Leben lang bekommen: sie werden die Aufstocker im Alter sein. Deshalb fordere die Linksfraktionen einen Mindestlohn von zehn Euro. Doch steht sie mit der Höhe dieser Forderung im Parlament allein da.

„Noch nie hatten wir so viel Arbeit in Deutschland.“ Ursula von der Leyen (CDU)

de, würden „7.000 Lehrerstellen abgebaut“ werden. Das sei „das Gegenteil von Bildungsgerechtigkeit“, resümierte der Liberale. Und mit Blick auf die Wahl fügte er hinzu: „Vier gute Jahre haben verdient, in die Verlängerung zu gehen“.

So wenig Angst wie nie Karl Schiewerling (CDU) sagte: „Noch nie haben die Menschen so wenig Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes gehabt wie heute.“ Und nun wolle die Opposition „das blanke Elend Deutschlands beschreiben bei 29,8 Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen“. In der Zeitarbeit seien zudem lediglich 800.000 beschäftigt. Deshalb, fragte Schie-

wering an die Opposition gerichtet „wollen Sie wohl nicht die blanke Verelendung Deutschlands an diesen 800.000 Menschen festmachen, die auch noch Löhne bekommen, die die Gewerkschaften ausgehandelt haben“.

Im Anschluss der eineinhalbstündigen Debatte lehnte das Bundestagsplenum, der Empfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales (17/9613) folgend den Antrag der Linksfraktion (17/8026) ab, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Nach dem Willen der Antragsteller hätte dieser noch in dieser Wahlperiode auf zehn Euro pro Stunde erhöht werden sollen. Die Fraktionen von SPD und Grünen enthielten sich. Mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen lehnte das Parlament auf Empfehlung des Arbeits- und Sozialausschusses (17/13182) einen weiteren Antrag der Linken (17/12683) ab, wirtschaftliche Erträge von „oben nach unten“ umzuverteilen. Ziel dieses Antrags war, neben der Einführung des Zehn-Euro-Mindestlohns, das langfristige Verbot von Leiharbeit. Zudem wurden drei Vorlagen zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen. Ein Entwurf des Mindestlohngesetzes (MinLoHG, 17/12857) des Bundesrates und die beiden Oppositions-Anträge „Deutschland 2020 – Gerech und solidarisch“ (SPD, 17/13226) und „Mit einem Nationalen Aktionsplan die Chancen des demografischen Wandels ergreifen“ (Grüne, 17/13246). *Verena Renneberg*

Kampf gegen Lohndumping

NIEDRIGLOHNSEKTOR Oppositionsanträge für flächendeckende Tarifverträge gescheitert

Die Koalition setzt auf die Wahrung der Tarifautonomie. Die Opposition fordert gesetzliche Regelungen gegen Lohndumping. Als Folge dieser unterschiedlichen Sichtweisen lehnte der Bundestag am vergangenen Donnerstag mit der Koalitionsmehrheit Anträge von SPD (17/8459), Linken (17/8148) und Grünen (17/4437) ab, in denen unter anderem Regelungen für eine Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen gefordert wurden. Begründet wurde die Oppositionsinitiative mit der ständig abnehmenden Zahl von tarifvertragsgebundenen Arbeitgebern.

50 Prozent Tarifbindung Eine Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen sei derzeit jedoch nur möglich, wenn 50 Prozent der in der Branche Beschäftigten in tarifgebundenen Unternehmen arbeiten. Die Arbeitgeber im Einzelhandel hätten fast überall die Manteltarifverträge gekündigt, sagte Sabine Zimmermann (Die Linke) während der Debatte. Diesen „Generalan-

griff“ dürfe der Bundestag nicht einfach schweigend hinnehmen, forderte sie. Eine Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen entspreche nicht nur den Interessen der Arbeitnehmer. „Auch die Arbeitgeber müssen davor geschützt werden, dass der Wettbewerb über die Löhne und die Arbeitsbedingungen geführt wird“, erklärte Zimmermann.



Diese Männer beteiligen sich an einem sogenannten Baustellen-Protest.

„Das Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft lebt davon, dass wir ein hochentwickeltes System von Tarifverträgen haben“, argumentierte Peter Weiß (CDU). Darin würden die Tarifpartner sowohl Lohn als auch Arbeitsbedingungen aushandeln. „Wir als Bundestag sollten davon tunlichst die Finger lassen“, forderte Weiß das Parlamentsplenum auf.

Wenn viele Menschen nicht mehr von ihrer Arbeit leben könnten, zeige dies, dass die soziale Marktwirtschaft „aus dem Gleichgewicht geraten ist“, befand hingegen Josip Juratovic (SPD). Zwar sei die Aussage richtig, dass die Tarifvertragssysteme elementare Bestandteile der sozialen Marktwirtschaft seien. Jedoch nur, wenn auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür geschaffen würden. „Wir dürfen die Tarifpartner nicht allein lassen, sondern müssen sie gesetzlich unterstützen“, forderte der Sozialdemokrat.

Funktionierendes System Für Heinrich Kolb (FDP) gibt es indes keinen Anlass für die Politik „in funktionierendes Tarifvertragssystem einzugreifen“. Ein Beispiel dafür, dass Verhandlungen zwischen Tarifpartnern zu einer Lösung führen könnten, sei die Friseurbranche, sagte Kolb. Dort habe man sich auf einen branchenspezifischen Mindestlohn geeinigt. Der ständige Verweis der Regierungsfaktionen auf die Tarifautonomie sei zu wenig, kritisierte Beate Müller-Gemmeke von den Grünen. Sie sprach von vielen „zweifelhaften Werksvertragskonstellationen“. Ihre Fraktion habe daher einen Gesetzentwurf (17/13106) vorgelegt, der Kriterien festlege, um als Scheinwerksverträge verdeckte Leiharbeit zu ahnden. *Götz Hausing*

Verschiedene Realitäten

SOZIALPOLITIK Bundestag debattiert »Lebenslagen«

„Lebenslagen in Deutschland“ lautet der Titel des „Vierten Armuts- und Reichtumsberichts“ der Bundesregierung (17/12650). Dieser wurde am vergangenen Freitag in erster Lesung im Bundestag beraten. Auf diese Lebenslagen schien es genau zwei – komplett konträre – Blickwinkel zu geben: den der Koalition und den der Opposition. „Uns geht es darum, die Chancengleichheit zu erhöhen“, vor allem im Bereich Bildung und Arbeit, erklärte Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU). In diesem Kontext exponierte sie das Bildungspaket für bedürftige Kinder: Die Koalition habe nicht nur den Hartz IV-Regelsatz erhöht, sondern auch vielfältige Angebote geschaffen. Darauf sei sie stolz.

Soziale Gerechtigkeit Hilde Mattheis (SPD) hingegen warf der Regierung unter anderem mit Blick auf Steuergerechtigkeit Versäumnisse zu und erklärte, dass die Sozialdemokraten auf „mehr soziale Gerechtigkeit“ in ihrem Wahlprogramm setzten, denn die sei „bitter nötig“. Einen entsprechenden Antrag (17/13102) hat ihre Fraktion bereits vorgelegt. Pascal Kober (FDP) widersprach ihr: Die Koalition setze mit der „richtigen Steuerpolitik die richtigen Impulse“ für wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Matthias W. Birkwald (Die Linke) wiederum erklärte, Deutschland sei in Arm und Reich gespalten. Und weil dies „völlig inakzeptabel“ sei, bedürfe es der Umverteilung: „Reichtum ist teilbar, wir müssen mit Steuern umsteuern“, argumentierte Birkwald. Markus Kurth (Bündnis 90/Die Grünen) warf der Koalition vor, nichts bewegt zu haben. Von 1998 bis 2010 sei die Armutsrisikoquote bei Alleinerziehenden um etwa 15 Prozent auf mehr als 41 Prozent gestiegen. Bei Arbeitslosen habe sich diese Quote sogar verdoppelt. Frank Heinrich (CDU) wies die Vorwürfe der Opposition zurück. Deutschland gehe es gut, seinen Bürgern gehe es gut. Beides zeige auch der internationale Vergleich. Das habe der Armuts- und Reichtumsbericht bestätigt. Im Vorfeld der Debatte hatte die Regierung in ihrer Antwort (17/12837) auf die Große Anfrage (17/11900) der Grünen-Fraktion geschrieben, dass eine Studie darauf hindeute, dass sich der Zusammenhang zwischen Einkommen und Vermögen in den fünf Jahren zwischen 2002 und 2007 „nur leicht“ verändert hat. Die Große Anfrage sowie ein Grünen-Antrag (17/12389) waren im Februar dieses Jahres Anlass einer ähnlichen Debatte im Bundestagsplenum. *ver*



KURZ NOTIERT

Antrag zum sozialen Tourismus abgelehnt

Mit den Stimmen der CDU/CSU hat der Tourismusausschuss in seiner Ausschusssitzung am vergangenen Mittwoch einen Antrag (17/11588) der Fraktion Die Linke zum sozialen Tourismus abgelehnt. Die Linke stimmte für den Antrag, SPD und Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich. In dem Antrag „Reisen für alle – Für einen sozialen Tourismus“ fordert die Linksfraktion die Bundesregierung auf, ein für fünf Jahre ausgelegtes Programm für sozialen Tourismus vorzulegen. Das Programm soll sich dabei am globalen Ethikindex für den Tourismus orientieren, den tourismuspolitischen Leitlinien der Bundesregierung entsprechen und die Hinweise des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses berücksichtigen. **jb**

Bundesrat fordert Änderung des Öko-Landbaugesetzes

Der Bundesrat fordert Änderungen des Öko-Landbaugesetzes. Einen entsprechenden Gesetzentwurf (17/12855) überwiegt der Bundestag am vergangenen Donnerstag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse. Mit diesem Entwurf soll der EU-Verordnung Nummer 426/2011 Rechnung getragen werden, die ab dem 1. Januar 2013 für in der Öko-Branche tätige Unternehmen vorsieht, Zertifikate für die Öko-Vermarktung im Internet öffentlich zugänglich zu machen, heißt es weiter. Ziel der Veröffentlichung sei die Stärkung des Verbraucherschutzes und die Schaffung von Rechtssicherheit. Der Entwurf des Bundesrates soll bundesweit einheitliche Durchführungsbestimmungen festlegen. **eis**

Unveränderte Regeln bei Emissionszertifikaten

Die Bundesregierung braucht sich nicht bei den Beratungen über eine Reform des EU-Emissionshandels dafür einzusetzen, dass in der dritten Handelsperiode weniger Emissionszertifikate ausgegeben werden. Einen entsprechenden Antrag der Linken (17/12064), in dem ein Einsatz gefordert wurde, lehnte der Bundestag am Donnerstag auf Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (17/12489) ab. **as**

2,74 Milliarden Euro für Griechenland

Die überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen im letzten Quartal des vergangenen Jahres summieren sich auf insgesamt 3,27 Milliarden Euro. Davon sind alleine 2,74 Milliarden Euro an Zahlungen an Griechenland vorgesehen. Das geht aus einer Unterrichtung durch die Bundesregierung (17/12605) hervor. Davon sollen in diesem Jahr 599 Millionen Euro abfließen, im kommenden Jahr 532 Millionen Euro und 2015 412 Millionen Euro. Die Verpflichtungen enden im Jahr 2026 mit Zahlungen von 18 Millionen Euro. Die bewilligten über- und außerplanmäßigen Ausgaben belaufen sich im vierten Vierteljahr des Haushaltsjahres 2012 auf 56,89 Millionen Euro, heißt es weiter. Die ohne Einwilligung Bundesministeriums der Finanzen getätigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben betragen 1,62 Millionen Euro. **mik**

Novelliertes Städtebaurecht beschlossen

Der Bundestag hat das Städtebaurecht novelliert und am vergangenen Donnerstag einem entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/11468) in geänderter Fassung (17/13272) zugestimmt. Dadurch werden unter anderem die Steuerungsmöglichkeiten für die Ansiedlung von Vergnügungstätten präzisiert und die Möglichkeit geschaffen, zentrale Versorgungsbereiche im Flächennutzungsplan ausdrücklich zu benennen. In der Baunutzungsverordnung werden flexiblere Regelungen zur weiteren Stärkung der Innenentwicklung von Städten und Gemeinden eingeführt. Außerdem werden die gemeindlichen Steuerungsmöglichkeiten für die Ansiedlung gewerblicher Intensivierhaltungsanlagen verbessert. **mik**

Keine Neubewertung der Fehmarnbelt-Querung nötig

Die Fehmarnbelt-Querung kann gebaut werden wie bisher geplant. Der Bundestag lehnte vergangenen Donnerstag Anträge der SPD (17/11365), der Linken (17/8912) und der Grünen (17/9407), in denen gefordert wurde, das Vorhaben zu überdenken, auf Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (17/13154) ab. Die Antragsteller hatten unter anderem von der Regierung verlangt, auf Kritik an dem Projekt einzugehen, eine neue Abwägung des mit dem Projekt verbundenen Nutzens und der Risiken vorzunehmen und bei der „ergebnisoffenen“ Neubewertung das „Dialogforum Feste Fehmarngeltquerung“ zu beteiligen. **mik**



Die Glasproduktionslinie wird hierzulande noch viel vom Mittelstand getragen. Die Mitarbeiterin eines Betriebs in Thüringen entnimmt eine Flasche zur Gewichtskontrolle.

Mittelstand ist das Herz der Ökonomie

WIRTSCHAFT Alle Fraktionen wollen mehr für kleinere und mittlere Firmen tun

Kleine, aber feine Unternehmen und vor allem unverzichtbar: Die Fraktionen des Deutschen Bundestages haben ein klares Bekenntnis zum deutschen Mittelstand abgegeben. „Deutschland ist erfolgreicher als alle andere Länder aus der Krise herausgekommen“, stellte FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle am Donnerstag in der Debatte des Bundestages zum Mittelstand fest. Brüderle beschrieb die Unternehmenslandschaft mit den vielen kleinen und mittleren Betrieben als „Modell Deutschland“. Mittelstand sei nicht irgendeine Betriebsordnung, sondern „Mittelstand ist eine Geisteshaltung, ist eine eigene Richtung, eine eigene Gedankenwelt. Da wird in Generationen und nicht in Quartalen gedacht“, sagte Brüderle, der von „einem neuen deutschen Wirtschaftswunder“ sprach. Brüderle lobte die Exporterfolge der mittelständischen Firmen: „Die Ausländer kaufen freiwillig unsere Produkte, weil sie gut sind. Das ist keine Zwangsabgabe.“ Für Wachstum und Wohlstand Sorge aber auch die christlich-liberale Politik, von der die Weichen richtig gestellt worden seien. Rot-Grün setze dagegen nur auf neue Steuerbelastungen und mehr Staat. Brüderle rief: „Wir brauchen mehr richtige Ingenieure und weniger rot-rot-grüne Sozialingenieure.“

Auch Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) lobte den Mittelstand als „Geisteshaltung, der sich diese Koalition in besonderer Weise verpflichtet fühlt“. Rote, Grüne und Linke hätten kein Interesse am unternehmerischen Mittelstand und würden massiv Politik gegen ihn betreiben. Hubertus Heil (SPD) warf Brüderle vor, eine „dampfplaudernde Rede“ gehalten zu haben und beklagte den massiven Verfall der Infrastruktur in Deutschland. Kanäle und Autobahnbrücken müssten gesperrt

werden, weil die Regierung die notwendigen Investitionen nicht schultern könne. Der schlechte Zustand der Infrastruktur wirke sich auch nachteilig auf den Mittelstand aus, und das zeige, wie die Bundesregierung den Mittelstand vernachlässige.

Fachkräftemangel Heil warf der Koalition vor, nichts gegen den Fachkräftemangel zu tun, der besonders kleinen Betrieben zu schaffen mache. Immer mehr junge Menschen hätten keinen Schul- und Berufsausschluss. Die Regierung müsse mehr für das duale System tun, unterlasse das aber. „Und wo ist die steuerliche Forschungsförderung geblieben, die Sie versprochen haben?“, fragte Heil, der der Koalition auch vorwarf, den Gründungszuschuss für Existenzgründer gestrichen zu haben. „Wir brauchen eine Gründerkultur in Deutschland“, forderte Heil.

Sichere Stellen „Das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, der Garant für die sicheren Arbeitsplätze, das sind und bleiben der Mittelstand und die deutschen Familienunternehmen“, stellte Christian Freiherr von Stetten (CDU) fest. Diese 3,7 Millionen Firmen seien das „Herz unserer Wirtschaft“. Über 70 Prozent der Arbeitnehmer seien dort tätig. Die SPD-Mittelstandspolitik bestehe aus höheren Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern. Die Wiedererhebung der Vermögenssteuer und die Erhöhung der Erbschaftsteuer seien jedoch „Gift für den Mittelstand“.

Dietmar Bartsch (Linke) sagte, wichtig seien die Ergebnisse der Politik. Doch 0,5 Prozent Wirtschaftswachstum sei faktisch nichts. Völlig unbestritten sei, dass der Mittelstand viel geleistet habe. Aber Mittelstand sei keine Geisteshaltung, sondern viel differenzierter zu sehen, sagte Bartsch zu Brüderles Äußerungen.

Man müsse den Mittelstand gegenüber den Großunternehmen stärken. Doch da sei nichts passiert, kritisierte Bartsch, der die Koalition auch an die hohe Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne in den neuen Ländern erinnerte. Ein großes Problem sei zudem die Abwanderung, sagte Bartsch, der die Linke als „mittelstandsfreundliche Partei“ charakterisierte. Er forderte, den öffentlichen Finanzsektor stärker auf die Förderung und Finanzierung des Mittelstandes zu konzentrieren. „Der wichtigste Rohstoff, den wir haben, das ist Grips“, stellte Tobias Lindner (Grüne) zum Thema Infrastruktur fest. Infrastruktur bestehe nicht nur aus Beton. Für eine gute Bildungs- und Fachkräftepolitik werde ein handlungsfähiger Staat gebraucht. Lindner warf der Koalition vor, ihre Politik bestehe nicht nur aus Abwehraktionen gegenüber grüner und roter Steuerpolitik. Das sei eine „Armutsbilanz“. Zur Steuerpolitik sagte Lindner, der deutsche Mittelstand habe keine Steuerschlupflöcher, während internationale Großunternehmen so gut wie keine Steuern in Deutschland zahlen würden. „Da müssen wir gerade auch im Interesse des deutschen Mittelstandes gegensteuern“, verlangte Lindner.

Mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP beschloss der Bundestag einen von den beiden Fraktionen gemeinsam eingebrachten Antrag (17/12700). Darin setzen sich die Fraktionen für die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung ein. Die deutschen kleinen und mittleren Unternehmen würden zu den innovativsten in Europa gehören, betonten die Koalitionsfraktionen. 54 Prozent von ihnen hätten zwischen 2008 und 2010 eine Prozess- oder Produktinnovation auf den Markt gebracht. Als Herausforderungen nennen die Fraktionen das demografische Schrumpfen des Fachkräfteangebots in Deutschland und die stark steigenden Kosten im Bereich der Energieversorgung. „Steuererhöhungen würden gerade den Mittelstand ins Herz treffen und die gute wirtschaftliche Entwicklung im Lande unmittelbar gefährden“, warnen die Fraktionen, die sich besonders gegen die Einführung einer Vermögenssteuer wenden.

Abgelehnt wurde ein Antrag der SPD-Fraktion (17/13224) mit dem Titel „Bessere Politik für einen starken Mittelstand – Fachkräfte sichern, Innovationen fördern, Rahmenbedingungen verbessern“. Darin wird unter anderem die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Fachkräftesicherung gefordert. Zu den verlangten Maßnahmen gehört auch eine Verbesserung der Transparenz und Vergleichbarkeit der Berufsabschlüsse. In der Energiepolitik will die SPD-Fraktion zur Dämpfung der Strompreisentwicklung als Sofortmaßnahme eine Senkung der Stromsteuer. Im Finanzteil des Antrags spricht sich die Fraktion für die Einführung einer Vermögenssteuer aus, „um den Ländern die notwendige Erhöhung der Bildungsinvestitionen zu ermöglichen.“ **Hans-Jürgen Leersch**

> KOMPAKT

- > Große Anfrage** Welche Bedeutung der Mittelstand hat, wird in einer Antwort der Regierung (17/12245) auf eine Große Anfrage der SPD-Fraktion (17/9655) deutlich.
- > Mehr Unternehmen** Danach ist die Zahl der kleinen Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten von 2006 bis 2010 von 3,12 auf 3,17 Millionen gestiegen. Die Zahl der mittleren Unternehmen mit zehn bis 499 Beschäftigten stieg von 419.099 um 17.019 auf 436.118.
- > Mehr Beschäftigte** Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in kleinen Unternehmen stieg von 3,53 Millionen auf 3,58 Millionen und in den mittleren Unternehmen von 11,17 auf 11,84 Millionen.

Reformstopp gefordert

VERKEHR UND BAU I Für einen Stopp der Organisationsreform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) setzen sich die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke in zwei Anträgen ein, die am Donnerstag erstmals im Bundestag beraten wurden.

Die SPD fordert in ihrem Antrag (17/13228) die Bundesregierung auf, auf den angekündigten Organisationserlass zur Einrichtung einer „Generaldirektion für Wasserstraßen und Schifffahrt“ noch vor der Bundestagswahl im September 2013 zu verzichten und nach der Bundestagswahl einen neuen Dialogprozess über die zukünftige Struktur der WSV zu beginnen. Dieser müsse in enger Abstimmung mit den Beschäftigten und ihren Interessenvertretern transparent und ergebnisoffen geführt werden. Allen Entscheidungen über die künftige Struktur der WSV soll eine umfassende Aufgabenkritik und eine grundlegende Personalbedarfsermittlung vorangestellt werden, heißt es weiter. Schließlich soll die Regierung laut SPD-Antrag für eine angemessene Ausstattung der WSV mit Haushaltsmitteln, insbesondere für verkehrliche Investitionen sorgen.

Auch die Linksfraktion fordert in ihrem Antrag (17/13229), den Errichtungserlass zur Gründung der Generaldirektion zurückzunehmen und die Anpassung der Zuständigkeiten der Wasser- und Schifffahrtsdirektionen sowie die übrige organisatorische Umgestaltung der WSV nicht durchzuführen. Auf Basis eines ergebnisoffenen Dialogs mit den Bundesländern, den Beschäftigten sowie den Trägern öffentlicher Belange soll die Regierung schließlich einen Gesetzentwurf für eine alternative, zukunftsfähige Gestaltung der Wasserstraßeninfrastruktur und ihrer Verwaltung vorlegen, fordert Die Linke. **mik**

SPD will mehr Geld für Straßen

VERKEHR UND BAU II Für eine solide Finanzierung der Bundesverkehrswege setzt sich die SPD-Fraktion in einem Antrag (17/13191) ein, der am Donnerstag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen wurde. Darin fordern die Abgeordneten die Bundesregierung auf, im Entwurf für den Bundeshaushalt 2014 und in der mittelfristigen Haushaltsplanung jährlich zusätzlich zwei Milliarden Euro für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung zu stellen und den Substanzverfall der Verkehrswege zu stoppen.

Weiter soll die Regierung ein Programm zur Sanierung der Bundesautobahnen mit Schwerpunkt Autobahnbrücken vorlegen und eine verbesserte Finanzausstattung für den Erhalt der Schienenwege im Rahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung Schiene vorsehen sowie die Instandsetzung der überalterten Schleusen an Flüssen und Kanälen mit hoher Netzbedeutung zugänglich angehen.

Die Abgeordneten fordern unter anderem weiter von der Regierung, unverzüglich Planungen auf den Weg zu bringen, um die Kapazität des Schienenetzes für den Güterverkehr bis 2030 zu verdoppeln und gleichzeitig mehr Kapazitäten für den Schienenpersonenverkehr zu schaffen. **mik**

Ausschuss für Punktereform

VERKEHR UND BAU III Die geplante Reform der Flensburger Punktekartei hat eine weitere Hürde genommen. Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung stimmte am Mittwochvormittag mit großer Mehrheit dem entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/12636) in geänderter Fassung zu. Mit dem Gesetzentwurf soll das Punktesystem einfacher und transparenter werden. Deshalb soll es künftig nur noch drei Kategorien geben: ein Punkt bei Ordnungswidrigkeiten, die die Verkehrssicherheit beeinträchtigen, zwei Punkte bei Ordnungswidrigkeiten, die die Verkehrssicherheit besonders beeinträchtigen sowie bei Straftaten ohne Führerscheinentzug, und drei Punkte bei Straftaten mit Führerscheinentzug. Weg sein soll der Führerschein auch, wenn acht Punkte angesammelt wurden. Mehr Transparenz will die Regierung durch Verzicht auf komplizierte Tilgungsregelungen erreichen. In einem kurzfristig eingebrachten Änderungsantrag der Koalition wurde unter anderem festgelegt, dass bei freiwilliger Teilnahme an den Fahrungsseminaren zwei Punkte vom Konto gestrichen werden können. Außerdem wurde die Verjährungsfrist von zwei auf 2,5 Jahre erhöht. **mik**

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Oft ist das Fahrrad schneller als das Auto – vor allem in Innenstädten.

SPD will weniger Zertifikate

UMWELT Die SPD unterstützt den Vorschlag der EU-Kommission, CO₂-Zertifikate vorübergehend aus dem Handel zu nehmen. In einem Antrag (17/13193), der am vergangenen Donnerstag in erster Lesung im Bundestag behandelt wurde, schreibt die Fraktion, dass der EU-Emissionshandel seine Funktion als Leitinstrument des Europäischen Klimahandels verloren habe. Das Europäische Parlament hatte sich vor zwei Wochen mit knapper Mehrheit gegen das sogenannte Backloading, die künstliche Verknappung von Emissionszertifikaten ausgesprochen. In der Bundesregierung gibt es dazu bislang keine einheitliche Position. Andreas Jung (CDU/CSU) forderte die Regierung auf, sich für ein „fest umrissenes Backloading“ einzusetzen. Frank Schwabe (SPD) erklärte, dass der Emissionshandel für den Klimaschutz keinen Anreiz mehr bieten würde und damit „als politisches Instrument praktisch tot wäre“. Für die FDP sprach sich Michael Kauch stattdessen für eine Anhebung des Klimaziels in der EU auf 30 Prozent aus. „Dies ist ein systematischer Ansatz als das doch recht willkürliche Backloading“, erklärte er. Die Linke betonte, es habe vor der Entscheidung in Straßburg „eine beispiellose Lobby-Arbeit von Industrie und Energiewirtschaft gegen den Vorschlag“ gegeben. Und nach Meinung von Bärbel Höhn (Bündnis 90/Die Grünen) steckt der Klimaschutz in der wohl tiefsten Krise seiner Geschichte. **as**

Luftfahrt leidet unter Streiks

WIRTSCHAFT Im deutschen Flugverkehr herrscht „eine Situation wie in Großbritannien vor Margaret Thatcher“. Beinahe im Drei-Monats-Abstand werde er durch Streiks einer Vielzahl teils kleinster Sparten-Gewerkschaften beeinträchtigt, erklärte der Vorstandsvorsitzende der Lufthansa, Christoph Franz, in einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Bundestages in der vergangenen Woche. Franz trat zusammen mit dem Chef von Air Berlin, Wolfgang Prock-Schauer, vor dem Ausschuss auf. Franz rief den Bundestag auf, in der nächsten Legislaturperiode Rahmenbedingungen zu schaffen, um „ohne Eingriff in den Kern der Tarifautonomie“ solche Konflikte friedlich beilegen zu können. Prock-Schauer beklagte vor allem hohe Abgaben sowie Nachtflugverbote. Franz ergänzte für sein Unternehmen, die Gebühren und Steuern seien in den letzten zehn Jahren doppelt so stark gestiegen wie die Personalkosten, nämlich um über fünf Prozent jährlich. Sie seien inzwischen der zweitgrößte Kostenfaktor nach dem Treibstoff und noch vor dem Personal. Franz bezweifelte zudem die Lenkungswirkung von CO₂-Steuern. Der Treibstoff sei ein so großer Kostenfaktor, dass sich die Fluggesellschaften ohnehin um Einsparungen bemühten. Sie brauchten aber die Mittel, um in moderne Technik zu investieren, und diese würden durch die hohen Abgaben geschmälert. Auf die Frage von Abgeordneten, ob der Kostendruck auf die Sicherheit durchschlagen könnte, antwortete Franz unter Kopfnicken von Prock-Schauer, die gesamte Branche sei sich einig, dass sie „nicht am sehr hohen Sicherheitsstandard sparen“ werde. Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands sei „ohne funktionierenden Luftverkehr nicht denkbar“, stellte der Vorsitzende des Ausschusses, Ernst Hinsken (CSU), fest. **pst**

Freie Fahrt für Radler

VERKEHR UND BAU Der Nationale Radverkehrsplan 2020 findet allgemeine Zustimmung

Fahrradfahren ist in. Auf dem Land boomt der Fahrradtourismus, und in den Städten nutzen immer mehr Menschen das Fahrrad, um in die Schule, die Uni oder auf die Arbeit zu kommen. Oft ist das Rad schneller als Bus und Bahn und als das Auto sowieso. Für die Politik ist dies aber nichts Neues. Viele Städte und Gemeinden haben schon lange eigene Fahrradbeauftragte, und der Bund hat seit 2002 einen eigenen Nationalen Radverkehrsplan. Dieser galt bis 2012. Deshalb hat die Regierung jetzt einen neuen Nationalen Radverkehrsplan bis 2020 (NRVP 2020) vorgelegt, der eine weiter steigende Zahl von Radfahrern prognostiziert: Im ländlichen Raum geht die Regierung von einer Steigerung bis 2020 von derzeit acht auf 13 Prozent aus, in städtischen Kommunen von elf auf 16 Prozent.

»Es war falsch, die Mittel für den Radwegebau um 40 Prozent zu kürzen.«

Burkhard Stork (ADFC)

Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund) betonte in der Anhörung, dass der NRVP 2020 viele Ansätze zur Radverkehrsförderung enthalte. Er sei ein gutes Leitbild für den Ausbau der Radverkehrsnetze und eine gute übergeordnete Grundlage für die Radverkehrsförderung der kommenden Jahre. Es sei besonders zu begrüßen, dass Wert auf gemeinsame Lösungsstrategien und Handlungsnotwendigkeiten von Bund, Ländern und Kommunen sowie dritter gesellschaftlicher Akteure gelegt werde – statt Kompetenzen und Zuständigkeiten gegeneinander abzugrenzen. Weiter begrüßte er, dass der NRVP 2020 weiterhin den Charakter eines orientierten politischen Zielpapiers habe und nicht anstrebe, eine verpflichtende Vorgabe für das politische Handeln in der Verkehrspolitik zu sein.

Tilman Bracher, Deutsches Institut für Urbanistik, forderte vom Bundestag, konkrete Handlungs- und Finanzierungsschritte zu beschließen: Die Förderung des Radverkehrs könne nur gelingen, wenn es auch in erheblichem Umfang entsprechende zusätzliche Maßnahmen gebe. Dazu zählte er vor allem die Finanzausstattung. Dabei hielt er die Forderung von SPD (17/11000) und Grünen (17/11357) nach Mittel von jähr-

lich 100 Millionen Euro für den Neubau von Radwegen an Bundesstraßen für „plausibel“. Die Bundesländer hätten gezeigt, dass sie Mittel dieser Größenordnung kurzfristig abrufen könnten.

Mehr Unfälle befürchtet Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Verkehrssicherheitsrates (DVR), Christian Kellner, befürchtete bei der prognostizierten Steigerung des Radverkehrs eine relative Zunahme der Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden. Angesichts von 399 getöteten Fahrradfahrern, 14.426 schwerverletzten Radfahrern und insgesamt 76.351 bekannt gewordenen verletzten Fahrradfahrern im Jahr 2011 sei vor allem die Verkehrssicherheit für den Radverkehr ein wichtiges Handlungsfeld. Um dieses zu erhöhen, seien große Anstrengungen aller Beteiligten notwendig. Auch Wasilis von Rauch, Verkehrsclub Deutschland (VCD), kritisierte, dass das Bundesverkehrsministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung als Herausgeber des NRVP 2020 den Ländern und Kommunen gute und wichtige Empfehlungen für die Fortentwicklung des Radverkehrs gebe, dabei aber seinen eigenen Gestaltungsspielraum bei weitem nicht ausschöpfe. Zudem fehle es an bundesweit verbindlichen, ambitionierten Zielen und an den dafür notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen. Trotz erkennbaren politischen Willens zur Fahrradförderung sei die Umsetzung „unklar“. Auch Burkhard Stork vom Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC)

hielt es für notwendig, dass der Bund seine besondere Rolle in der Radverkehrsförderung ungleich stärker wahrnehmen solle und die Finanzausstattung „entscheidend“ verbessert werden müsse. So schlug er vor, Mittel der Radverkehrsförderung im Haushaltsansatz „offensiv“ aufzuführen. Es sei falsch gewesen, dass 2012 die Mittel für den Radwegebau an Bundesstraßen um 40 Prozent von 100 auf 60 Millionen Euro gekürzt worden seien. Siegfried Neuberger vom Zweirad-Industrie-Verband (ZIV) forderte wie Tilman Heuser

vom BUND klare, belastbare Aussagen zur Finanzierung der Radverkehrsförderung und die Festschreibung von 100 Millionen Euro für den Bau von Radwegen an Bundesstraßen in der mittelfristigen Finanzplanung. Zudem müssten klare, messbare Ziele und Fristen festgelegt werden, um den Radverkehrsanteil in Deutschland nachhaltig zu erhöhen. Heuser sprach sich zudem für eine Regelgeschwindigkeit von 30 Stundenkilometern in geschlossenen Ortschaften aus, um die Radfahrersicherheit zu erhöhen. **Michael Klein**

STICHWORT

RADVERKEHRSPLAN 2020 – Den Radverkehr gemeinsam weiterentwickeln

> Nationaler Radverkehrsplan (NRVP) 2020 Der aktuelle NRVP gilt für die Jahre 2013 bis 2020 und schließt sich somit nahtlos an den ersten NRVP an, der den Zeitraum von 2002 bis 2012 umschloss.

> Integrierte Mobilitätspolitik Der NRVP 2020 ist Teil einer integrierten Verkehrs- und Mobilitätspolitik und zielt über die Förderung des Radverkehrs hinaus auf eine Stärkung des sogenannten Umweltverbundes aus ÖPNV, Fuß- und Radverkehr.

> Fahrradnutzung Derzeit gibt es in Deutschland rund 70 Millionen Fahrräder. In 80 Prozent aller Haushalte ist mindestens ein Rad, in 25 Prozent sind drei oder mehr Fahrräder vorhanden.



Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

- Mehr Information.
- Mehr Themen.
- Mehr Hintergrund.
- Mehr Köpfe.
- Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



Hilfe und Sicherheit im Urlaub

TOURISMUS Bundestagsausschuss besucht das Krisenreaktionszentrum im Auswärtigen Amt

Früher einmal beherbergte das Haus am Werderschen Markt in Berlin die Deutsche Reichsbank. Deshalb sind immer noch dicke Panzertüren und Gitterstäbe im Keller des Baus angebracht. Später war es dann Sitz des Zentralkomitees der SED. Heute ist hier das Auswärtige Amt untergebracht, und noch immer dreht sich hier Vieles um die Sicherheit. Diesmal jedoch um die Sicherheit der deutschen Staatsbürger im Ausland. Deshalb besuchte am vergangenen Donnerstag der Tourismusausschuss des Bundestages das Auswärtige Amt und informierte sich über die Arbeit des dortigen Krisenreaktionszentrums, das im Keller des Hauses sitzt. Denn das Reaktionszentrum ist dafür zuständig, Deutsche weltweit im Krisenfall heil nach Hause zu holen.

Instabile Länder „Wir wollen den Tourismus ganzheitlich betrachten, und dazu gehört auch das Thema Sicherheit“, begründete Klaus Brähmig (CDU), Vorsitzender des Tourismusausschusses, den Besuch. Für vie-

le Reisende spiele das nicht nur in politisch instabilen Ländern eine Rolle, sondern auch bei Naturkatastrophen oder Krankheitsfällen im Ausland. Michael Klor-Berchtoldt, Krisenbeauftragter des Auswärtigen Amtes, informierte die Ausschussmitglieder vor Ort über die Arbeit des Krisenreaktionszentrums. Dieses komme immer bei Krisen im Ausland zum Zu-

ge, zum Beispiel bei Terroranschlägen wie im amerikanischen Boston vor drei Wochen oder bei Naturkatastrophen wie beim Erdbeben in Haiti 2010 oder dem Tsunami in Japan 2011. Gefragt sind die Mitarbeiter auch bei politisch-militärischen Krisen wie in Nordafrika während des arabischen Frühlings. Im Zentrum sammelt man alle Informationen und schaltet zum Beispiel

auch deutsche Botschaften zu, um ein Bild der Lage vor Ort zu bekommen. Neben der Krisenbewältigung gehört aber auch die Vorsorge zu den Aufgaben des Krisenreaktionszentrums. Dies Rolle übernehmen die Reise- und Sicherheitsdienste, die das Auswärtige Amt für nahezu alle Länder der Welt herausgibt und ständig aktualisiert. Sie geben eine Einschätzung über die Lage im jeweiligen Land. Dazu gehören Informationen über die Einreisebestimmungen, medizinische Hinweise sowie straf- oder zollrechtliche Besonderheiten. Außerdem gibt es Sicherheitshinweise mit Empfehlungen, Reisen einzuschränken oder zu verschieben. Gegebenenfalls wird auch eine Reisewarnung ausgesprochen, in der davon abgeraten wird, in ein bestimmtes Land oder eine bestimmte Region zu fahren. Bei dem Besuch wurden die Ausschussmitglieder darüber informiert, dass die Reise- und Sicherheitsdienste des Auswärtigen Amtes für viele Touristen oder im Ausland lebende Deutsche sehr wichtig seien. Es handele sich dabei um Hinweise und Empfehlungen. Die Menschen müssten eigenverantwortlich entscheiden, ob sie in ein Land fahren oder nicht. Das Auswärtige Amt informiert Reisende auch über eine Mobiltelefon-App über die aktuellen Reisehinweise. **jbb**



Michael Klor-Berchtoldt berichtet über die Arbeit des Krisenreaktionsstabes.

Großes Geld auf kleinem Raum

STEUEROASEN Deutsche sollen bis zu 400 Milliarden Euro vor dem Fiskus im Ausland versteckt haben

Um die Steuermoral vieler reicher und wohlhabender Deutscher ist es augenscheinlich nicht sehr gut bestellt. Erst Anfang des Monats war weltweit ein globales Netz dubioser Finanzgeschäfte enthüllt worden. Überall gerieten Politiker, Unternehmer, Prominente und Milliardäre unter Druck, die ihr Vermögen vor dem Fiskus in Sicherheit gebracht haben sollen. In Deutschland und anderen Ländern mehrten sich seitdem die Forderungen, Steueroasen den Kampf anzusagen und Schlupflöcher auszutrocknen. Und nun auch noch Uli Hoeneß. Nach jüngsten Daten der Bundesbank haben die Deutschen nämlich in Steueroasen Forderungen in Höhe von 152 Milliarden Euro aufgebaut. Schätzungen der Steuergewerkschaft gehen noch weiter: Sie vermuten rund 400 Milliarden Euro, die Deutsche im Ausland vor dem Fiskus versteckt haben. Hilfe bekommen Anleger dabei von deutschen Banken. Sie unterhalten in den 22 Steueroasen 25 Niederlassungen mit Banklizenz. Die will nun auch die BaFin, das Bundesamt für Finanzdienstleistungen, genauer unter die Lupe nehmen. Besonders interessiert sie sich dabei für Geschäfte, die die Banken gerne als „Vermögensverwaltung“ bezeichnen.

»Ohne schärfere Maßnahmen geht Vertrauen in den Rechtsstaat verloren.«
Peer Steinbrück (SPD)

Flucht auf die Inseln Dabei trifft das deutsche Wort von den „Steueroasen“ eigentlich gar nicht zu. Mit Wüsten haben nämlich die Orte, in denen man anonym und verschwiegene sein Geld zins- und steuergünstig parken darf, nicht das Geringste zu tun. Da beschreibt das englische Wort „tax haven“ („Steuerhafen“) oder „Off Shore“-Gebiete („fern der Küste“) weitaus besser, worum es sich bei den meisten Geldverstecken in Wirklichkeit handelt – um Inseln. Ob das krisengeschüttelte Zypern, Malta, die Kanalinseln Jersey und Guernsey in Europa, oder die Karibikinseln Kaiman, Bahamas oder Barbados – es sind nicht umsonst Inseln, die das Geld der Reichen dieser Welt fast magisch anziehen. Aus einem ganz einfachen Grund: Eilande haben, außer ein wenig Tourismus, nicht viele Möglichkeiten, sich wirtschaftlich zu betätigen. Industrien gibt es in der Regel nicht, Bodenschätze auch nicht. Da bieten sich Finanzdienstleistungen an. Um Kapital anzulocken, braucht es nicht viel Platz. Raum für Briefkastenfirmen ist auch auf der kleinsten Insel, die zudem auch keine großen Steuern im Land zu erheben braucht. Weder gibt es eine umfangreiche Infrastruktur, noch eine aufwendige Verwaltung. Und

hat man schon einmal etwas von den bewaffneten Streitkräften der Kaiman-Inseln gehört? Das alles kann sich ein Inselstaat in der Karibik schenken. Genauso wie allzu viel Regulierung. Was es dagegen braucht, sind stabile politische Verhältnisse und ein funktionierendes Rechtssystem. Und natürlich jede Menge Diskretion, wenn zum Beispiel vermögende Privatleute ihr Geld in ein Unternehmen einbringen, das es danach beispielsweise einer Stiftung in einer jener Steueroase überträgt. Dadurch taucht nur die Firma als Eigentümer auf, nicht aber die Person. Die Erträge der Stiftung sind steuerfrei und es gibt keine automatischen Meldungen ans deutsche Finanzamt. Auch die Erbschaftsteuer entfällt.

Das alles macht weit abliegende Inseln für die Finanzindustrie so interessant. Die Kaiman-Inseln sind auf diese Weise mit 40 Prozent Anteil zum größten „Hafen“ für global agierende Hedgefonds geworden. 80.000 Firmen haben hier ihren Sitz. Die Inseln sind so der fünfgrößte Finanzplatz der Welt – mit einer Bevölkerung von nicht einmal 50.000 Einwohnern, der Größe Passaus oder Ibbenbürens. Der Finanzsektor ist somit gigantisch überdimensioniert für die kleine Insel und vor allem wenig transparent. Nicht umsonst waren die Kaimans mitverantwortlich für die weltweite Finanzkrise 2007 und 2008. Die internationalen Großbanken, aber auch deutsche Landesbanken, hatten dorthin ihre US-Häuserkredite ausgelagert, die die Finanzkrise auslösten. Niemand hatte am Ende noch einen Überblick über das Ausmaß der Verwerfungen, weil die Kredite in den Bankbilanzen zuhause nicht auftauchten. Steuerparadiese müssen aber nicht immer meeresumklungen sein. Es gibt sie auch auf Land – klein und ebenso abgeschottet etwa in Andorra, San Marino, Monaco, Gibraltar und in Liechtenstein. Und selbst mitten in Amerika trifft man auf sie – in Delaware und New Jersey etwa, die mit sehr liberalen Unternehmensgesetzen und niedrigen Körperschaftsteuern locken. Und dann sind da natürlich noch die Schweiz, Österreich und Luxemburg, die in der Vergangenheit deutschen Finanzämtern keine Zinsen meldeten und stattdessen eine anonyme Quellensteuer von 35 Prozent erhoben, die – wiederum anonym – an Deutschland abgeführt wurde.

Erlaubte Anlagen Dabei ist es nicht verboten, Geld in Steueroasen anzulegen. Die Tricks der Unternehmen mögen zwar moralisch fragwürdig sein, sind aber erlaubt. Für Unternehmen wie für Privatleute gibt aber



Auf den idyllischen Kaimaninseln in der Karibik kann man nicht nur schönen Urlaub machen. Es wird dort auch viel Geld versteckt.

das sie Erträge aus Steueroasen dem deutschen Fiskus melden müssen, denn im deutschen Steuerrecht gilt das Wohnsitzprinzip. Wer in Deutschland einen Wohnsitz hat und seinen Lebensmittelpunkt, der versteuert dort seine gesamten Einkünfte, die er irgendwo auf der Welt erzielt. Auch die zahlreichen Doppelbesteuerungsabkommen mit anderen Ländern regeln, dass Kapitalerträge in Deutschland versteuert werden müssen. Gibt es im Ausland eine Steuer auf solche Erträge, kann man sich dort davon freistellen lassen oder gezahlte Steuern in Deutschland anrechnen lassen. So wächst der politische Druck in Deutschland rechtzeitig zu Beginn des Wahlkampfs auf Steueroasen und auf alle, die versuchen, ihr Schäfchen ohne viele Abgaben sicher ins

Trockene zu bringen. „Steuerbetrug ist kein Kavaliärsdelikt, sondern eine Straftat“, sagt etwa SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück. Der frühere Bundesfinanzminister hat vor kurzem erst einen Acht-Punkte-Plan vorgelegt, mit dem er Briefkastenfirmen und anonyme Konten verbieten lassen will. „Ohne schärfere Maßnahmen geht Vertrauen in den Rechtsstaat verloren.“ Steinbrück: „Steueroasen sind Gerechtigkeitswüsten.“ Auch Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin sieht dringenden Handlungsbedarf: „Wie das geht, zeigen Frankreich mit einer Steuer auf Zahlungen in Steueroasen und die USA, die Banken zur Weitergabe aller Kundendaten zwingen.“ Dabei ist der Kampf gegen Steueroasen und Steuerflüchtlinge ein Bohren dicker Bretter.

„Es macht wenig Sinn, einfach nur verbal um sich zu schlagen. Dadurch kommt nicht ein einziger Cent zusätzlich in die deutschen Kassen“, meint etwa Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). „Wir müssen den Weg der internationalen Verhandlungen, Kooperation und Verträge gehen, um wirklich etwas zu ändern.“ Schäuble: „Wir haben mit Beharrlichkeit aber schon viel geschafft.“

Schwarze Liste Vor allem die OECD und die EU haben es sich dabei auf die Fahnen geschrieben, die Steueroasen westweit auszutrocknen. Vor einigen Jahren gab es sogar eine Art schwarze Liste, auf der Länder standen, die geächtet werden sollten. Mit wenig Erfolg. Das lag auch daran, dass Großbritannien und

besonders die Vereinigten Staaten zwar im Ausland rabiat gegenüber Banken, auf denen sie steuerflüchtiges Geld vermuten, auftreten, aber zugleich dulden sie auf ihrem eigenen Staatsgebiet selbst Steueroasen. Doch es gibt auch Erfolge: Steuerflüchtlinge in Luxemburg verlieren schon bald ihre Anonymität. Die Regierung des Großherzogtums will ab 2015 die Zinserträge ausländischer Anleger aus EU-Staaten automatisch an deren Heimatländer übermitteln. Damit steigt der Druck auf die letzte verbleibende Steueroase in der EU: Österreich entzieht sich der EU-Zinsbesteuerung, weil es für sich – noch – eine Ausnahmeregel beansprucht.

Christoph Birnbaum

Der Autor ist freier Journalist in Bonn

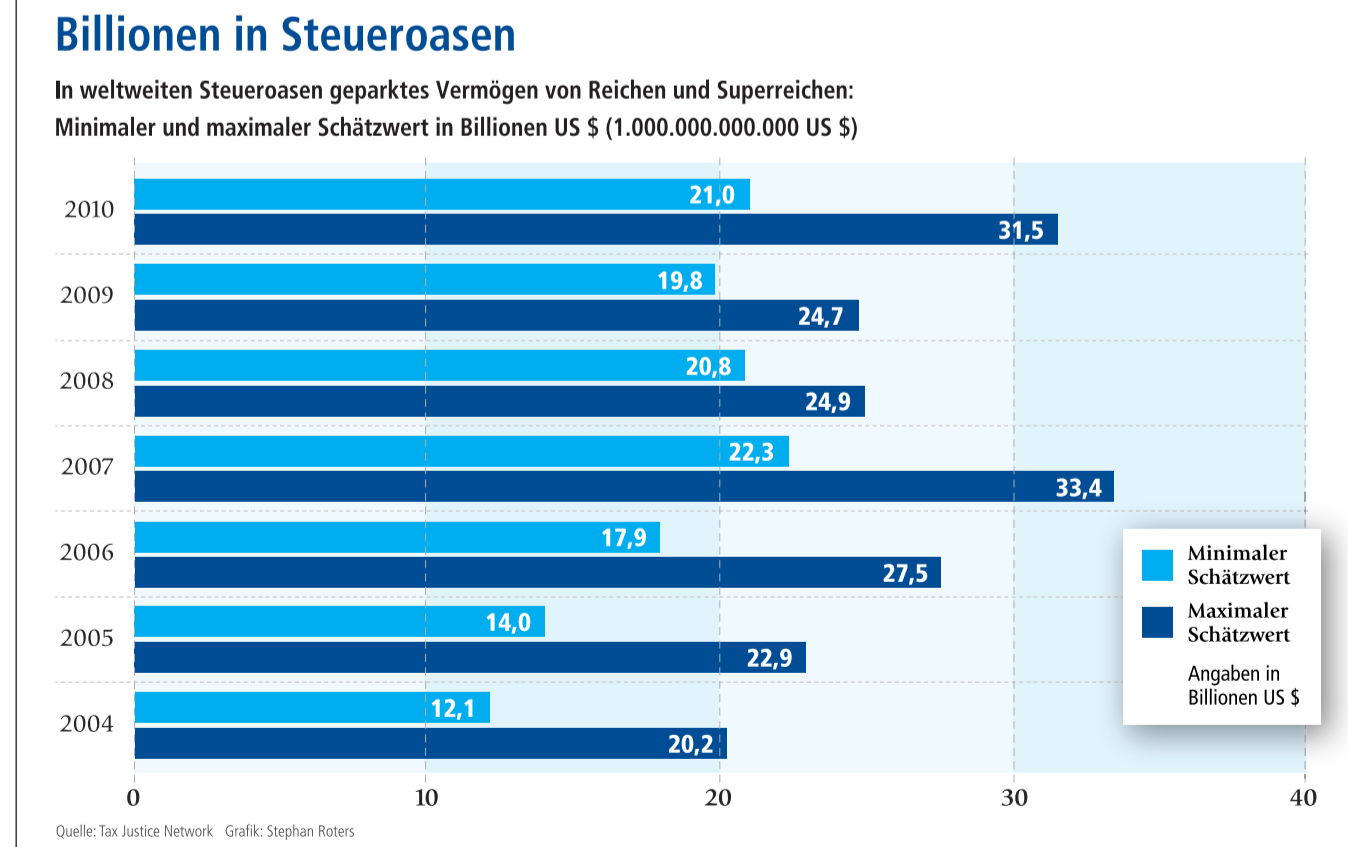
Auslands-Geldanlagen sind keine Seltenheit mehr

SCHWEIZ Außerhalb Deutschlands müssen Anleger mit hohen Quellensteuern rechnen. Selbstanzeige bleibt weiter möglich

In Zeiten der Globalisierung sind Kapitalanlagen im Ausland eine Selbstverständlichkeit. Deutsche Unternehmen geben Anleihen regelmäßig über Finanztöchter in Luxemburg oder in den Niederlanden heraus, Fonds deutscher Banken residieren oft in Luxemburg. Auch der Erwerb von ausländischen Wertpapieren ist in Deutschland kein Problem. So können sich Anleger etwa Aktien des Schweizer Nahrungsmittelproduzenten Nestlé in ihr deutsches Wertpapierdepot legen. Spätestens bei der Dividendenausschüttung erleben sie aber dann eine böse Überraschung, weil sie nicht vom Schweizer, sondern auch noch vom deutschen Finanzminister behelligt werden.

Die Staaten kassieren Ein Beispiel: Die Dividende für 70 Nestlé-Aktien betrug in diesem Jahr 117,81 Euro. Davon zog die Schweiz gleich 35 Prozent Quellensteuer ab, was den Ertrag um 41,23 Euro reduzierte. Zwar nimmt der deutsche Fiskus etwas Rücksicht und rechnet die Schweizer Steuer an, aber 11,78 Euro Kapitalertragsteuer sowie 64 Cent Solidaritätszuschlag bleiben beim deutschen Finanzamt hängen. Der Anleger erhält von der Ursprungsdividende von 117,81 Euro gerade noch 64,16 Euro ausbezahlt. Der ausländische Anleger kann allerdings bei den Schweizer Behörden eine Erstattung der Quellensteuer beantragen.

Großanleger – vor allem mit Schwarzgeld – wählten in der Vergangenheit den einfacheren Weg, brachten ihr Geld in die Schweiz und ließen es dort auf den Konten. Der deutsche Fiskus ging leer aus. Um dies zu ändern, hatten Deutschland und die Schweiz ein neues Doppelbesteuerungsabkommen geschlossen, wonach Kapitalerträge deutscher Steuerpflichtiger in der Schweiz wie in Deutschland besteuert werden sollten. Dafür sollten die Schweizer Zahlstellen eine der deutschen Abgeltungs-



steuer (derzeit 25 Prozent) und dem deutschen Solidaritätszuschlag (5,5 Prozent der Abgeltungssteuer) entsprechende Quellensteuer erheben. Das Abkommen vom 5. April 2012 (17/10059) kam wegen des Widerstands des deutschen Bundesrates nicht zu Stande. Auch für die Vergangenheit wurde ein Verfahren zur Nachversteuerung bisher unentdeckter unversteuerten Vermögenswerte in der Schweiz „auf Basis realistischer Annahmen“ vereinbart. Die Nachversteuerung sollte anonym durch eine Einmalzahlung der Konteninhaber erfolgen.

Da das deutsch-schweizerische Abkommen nicht in Kraft trat, bleibt reigen Steuererländer nur die Möglichkeit der strafbefreienden Selbstanzeige. Doch auch dagegen regt sich in Deutschland Widerstand: Die Linksfraktion im Bundestag brachte bereits einen Antrag (17/13241) mit der Aufforderung an die Bundesregierung ein, die Möglichkeit der strafbefreienden Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung sowie das Absehen von Strafverfolgung in besonders schweren Fällen von Steuerhinterziehung sofort abzuschaffen. Wie die Fraktion in ihrem Antrag erläutert, sei Steuer-

hinterziehung eine Straftat, die nach Paragraph 370 der Abgabenordnung (AO) mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder einer Geldstrafe, in besonders schweren Fällen mit Freiheitsstrafe bis zu zehn Jahren, bestraft wird. Im Gegensatz zu anderen Straftatbeständen bestehe in Deutschland bei einer Steuerhinterziehung die Möglichkeit, durch die Abgabe einer Selbstanzeige Straffreiheit zu erlangen. Das wird hierzulande möglicherweise auch noch eine Zeitlang so bleiben. Der Deutsche Bundestag lehnte den Antrag der Linksfraktion am Freitag ab.

Nadeln im Heuhaufen

FINANZEN Weiter Streit um Abkommen mit der Schweiz

Mit Steuerhinterziehung und Steueroasen hat sich der Deutsche Bundestag in der letzten Woche gleich mehrfach befasst. So auch in einer aktuellen Stunde: „Zum Judaslohn von 1,6 Milliarden Euro haben Sie versucht, die Steuerhinterzieher zu verraten.“ Dies hielt Thomas Gambke (Bündnis 90/Die Grünen) der Regierungskoalition vor. Er hob damit auf das angepeilte und am Widerstand des Bundesrates gescheiterte Steuerabkommen mit der Schweiz und den erwarteten Ertrag für den Fiskus ab. Gambke verurteilte die Anonymität, die mit dem Abkommen verbunden gewesen wäre. Stattdessen komme es allein auf Transparenz an. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) verteidigte in der unter anderem anlässlich des aktuellen Falles von Bayern-Präsident Uli Hoeneß beantragten Aktuellen Stunde das Abkommen: „Wir hätten seit dem 1. Januar eine befriedigende Regelung. Der Ankauf von Datensammlungen wäre überflüssig gewesen.“

Das Scheitern des Abkommens im Bundesrat nannte Hans Michelbach (CSU) eine „verantwortungslose Blockade“. Er hielt der Opposition vor, den Fall Hoeneß zum Anlass zu nehmen, ihre „gefährliche Polemik gegen die sogenannten Reichen zu verschärfen“. Anonymität gelte im Übrigen auch bei den strafbefreienden Selbstanzeigen, die ebenfalls auch dem Steuergeheimnis unterlägen. Thomas Oppermann (SPD) stufte die Steuerhinterziehung als „spezifische Form der Oberschichtenkriminalität“ ein. Das Steuerabkommen hätte nach seiner Ansicht zu einer „schonenden Legalisierung schwerer Straftaten“ geführt, wenn „Leute wie Uli Hoeneß nicht öffentlich zur Verantwortung gezogen“ würden. Für Steuerhinterzieher seien nun „die Schonzeiten vorbei“, sagte er: „Wir brauchen eine härtere Gangart“ – mehr Beamte für Betriebsprüfungen, Ausbau der Steuerfahndung oder auch „scharfe Sanktionen gegen Banken, die helfen“.

„Sie entschlichen die gesamte Debatte“, hielt Volker Wissing (FDP) der Opposition vor. Das Instrument der Selbstanzeige sei nötig, damit es „jederzeit eine Brücke zur Ehrlichkeit“ gebe. Er verteidigte das Steuerabkommen: Damit hätten „alle Nadeln auf einmal“ gefunden werden können – „gerechter geht es nicht“. Dagegen setzten SPD, Grüne und Linke lediglich auf das Aufspüren „einzelner Nadeln“. Barbara Höll (Linke) hob auf die Selbstanzeige mit Strafbefreiung als „Sonderheit im Strafrecht“ ab. Sie gehöre „abgeschafft ohne Wenn und Aber“. Die vorgesehene Anonymität bedeute eine „verkappte Großamnestie“. Es komme darauf an, „die Unkultur der Steuerhinterziehung zu beseitigen“. Es handle sich um eine „Straftat, von der man sich nicht einfach freikaufen kann“. Zur Begründung des Scheiterns des Steuerabkommens hatte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Volker Beck, erklärt: „Wer mit enormer krimineller Energie zig Millionen in der Schweiz dem Fiskus entzieht, muss dafür auch zur Rechenschaft gezogen werden.“ Dass Steuerabkommen verhindert zu haben, sei richtig gewesen. Es sei „auch richtig, dass wir mit der Vermögensabgabe Multimillionäre wie Hoeneß stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens heranziehen werden“. Beck: „Von der Stabilisierung der Finanzmärkte haben die großen Vermögen überproportional profitiert.“ Deshalb sei es vernünftig, sie jetzt heranzuziehen.

Franz Ludwig Averdunk

Der Autor ist Berliner Korrespondent der „Westfälischen Nachrichten“.



Jobgarantie für Europas Jugend

EU Die Bundesregierung will sich für eine effektivere Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa einsetzen. Bei der Krise der EU ginge es vorwiegend um die Konsolidierung der Staatsfinanzen, dabei seien aber auch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit „zentrale Themen“, sagte Arbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) vergangene Woche im Europaausschuss des Bundestages.



Ministerin Ursula von der Leyen

Für den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit spiele die Arbeitsmarktmobilität eine wichtige Rolle, betonte von der Leyen. Im Februar habe man sich daher im Ministerrat auf die Einführung einer Jugendgarantie verständigt. Danach sollen alle Jugendlichen unter 25 Jahren mit Verlassen der Schule innerhalb von vier Monaten einen Arbeits-, Ausbildungs- oder Weiterbildungsplatz erhalten. Dabei könne man auch auf die Erfahrungen von Deutschland zurückgreifen: „Wir haben gelernt, welche Maßnahmen wirken und welche weniger effizient sind“, sagte die CDU-Politikerin. Hier zeige sich immer wieder die „enorme Bedeutung des Dualen Systems“, erklärte sie. Wichtig sei zudem die Mobilität der Arbeitnehmer. In Europa arbeiteten nur drei Prozent der Erwerbstätigen außerhalb ihrer Nation, während die Mobilität innerhalb der Vereinigten Staaten 15 Mal höher sei. Die größte Hürde stelle die Sprachbarriere dar. Mit einem Sonderprogramm soll Jugendlichen mit Sprachkursen in ihren Heimatländern, bei Praktika oder bei der Finanzierung von Reisekosten geholfen werden.

Auf die Frage, was die Bundesregierung hinsichtlich der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien tue, erläuterte sie, dass die Zuwanderung von Arbeitskräften aus beiden Ländern von 31.000 im Jahr 2007 auf 58.000 im Jahr 2011 gestiegen sei. Damit kämen lediglich 0,3 Prozent aller Arbeitskräfte in Deutschland aus diesen Ländern. „Ich will aber nicht negieren, dass sich in manchen Städten die Probleme unterm Brennglas zeigen“, räumte sie ein.

Annette Sach

Lammert: Kritik an Sprachregime

EUROPA Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat erneut gefordert, wichtige europäische Dokumente umfassender ins Deutsche zu übersetzen. Bei einem Gespräch mit EU-Kommissar Marcos Sefcovic, der für institutionelle Beziehungen und Verwaltung zuständig ist, wies er nachdrücklich darauf hin, wie dringlich eine schnelle Übersetzung für die Arbeit der Parlamentarier sei. Er machte deutlich, dass fehlende und unzureichende Übersetzungen wichtiger EU-Dokumente etwa hinsichtlich der Euro-Rettung zu einer erheblichen Verzerrung unter den Abgeordneten führe. Gerade die deutlich gewachsene Rolle des Parlaments mache schnelle, präzise und autorisierte Übersetzungen für die Parlamentarier notwendig. Obwohl der Bundestag mehrmals eine Überarbeitung des Sprachregimes gefordert hatte, werde diese nicht in Angriff genommen, kritisierte Lammert. Es würden vielmehr noch die alten Regelungen gelten, die für eine Union von bald 28 Staaten nicht geeignet seien.

as



Schwieriger Neuanfang: Italiens Staatspräsident Giorgio Napolitano (links, Bildmitte) nach seiner Wiederwahl. Kurz darauf hatte er Enrico Letta (rechts) mit der Regierungsbildung beauftragt. Er soll Italien aus der Krise führen.



Schwieriger Neuanfang: Italiens Staatspräsident Giorgio Napolitano (links, Bildmitte) nach seiner Wiederwahl. Kurz darauf hatte er Enrico Letta (rechts) mit der Regierungsbildung beauftragt. Er soll Italien aus der Krise führen.

Überall Stolpersteine

ITALIEN Die neue Regierung von Enrico Letta ist ein Wagnis mit ungewissem Ausgang

Gut zwei Monate nach der Parlamentswahl bekommt Italien eine neue Regierung. Nach der wochenlangen politischen Krise kündigte der designierte Regierungschef Enrico Letta am vergangenen Freitag an, eine neue Kabinettsliste aufzustellen. Was der für Italiens politische Verhältnisse extrem junge 46-jährige Letta da versucht, ist ein Wagnis – mit vielen Risiken. Getragen wird seine Regierung nämlich von einer bisher unmöglichen Koalition. Zwanzig Jahre lang standen sich das Mitte-Links-Lager um Lettas „Partito Democratico“ und Berlusconi „Volk der Freiheit“ spinnfeind gegenüber. Und das zwölfmonatige Arbeitsbündnis, zu dem internationaler Druck und drohender Staatsbankrott unter der „Technokraten“-Regierung Mario Montis beide Parteien zusammengezwungen hatte, brachte sie einander nicht näher. Im Gegenteil.

Koalition der Verlierer Zusammen mit Mario Montis kleiner Zentrumsparterie treffen sich die beiden vom Wähler dezimierten, einstmals „Großen“ nun in einer Koalition der Verlierer wieder, in welcher ausgerechnet der Politiker mit dem größten Verlust an Wählerstimmen als der Stärkste auftritt: Silvio Berlusconi. Die verhinderten Wahlsieger nämlich, die Sozialdemokraten unter ihrem zurückgetretenen Parteichef und Spitzenkandidaten Pier Luigi Bersani, sind mit der schlecht orchestrierten und aus den eigenen Reihen torpedierten Wahl des Staatspräsidenten praktisch zerfallen. In

diesem alles andere als ausgewogenen Kräfteverhältnis liegt eine der Sollbruchstellen der künftigen, in Italien so noch nie erprobten Großen Koalition. Sind, so fragen Berlusconi Leute, die Sozialdemokraten mit ihrer gegenläufigen internen Strömungen, ihrer Generalabrechnung „Alle gegen Alle“ und ihrer gerade erst beginnenden neuen Selbstfindung zu tragfähigen, verlässlichen Entscheidungen in der Lage? In Lettas „Partito Democratico“ wiederum fragte viele: Müssen wir wirklich um jeden Preis mit dem Erb- und Erzfeind Berlusconi koalieren? Einige sozialdemokratische Abgeordnete haben bereits angekündigt, einer Koalitionsregierung auch unter ihrem eigenen Vize-Parteichef Letta das Vertrauen nicht auszusprechen, worauf man in der Fraktionsführung hart reagiert: Wer der Parteilinie nicht folgt, fliegt raus. Und Berlusconi? Er rühmte sich just dieser Tage damit, „schon sechs Parteiführer der Linken erledigt“ zu haben. In Rom wettet so mancher, Enrico Letta könnte der siebte werden. Gestützt auf für ihn günstige Meinungsumfragen ist Berlusconi bereits jetzt versucht, es eher auf möglichst frühzeitige Neuwahlen als auf eine Unterstützung der Großen Koalition anzulegen. Die Zerfaserung seines eigenen Lagers, den auch dort längst in Gang gekommenen Generationenkonflikt, überspielt er mit seiner allgegenwärtigen Persönlichkeit. Zudem droht Berlusconi gerichtliches Ungemach: Nach dem 13. Mai ist in Mailand mit den Urteilen im Bunga-Bunga-Prozess (Prostitution mit Minderjährigen, Amtsmissbrauch) und in jenem Steuerverfahren

zu rechnen, das ihm in erster Instanz bereits eine Verurteilung zu vier Jahren Haft eingetragen hat. Das Appellationsgericht könnte erneut den fünfjährigen Ausschluss Berlusconi aus allen öffentlichen Ämtern verfügen – und der Verurteilte dann aus Wut die Regierung in Rom sprengen. Andere in Rom

aus den Reihen der Parteien, mit allseits vertäglichen Politikern bestückt; das erhöhe den Selbstverpflichtungscharakter. Wie auch immer: Die Probleme des Landes drängen zu schnellen, entschlossenen Taten. Und Europa – wie auch der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU)

liefern an die Hundert Milliarden Euro schuldet und diese jetzt nur tröpfelnd und teilweise zurückzahlen kann. Die Arbeitslosigkeit, gerade unter jungen Leuten, steigt Monat für Monat; nach letztem Stand liegt sie bei 37,8 Prozent. Für 500.000 jener Beschäftigten, die seit Monaten auf Kurzarbeit oder gar Kurzarbeit Null gesetzt sind, geht im Sommer das staatliche Unterstützungsgeld zu Ende. Gleichzeitig ist unter dem Haushaltssanierer Monti die Abgabenlast so schwer geworden, dass – so stöhnt der nationale Unternehmerverband Confindustria – „Firmen Kredite aufnehmen müssen, allein um die Steuern zu zahlen“.

Fehlende Reformen Der private Verbrauch ist als Wirtschaftsmotor ausgefallen. Liegen geblieben sind unter Monti nicht nur Maßnahmen zur Förderung der Konjunktur, sondern auch die Einsparungen beim Staat, die Reform der öffentlichen Verwaltung, die zwangsläufig zum Abbau weiterer Arbeitsplätze führen würde. Für Reformen dieses Kalibers und dieser Dringlichkeit wäre in der Tat eine Große Koalition das beste Werkzeug. Enrico Letta hat probiert, dieses für Italien neue Instrument auch neuartig zu gestalten; er hat versucht, sich aus dem verfahrenen Zwist der Parteien dadurch zu lösen, dass er möglichst wenige alte, einschlägig verstrickte Politiker in sein Kabinett geholt hat. Das nach Wandel dürstende Volk bekommt also neue Gesichter präsentiert, der neue Geist – er zieht vielleicht bald nach.

Paul Kreiner

Der Autor ist freier Korrespondent in Rom.



Der frühere Ministerpräsident Silvio Berlusconi rühmt sich „schon sechs Parteiführer der Linken erledigt zu haben“.

glauben der Regierung Enrico Lettas eine längere Lebensdauer prophezeien zu können – wobei „länger“ im Maximalfall zwei Jahre bedeutet. Anders als Montis „Technokraten“-Kabinett, sagen diese Stimmen, sei die neue Koalitionsregierung nicht von oben eingesetzt, sondern werde von unten,

deutlich machte – will in Rom endlich eine stabile, verlässliche, berechenbare Regierung am Werk sehen. Italiens Wirtschaft kommt indes nicht aus der Rezession, die Schulden steigen weiter, das Geld ist knapp – unter anderem, weil die öffentliche Verwaltung den privaten Zu-

Watergate in Sofia

BULGARIEN Abhöraffaire überschattet Vorbereitungen zur Parlamentswahl am 12. Mai

Bulgarien wählt am 12. Mai ein neues Parlament. Der Versuch, den politischen Gegner im Wahlkampf zu diskreditieren, ist in Bulgarien übliche politische Praxis. Ob es sich aber bei der aktuellen Abhöraffaire um eine gezielte Kampagne handelt, war bisher umstritten. Der frühere Landwirtschaftsminister Miroslav Najdenov hatte in der vergangenen Woche im Frühstücksfernsehen des Senders bTV den früheren Innenminister Zwetan Zwetanov beschuldigt, ihn und andere Minister seit 2009 der Regierung von Boiko Borissov illegal abgehört zu haben, einschließlich des Ministerpräsidenten.

Im Februar war ein Proteststurm über Bulgarien hinweggezogen; täglich empörten sich Hunderttausende Bürger auf den Straßen der Hauptstadt Sofia und vieler anderer Städte über hohe Stromrechnungen – und forderten auch den Rücktritt der Regierung Borissov. Nach blutigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei in Sofia trat Borissov zurück. Wer glaubte, Borissovs politisches Schicksal sei



Boiko Borissov möchte erneut Regierungschef werden.

dadurch besiegelt, könnte sich getäuscht haben. Viele politische Beobachter werten ihn als taktischen Schachzug, mit dem Borissov versuchen wollte, seinen fortschreitenden Popularitätsverlust aufzuhalten. Bislang lag seine Partei bei Meinungsumfragen vor den Sozialisten. Außer den beiden großen Parteien werden voraussichtlich die Interessen der türkischen Minderheit vertretende „Bewegung für Rechte und Freiheiten“ (DPS), die nationalistische Partei „Ataka“ und die von der ehemaligen EU-Kommissarin Meglena Kuneva angeführte „Bewegung Bulgarien der Bürger“ (DBC) ins neue Parlament in Sofia einziehen. Die Anhänger der Protestbewegung hatten eine Verfassungsänderung zur Abkehr vom traditionellen Parteiensystem hin zu einer verstärkten „Bürgerkontrolle“ gefordert. Die Zahl der Parlamentarier sollte dezimiert werden und Wähler die Möglichkeit erhalten, Abgeordnete bei Nicht-Einhaltung von Wahlversprechen von ihrem Mandat abzuberufen. Unterdessen hat die einstige Protestbewegung allerdings offenbar stark an Zustimmung verloren – bei der letzten „Sonntagsfrage“ tauchen ihre Parteien gar nicht auf.

Frank Stier

Der Autor ist Korrespondent in Sofia.

Zeitenwende auf dem Balkan

SERBIEN-KOSOVO Grundsatzabkommen soll Weg nach Europa öffnen

In Serbien hat das Parlament am vergangenen Freitag über das Kosovo-Abkommen beraten. Das Abstimmungsergebnis lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Es wird jedoch mit einer breiten Zustimmung gerechnet, da sich alle wichtigen Parteien für das Abkommen ausgesprochen haben. Das Parlament in Kosovo hatte bereits in der vergangenen Woche für die Vereinbarung gestimmt. Allerdings drohten die Kosovo-Serben bei einer Demonstration in Mitrovica, die Umsetzung zu blockieren, weil sie die Vereinbarung als „illegal“ ansehen.

In dem Grundsatzabkommen hatten sich Serbien und das Kosovo unter Vermittlung der Europäischen Union vor zehn Tagen überraschend geeinigt, ihre seit Jahrzehnten vergifteten Beziehungen neu zu regeln. Es sieht unter anderem eine großzügige Autonomie für die serbische Minderheit im Kosovo vor. Im Gegenzug müssen sich die Kosovo-Serben in die verfassungsrechtliche Ordnung Kosovos einfügen. Dagegen laufen sie zwar Sturm. Am Ende dürften sie aber doch einwilligen, weil sie ganz und gar von den finanziellen Zuwendungen Belgrads abhängig sind, die jährlich schätzungsweise 300 Millionen Euro ausmachen. Ohne diese Finanzspritze kann die Minderheit nicht existieren.

In Serbien selbst unterstützt die große Mehrheit der politischen Landschaft das Abkommen. Das gilt für die Regierungsparteien (SNS und SPS) sowie für die Demokratische Partei (DS) als größte Oppositionskraft. Nur die extremen Nationalisten und die Serbisch-Orthodoxe Kirche sind strikt gegen die Vereinbarung. Regierungschef Ivica Dacic hatte die Beweggründe der neuen Kosovo-Politik auf den Punkt ge-



Serbiens Regierungschef Dacic wünscht sich eine Annäherung an die EU

bracht: „Wir müssen eine Politik machen, aus der unser ganzes Volk Nutzen ziehen kann“. Will sagen: Mit einer Blockadehaltung Belgrads wäre die weitere Annäherung an Brüssel undenkbar. Jetzt ist viel von Aufbruch die Rede: „Offensichtlich stehen wir am Beginn einer neuen Ära mit der EU und den anderen europäischen Staaten“, beschreibt Dacic die Lage: „Serbien hat das Bild von sich in der Welt völlig verändert und ist heute nicht mehr nur eine negative Nachricht“. Er und sein Stellvertreter, der politisch starke Mann Aleksandar Vucic, sind die eigentlichen Architekten der neuen Politik mit dem Kosovo. Beide Spitzenpolitiker hatten erkannt, dass nur eine Kooperation mit den USA und der EU in Sachen Kosovo Serbien den Weg in eine bessere Zukunft öffnet. Allerdings müssen in den nächsten Monaten noch jede Menge Hindernisse aus dem Weg geräumt werden. Denn die Tücken liegen in der Umsetzung des Brüsseler Vertragswerkes. Die EU will jedenfalls erst einmal Taten sehen. Die Staats- und Regierungschefs werden erst im Juni über den Beginn von Beitrittsverhandlungen mit Serbien und über ein Assoziierungsabkommen mit Kosovo entscheiden.

Thomas Brey

Der Autor ist Korrespondent in Belgrad.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Abkommen mit Zentralamerika

AUSWÄRTIGES Der Bundestag hat dem Assoziationsabkommen zwischen der Europäischen Union und Zentralamerika zugestimmt. Für einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/12355) votierten vergangene Woche die Fraktionen von Union und FDP bei Ablehnung der Oppositionsfraktionen.

Egon Jüttner (CDU) sagte, dieses Assoziationsabkommens gehe weit über ein herkömmliches Freihandelsabkommen hinaus. Zentrales Anliegen der EU sei dabei auch die Stabilisierung und Demokratisierung Zentralamerikas. So sei die Achtung der Menschenrechte, Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit ein wichtiger Teil des Vertragswerks. Hans-Werner Ehrenberg (FDP) ergänzte, dass die EU das Abkommen mit Zentralamerika nicht nur auf Augenhöhe, sondern auch fair und ohne Druck verhandelt habe.

Klaus Barthel (SPD) wies darauf hin, dass in vielen Ländern Zentralamerikas „minimalste Menschenrechtsstandards“ nicht erfüllt seien. Es handle sich um ein „Marktführungsabkommen“, bei dem Demokratie und Menschenrechte reine Dekoration seien. Heike Hänsel (Die Linke) sagte, Freihandel schaffe Vorteile für die Industriestaaten, aber nicht für die Länder des Südens. Thilo Hoppe (Grüne) betonte, dass beim Abkommen eine stärkere Beachtung von Sozial- und Umweltstandards und von Menschenrechtskriterien notwendig sei. **bob**



Dirk Niebel (l.) bei einem Besuch in Burkina Faso. Seine bei diesen Gelegenheiten getragene Fallschirmjäger-Mütze sorgte häufiger für Wirbel. Die Kopfbedeckung übergab der Minister jüngst dem Bonner Haus der Geschichte.

Erweiterte Zusammenarbeit

PARLAMENTE Die Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament werden künftig durch regelmäßige Konferenzen in Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltsfragen zusammenarbeiten. Das ist das Ergebnis eines Zusammentreffens der Parlamentspräsidenten der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments Anfang vergangener Woche in Zypern, an dem auch Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) teilgenommen hat.

Die Parlamentskonferenzen sollen zweimal jährlich und in Abstimmung mit der Abfolge des „Europäischen Semesters für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik“ stattfinden, das der Sicherung der staatlichen Haushaltsdisziplin dient. Ausrichter werden jeweils das Europäische Parlament und das Parlament des EU-Staates sein, das die EU-Ratspräsidentschaft innehat.

Die Einrichtung einer parlamentarischen Konferenz zu Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltsfragen ist in Artikel 13 des Fiskalvertrages vorgesehen. Der zwischen den Parlamenten zunächst umstrittene Zuschnitt der Konferenz orientiert sich nun am Format entsprechender Treffen auf den Gebieten der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die von der letzten EU-Parlamentspräsidentenkonferenz im vergangenen Jahr in Warschau beschlossen wurden. Seit 1999 findet jährlich eine Konferenz der Parlamentspräsidenten der Mitgliedstaaten EU statt. Neben Fragen der parlamentarischen Organisation wird dabei auch die Ausgestaltung der parlamentarischen Beteiligung an EU-Angelegenheiten diskutiert. **lm**

Auf die Mütze

ENTWICKLUNG Opposition und Koalition liefern sich heftigen Schlagabtausch zur Bilanz Dirk Niebels

Sie kommen einfach nicht recht zusammen, der Minister und die Opposition: Wenn Dirk Niebel (FDP), Chef des Entwicklungsressorts, sich auf die Fahnen schreibt, mehr Stringenz und mehr Wirksamkeit in die Politik seines Hauses gebracht zu haben, hält ihm die Opposition vor, Entwicklungszusammenarbeit mit Außenwirtschaftsförderung und sein Ressort mit einer Versorgungsanstalt für FDP-Partei-freunde zu verwechseln. Auch am vergangenen Freitag lieferten sich Koalition und Opposition einen heftigen Schlagabtausch. Anlass der Debatte war das als Unterrichtung vorliegende „Weißbuch“ – der „Vierzehnte Bericht zur Entwicklungspolitik“ (17/13100), in dem die Bundesregierung eine Bilanz der vergangenen vier Jahre vornimmt (siehe Beitrag unten).

Der Minister sprach zum Auftakt der Debatte von „vier guten Jahren in der Entwicklungspolitik für Deutschland und unsere Partner in der Welt“. Diese Koalition hätte einen „enormen Reformstau“ abzubauen gehabt, „und das ist uns gelungen“, sagte Niebel. Mit der Fusion der ehemaligen Vorfeldorganisationen GTZ, InWEnt und DED zur Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) sei die „größte Strukturreform in 51 Jahren“ geglückt, mit der die politische Steuerungsfähigkeit zurückgewonnen werden konnte. An diesem Vorhaben seien drei Vorgängerregierungen ge-

scheitert, betonte Niebel. Er verwies unter anderem auch auf die „Engagement Global“ als Anlaufstelle für die Zivilgesellschaft, die Neuausrichtung der Zusammenarbeit mit Schwellenländern mit mehr marktwirtschaftlichen Instrumentarien sowie auf einen vernetzten und ressortübergreifenden Ansatz für den Umgang mit fragilen Staaten.

Evaluierungen Als wesentliche Neuerung hob Niebel die Einrichtung eines unabhängigen „Evaluierungsinstituts“ hervor, das Projekte der Entwicklungszusammenarbeit auf ihre Wirksamkeit prüft. „Wir haben den Mut als Bundesregierung, uns in unserem Handeln überprüfen zu lassen und besser zu werden“, sagte Niebel. Zudem sei die Zusammenarbeit mit Wirtschaft „ent-

Auch mit Wirksamkeit und Transparenz sei es nicht weit her. „Sie machen reine deutsche Außenwirtschaftsförderung. Sie wollen überall deutsche Fähnchen sehen“, kritisierte die SPD-Abgeordnete. In einem Punkt gestand Raabe dem Minister durchschlagenden Erfolg zu: Niebel habe es mit „Rigorosität“ geschafft, Parteifreunde in leitenden Positionen des Ministeriums unterzubringen. Niebels Bilanz jedoch seien nicht „Spuren im Sand“, sondern „eine alben Militärmütze und ein fliegender Teppich, und das werden wir nicht vermissen“, sagte Raabe.

Konfliktprävention Sibylle Pfeiffer (CDU) warf Raabe daraufhin Polemik und Ideologiekritik vor. „Wir sind einen richtigen guten Weg gegangen“ – von einer teils unkoordinierten Entwicklungspolitik ohne Konditionen zu mehr Kooperation und mehr Absprachen mit den Partnerländern. „Entwicklungspolitik ist keine Spielwiese für Weltverbesserer, sondern effektive Hilfe zur Selbsthilfe“, sagte Pfeiffer. Sie sei auch keine Selbstbeschäftigung von Nichtregierungsorganisationen, sondern diene wichtigen globalen Aufgaben wie der Konfliktprävention, der Verhinderung von Extremismus und Terror. Auch wenn Deutschland das 0,7-Prozent-Ziel bisher nicht erreicht habe, so hätten sich die jährlichen Mittel seit Amtsantritt von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) um zwei Milliarden Euro erhöht. „Wir haben diese Gelder zielgerichtet, sorgfältig und nachhaltig eingesetzt“, sagte Pfeiffer.

Heike Hänsel (Die Linke) sah das anders: „Sie stehen für eine Politik, die Entwicklung verhindert“, sagte sie an die Adresse des Mi-

nisters. Niebel stehe für deutsche Wirtschaftsinteressen und für Freihandelsabkommen, die die Existenzgrundlage eben jener Menschen zerstöre, die dann mit den Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt werden müssen. „Wir brauchen aber eine Bekämpfung der Ursachen von Armut“, sagte Hänsel. So gebe es in Niebels Ressort eigens eine „Rohstoff-Sonderbeauftragte“. „Warum haben wir keinen Sonderbeauftragten, der die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards deutscher Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern kontrolliert?“, fragte Hänsel.

Ute Koczy (Bündnis 90/Die Grünen) nannte das Weißbuch einen „Augenöffner“. „Selten klaffen Selbstdarstellung und Wirklichkeit so weit auseinander.“ Niebel habe den Auftrag eines Entwicklungsministers falsch verstanden. Er habe es vor allem versäumt, sich zum Fürsprecher einer Politik zu machen, die auf die „katastrophalen Folgen“ eines ungebremsten Wachstumsglaubens hinweist. „Das Experiment Generalsekretär wird Entwicklungsminister ist gescheitert“, konstatierte Koczy.

Niebels „Menschenrechts-TÜV“ tauche vor allem bei Projekten in kleineren Ländern auf, während die Bundesregierung keine Probleme damit hätte, Panzerexporte nach Saudi-Arabien zu genehmigen und Rohstoffpartnerschaften mit Ländern wie Kasachstan einzugehen. Selbst die Strukturreform sei in

Wahrheit nur die „kleine Lösung“, sagte Koczy. Die neugeschaffene GIZ löse nicht „das Kernproblem“, dass Technische und Finanzielle Entwicklungszusammenarbeit nach wie vor getrennt seien.

Werte und Interessen Christiane Ratjen-Damerau (FDP) nannte es „beschämend“, wie sich die Opposition am Thema abarbeite. Die FDP stehe für eine „effiziente Entwicklungspolitik, die werte- und interessen-geleitet ist“. Mit der Neuausrichtung habe die Entwicklungspolitik an Effizienz gewonnen, ihre Wirksamkeit sei gesteigert und ihre

Sichtbarkeit erhöht worden. Dass Niebel mit diesem Kurs nicht falsch liege, zeige sich unter anderem auch darin, dass euro-

päische und internationale Partner dem deutschen Beispiel gefolgt seien – etwa bei strengeren Maßstäben und Konditionen bei der Vergabe von Budgethilfen. Der Einwand der Opposition, dass in der Entwicklungszusammenarbeit die Wirtschaft nicht alles sei, sei richtig, sagte Ratjen-Damerau: „Aber ohne Entwicklung der Wirtschaft ist alles nichts.“ **Alexander Heinrich**



»Sie wollen überall deutsche Fähnchen sehen.«

Sascha Raabe (SPD)



»Entwicklungspolitik ist keine Spielwiese für Weltverbesserer.«

Sibylle Pfeiffer (CDU)

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Das Parlament

DAS WILL ICH LESEN!

- Mehr Information.
- Mehr Themen.
- Mehr Hintergrund.
- Mehr Köpfe.
- Mehr Meinung.
- Mehr Parlament.*

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@ffm.de
www.das-parlament.de

Ministerium gibt sich gute Noten

RECHENSCHAFTSBERICHT »Weißbuch« zieht positive Bilanz der Entwicklungspolitik seit 2009

Wirksamkeit, Neuausrichtung, mehr Schlagkraft: Minister Dirk Niebel (FDP) zieht mit seinem „Weißbuch“ eine positive Bilanz der Entwicklungspolitik der Bundesregierung. Von der Opposition handelt er sich den Vorwurf der Schönfärberei ein (siehe Beitrag oben).

In den vergangenen Jahren seien entscheidende Reformen umgesetzt worden, „um die deutsche Entwicklungspolitik neu aufzustellen und dabei vor allem deren Wirksamkeit zu verbessern“, heißt es im „14. Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung“ (17/13100). So habe die Fusion der vormaligen Durchführungorganisationen GTZ, InWEnt und DED zur Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) als „wichtigste und tiefgreifendste Strukturreform in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ die Effizienz „deutlich gesteigert“ und die politische Steuerung verbessert.

Auch auf internationaler Ebene habe sich Deutschland erfolgreich für „mehr Wirksamkeit und Effizienz“ eingesetzt, schreibt die Bundesregierung und verweist unter anderem auf die EU-Budgethilfepolitik, die neue OECD-Entwicklungsstrategie und die beim „High Level Forum on Aid Effectiveness“ in Busan erarbeitete Globale Partnerschaft für mehr Wirksamkeit in der Entwicklungszusammenarbeit.

Auch finanziell habe Deutschland aufgestockt, heißt es im Bericht weiter. So seien die Mittel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) von 2009 bis 2011 um 17 Prozent gesteigert worden. „2011 investierte Deutschland erstmals mehr als zehn Milliarden Euro netto in die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (10,2 Milliarden Euro) und ist damit in absoluten Zahlen

nach den USA zweitgrößter bilateraler Geber weltweit“, heißt es im Bericht weiter. Die Bundesregierung bekennt sich zudem weiterhin zu dem Ziel, die deutsche ODA-Quote bis 2015 auf insgesamt 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen. 2011 lag der ODA-Anteil bei 0,39 Prozent. Die Bundesregierung hält sich zugleich Akteure aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft stärker anzusprechen und die Entwicklungszusammenarbeit „somit ein gutes Stück in Richtung der Mitte der Gesellschaft“ zu rücken. Als Beispiel werden etwa die neu gegründete „Engagement Global gGmbH“ als Anlauf- und Beratungsstelle für die Zivilgesellschaft und die „Servicestelle für die Wirtschaft“ sowie die finanzielle Aufstockung des Programms „Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft“ (DeveloPPP.de) genannt. „Die Bundesregierung bekennt sich im Rahmen der Entwicklungspolitik zu mehr Unternehmertum und mehr Investitionen sowie dazu, Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit besser zu verzahnen“, heißt es im Bericht weiter. Die Mobilisierung von Kapital und Know-How der Wirtschaft für Entwicklungsbelange ist ein zentrales Anliegen Niebels. Nicht das Was, aber das Wie ist umstritten: Immer wieder hieß es aus den Reihen der Opposition, der Minister verwechselte Entwicklungspolitik mit Außenwirtschaftsförderung. **ah**



GIZ-Zentrale in Eschborn

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Stimmrechte für Entwicklungsländer

WELTBANK Das Stimmgewicht von Entwicklungs- und Schwellenländern bei der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) soll angehoben werden. Der Gouverneursrat der Weltbank-Tochter habe eine entsprechende Änderungen des IFC-Abkommens und zudem eine Kapitalaufstockung in Höhe von 200 Millionen US-Dollar gebilligt, schreibt die Bundesregierung in einem Gesetzentwurf (17/12953), mit dem die Änderungen in nationales Recht umgesetzt werden sollen. Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung votierte vergangene Woche mit den Stimmen von Unions- und FDP-Fraktion für den Entwurf. Die Fraktionen von SPD und Grünen enthielten sich, die Linksfraktion stimmte dagegen.

Die IFC hat nach Angaben der Bundesregierung die Aufgabe, die Entwicklung des Privatsektors in Entwicklungs- und Schwellenländern unter anderem durch Darlehen, Eigenkapitalbeteiligungen und Garantien zu fördern. Die Bundesrepublik ist Gründungsmitglied der Weltbank-Tochter und hält gegenwärtig einen Kapitalanteil von 5,43 Prozent.

Der Entwurf sieht vor, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu ermächtigen, bestimmte künftige Änderungen des IFC-Abkommens durch Rechtsverordnung in deutsches Recht umzusetzen. „Durch

die rechtzeitige Unterrichtung des Bundestages vor geplanten Änderungen wird sichergestellt, dass das Parlament sich zu den geplanten Änderungen äußern und darauf Einfluss nehmen kann“, heißt es im Entwurf weiter.

Die Fraktionen von SPD und Grünen begrüßten im Ausschuss zwar die Neugewichtung der Stimmrechte der IFC-Mitgliedsländer, meldeten aber „verfassungsmäßige Bedenken“ zum Gesetzentwurf an. Die parlamentarischen Rechte würden beschnitten, wenn zukünftig bestimmte Änderungen bei der IFC nicht mehr der Zustimmung des Bundestages bedürften, hieß es bei SPD-Fraktion. Es sei unwahrscheinlich, dass das Parlament im Vorfeld über Änderungen umfassend informiert werde.

Vertreter der Koalitionsfraktionen unterstrichen, dass die Befassung des Bundestags bei „wesentlichen Änderungen“ auch fortan gesichert sei. Die Zustimmung per Rechtsverordnung sei eine „Entbürokratisierung“, weil mit ihr bestimmte Änderungen, die im Gouverneursrat bereits entschieden wurden und damit auch für Deutschland gelten, vereinfacht in nationales Recht umgesetzt werden könnten.

Eine Vertreterin der Linksfraktion nannte die Neugewichtung der Stimmanteile bei der IFC zwar „gut“, Ziel müsse jedoch das Prinzip „ein Land – eine Stimme“ sein. **ah**

KURZ REZENSIIERT



WARUM NATIONEN SCHEITERN
Daron Acemoglu, James A. Robinson: Warum Nationen scheitern.

S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 2013; 608 S., 24,99 €

Auf dem Cover loben nicht weniger als sechs Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften das Buch ihrer amerikanischen Kollegen Daron Acemoglu und James A. Robinson. Doch auch ohne diese Werbung hätte das umfassende Werk seine Leser gefunden. Allein schon deshalb, weil sich die Autoren ein Thema vorgenommen haben, das vielen auf den Nägeln brennt: Acemoglu und Robinson wollen nicht weniger als die Ursprünge von Wohlstand und Armut aufdecken und erklären, warum einige Nationen im Reichtum und andere in weniger wohlhabenden Verhältnissen leben.

In konkreten Länder- und Fallstudien analysieren die Autoren die politischen und wirtschaftlichen Systeme. Sie weisen nach, dass „inklusive“ Institutionen die Voraussetzung für Wohlstand sind: Die Nationen wurden reich, weil ihre Bürger die Machtteiligen stürzten und eine Gesellschaft schufen, in der die politischen Rechte breit verteilt sind, in der die Regierung den Bürgern Rechenschaft schuldet, auf ihre Wünsche reagiert und in der die große Mehrheit des Volkes seine wirtschaftlichen Chancen nutzen kann. Zugleich beschränke sich die Rolle des Staates darauf, wirtschaftliche und gesellschaftliche Aktivitäten zu regulieren. Allerdings seien solche Staaten in der Geschichte die Ausnahme. Tatsächlich würden in der großen Mehrzahl der Nationen auch heute noch „extraktive“ Institutionen vorherrschen, die nicht für Gesetz, Ordnung und die Einhaltung von Verträgen sorgten. Doch allein die Existenz demokratischer Institutionen, von Rohstoffvorkommen und guten klimatischen Bedingungen reichten nicht aus, um Wohlstand dauerhaft zu ermöglichen. Liege die politische Macht ausschließlich in den Händen einer kleinen Elite, würden selbst reiche Nationen über kurz oder lang verarmen.

Mit Blick auf Europa zeigen sich die Autoren dieses exzellenten Buches optimistisch. Die Institutionen der Mitgliedstaaten und der EU verhinderten, dass die derzeitige Krise im „Verderben“ ende. manu



Fritz Bauer Institut, Sybille Steinbacher (Hg.): Holocaust und Völkermorde. Die Reichweite des Vergleichs.

Campus Verlag, Frankfurt/M. 2012; 248 S., 24,90 €

Können Völkermorde mit anderen staatlich organisierten Verbrechen gleichgesetzt werden? Ist es richtig, die Sklaverei, die gewalttätige Verdrängung der Indianer in den USA oder den stalinistischen Terror als Völkermorde im Sinne der UN-Konvention einzustufen? Diesen Frage geht eine internationale Historiker-Gruppe in einem empfehlenswerten Sammelband zu Geschichte und Wirkung des Holocausts nach.

„Statt Deutschland sollte man künftig Armenien sagen. Es ist lautreicher und klingt an Armenien an“, schrieb der Romanist Victor Klemperer 1933 in Anspielung auf den deutschen Nationalhelden Arminius den Cherusker in sein Tagebuch. „Wer redet denn heute noch von der Vernichtung der Armenier“, fragte hingegen Adolf Hitler vor dem Angriff auf Polen 1939 seine Kommandeure. Der Historiker Wolf Gruner belegt in seinem informativen Aufsatz über die „Armenier-Greuel“, dass die deutsche – die jüdische wie die nichtjüdische – Öffentlichkeit in der 1930er Jahren genau über den Völkermord an den Armeniern von 1915 im Osmanischen Reich und in der Türkei informiert war. Franz Werfels Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ von 1933 galt den deutschen Juden lange vor den Pogromen vom November 1938 als unmissverständliche Warnung. Die Begriffe „Greuel“ oder „Massenmord“ reichten nicht aus, um Verbrechen wie die organisierte Vernichtung der Armenier und der Juden zu charakterisieren. Deshalb prägte der Jurist Raphael Lemkin, Sohn assimilierter polnischer Juden, den Begriff „Genozid“, der in die UN-Genozid-Konvention vom 9. Dezember 1949 Eingang fand. Lemkin sei maßgeblich durch die Schriften von Johannes Lepsius über den Völkermord an den Armeniern beeinflusst worden, betont Christian Werkmeister in seinem Beitrag. In ihren argumentativ überzeugenden Aufsätzen thematisieren die Autoren die Singularität des Holocausts. So lehnen sie es ab, etwa die Shoah mit den Übergriffen der Sowjetunion auf den „bürgerlichen Klassenfeind“ gleich zu setzen. Der Sammelband ist ein wichtiger Beitrag zur vergleichenden Genozid-Forschung. manu



Deutschlands Lehrerkollegien sind überaltert: 460.000 Lehrer scheiden bis 2020 aus dem Dienst aus.

Schicksalsfrage

BILDUNG Die Bundesregierung will eine Offensive in der Lehrerbildung starten – 500 Millionen Euro ist ihr das wert

Lang sind die Zeiten vorbei, in denen der Lehrer eine Respektsperson war und sich, ähnlich wie der Pfarrer, größten Ansehens in der Gesellschaft erfreute. Der Beruf des Lehrers ist in Verruf geraten. Zu wenig Motivation, zu viel Burn-Out, keine Kompetenz. Doch stimmt dieses öffentliche Bild? Einig ist sich die Politik zumindest darin, dass etwas getan werden muss und die Lehrerbildung reformiert werden soll. Lehrer sollen viel mehr als bislang auf die Veränderungen in der Gesellschaft vorbereitet werden und das auch schon während des Studiums und des Referendariats. Dies war der Tenor in der Bundestagsdebatte am vergangenen Freitag. Beraten wurden je ein Antrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP (17/9937), den der Bundestag annahm, sowie der SPD-Fraktion (17/11322) und der Linksfraktion (17/10100), die jedoch abgelehnt wurden.

Helge Braun (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bildungsministerium, unterstrich die immense gesellschaftliche Relevanz der Pädagogen. Die Bildungsforschung der letzten Jahre habe gezeigt, dass es viele Faktoren gebe, die auf Bildung einen Einfluss hätten. „Aber den größten Einfluss auf die Qualität der Bildung an sich hat die Qualifikation der Lehrer.“ Braun zitierte den Philosophen Karl Jaspers: „Das Schicksal einer Gesellschaft wird dadurch geprägt, wie sie ihre Lehrer achtet.“ Mit der „Qualitätsinitiative Lehrerbildung“, für die der Bund in den nächsten zehn Jahren 500 Millionen Euro ausgeben will, möchte der Bund die größten Missstände beseitigen. „Die Regierung hat immer gesagt, wir betrachten Bildung als eine gesamtstaatliche Aufgabe und wir wollen einen relevanten Beitrag leisten, damit die Bildungsrepublik Deutschland blüht“, sagte Braun. Das Angebot des Bundes sei daran geknüpft

gewesen, dass es in Zukunft eine wechselseitige Anerkennung der Lehrer in den einzelnen Bundesländern gibt. Zudem müsse an der Vergleichbarkeit der Curricula und an gemeinsamen Bildungsstandards gearbeitet werden.

Lehrermangel Durch die Offensive sollen zur Verbesserung der Qualität und zur Modernisierung der Lehrerbildung innovative Konzepte an Hochschulen als Best-Practice-Modelle mit Vorbildcharakter gefördert werden, die dann in den einzelnen Ländern umgesetzt werden sollen. Grundsätzlich soll der Lehramtsstudiengang einen höheren Stellenwert bekommen und vor allem für junge Menschen wieder attraktiv werden. Denn nicht nur in Sachen Qualität besteht Nachholbedarf. In Zukunft droht ein eklatanter Lehrermangel an Deutschlands Schulen. Schon jetzt sind knapp die Hälfte aller Lehrer über 50 Jahre alt. Bis zum

Jahr 2020 werden rund 460.000 Lehrer in den Ruhestand gehen, davon allein 300.000 bis zum Jahr 2015. Im Gegenzug werden momentan aber jährlich nur 26.000 Lehrer neu ausgebildet.

Inklusion von Behinderten Der SPD-Parlamentarier Oliver Kaczmarek bezeichnete die Neuausrichtung der Lehrerbildung als eine der wichtigsten „Schlüsselstellen“ im Bildungswesen. Der Problemdruck sei in den Schulen spürbar. Gerade das Thema Inklusion, die wegen der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen seit 2009 auf der Tagesordnung stehe, sei eine Aufgabe, die jetzt in den Schulen angegangen werde. Dafür müssten die Länder hohe Summen aufwenden. „Die zusätzlichen Mittel des Bundes werden helfen, neue Erkenntnisse zu gewinnen und den Transfer zu beschleunigen“, lobte Kaczmarek: „Nur gemeinsam können Bund und Länder die Neuausrichtung der Lehrerbildung profilieren.“ Sylvia Canel (FDP) sagte, gute Bildung sei die absolute Grundlage, um den Fortschritt voranzutreiben. Zum Fortschritt gehöre neben besserer Gesundheit, einem längeren Leben und Wohlstand vor allem Aufklärung. Nur wer die Fremdeinflüsse auf sich erkenne, habe die Freiheit selbst zu entscheiden, welche Einflüsse er zulasse. „Die Schulen sind die Wiege der Demokratie“, sagte Canel. „Das sollte uns als Politiker im Herzen berühren.“ Das Engagement in den Klassenzimmern der Republik verdiene höchste gesellschaftliche Anerkennung.

Multiprofessionalität Genauso wie Canel plädierte auch Rosemarie Hein (Die Linke) für Multiprofessionalität an der Schule. Schulen bräuchten neben sehr gut ausgebildetem Personal eine bessere Vernetzung zwischen den Schulfachern, eine bessere Vernetzung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit, der Gesundheitsprävention und eine Quartiersentwicklung vor Ort. Hein bemängelte, dass trotz der Vereinbarungen zwischen den Bundesländern die Lehrerbildung in Teilen immer weiter auseinandergehe.

Kai Gehring (Bündnis 90/Die Grünen) plädierte für eine zügige Weiterentwicklung der Lehrerbildung: „Die Bund-Länder-Initiative muss ein Erfolg werden.“ In der öffentlichen Debatte über Lehramtsabsolventenspiele die Mobilität bislang die herausragende Rolle. Das sei zwar ein wichtiges Anliegen, dürfe aber nicht die inhaltliche, konzeptionelle und praxisnahe Modernisierung des Lehramtsstudiums in den Hintergrund treten lassen. „Die wachsenden beruflichen Anforderungen an Lehrkräfte müssen bei einer Reform der Lehrerbildung maßgeblich sein.“ Zukünftig müsse es eine Lehr- und Lernkultur geben, die Integration und Inklusion verbessere. „Herkunft darf nicht zum Hindernis werden.“ Gehring bemängelte, dass die Mittel für die Qualitätsinitiative noch nicht im Haushaltsentwurf 2014 verankert seien. Es werde über Geld geredet, das Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU) noch gar nicht habe.

Marcus Weinberg (CDU) zitierte eine McKinsey-Studie, wonach nicht die finanziellen Mittel und auch nicht die Ganztagsbetreuung von Kindern ausschlaggebend für den Lernerfolg von Schülern seien. „Entscheidend bleiben gute Lehrer“, sagte Weinberg. Der Parlamentarier schilderte ein Experiment in Dallas im US-Bundesstaat Texas. Dort hätten Top-Lehrer durchschnittliche Schüler unterrichtet. Diese schafften es schließlich unter die Top fünf Prozent ihres Jahrganges. In einem zweiten Experiment hätten dann weniger gut ausgebildete Lehrer durchschnittliche Schüler unterrichtet. Diese hätten im Vergleich relativ schlecht abgeschnitten. Annette Rollmann

SPD: Reform des Bildungspaketes

ARBEIT UND SOZIALES Die SPD-Fraktion will das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung reformieren. Den entsprechenden Antrag (17/13194) überwies der Bundestag am vergangenen Donnerstag in die Ausschüsse. Nach Ansicht der Sozialdemokraten ist die Gewährung von Leistungen durch das Bildungs- und Teilhabepaket zu bürokratisch. Lediglich die Hälfte der 2,5 Millionen anspruchsberechtigten Kinder und Jugendliche erhielten Leistungen. Die SPD fordert die Regierung auf, unterschiedliche Initiativen zu ergreifen. Unter anderem sei „zur Sicherung bundesweit gleicher Chancen auf Bildung, Betreuung und soziokulturelle Teilhabe“ eine gemeinsame und nachhaltige Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen erforderlich. Zur Stärkung der Bildungsinfrastruktur seien verbindliche Vereinbarungen, beispielsweise „für die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems sowie die Deckung des förderpädagogischen Bedarfs in den Regelschulen“ wichtig, heißt es in dem Antrag. Darüber hinaus seien „weitere Anstrengungen zum Ausbau des öffentlichen Bildungswesens notwendig“. Zu diesen zählten die schrittweise Einführung gebührenfreier Betreuungsangebote und „ein gesundes, qualitatives und diskriminierungsfrei für alle zugängliches Mittagessen in Schulen, Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Horten“. ver

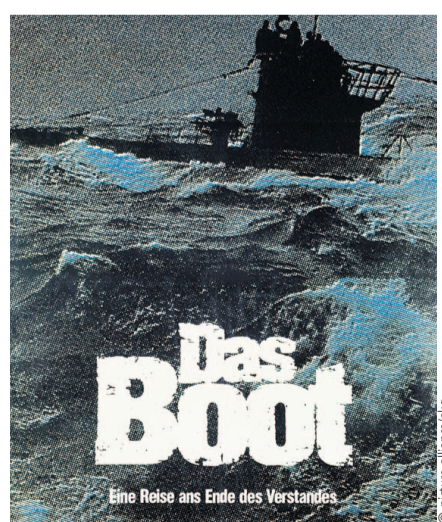
Initiative zur Kreativwirtschaft

KULTUR Die Bundesregierung soll ihre Initiative zur Kultur- und Kreativwirtschaft weiter ausbauen, die Zusammenarbeit der Branche mit anderen Wirtschaftsbereichen verbessern und Existenzgründungen erleichtern. Der Kulturausschuss votierte in der vergangenen Woche mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP für einen entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen (17/12383). Sie verweisen in ihrem Antrag auf die wachsende Bedeutung der Kreativbranche, die im Jahr 2011 Umsätze von 142 Milliarden Euro erwirtschaftet habe und rund einer Million Menschen Arbeit biete. Die Oppositionsfraktionen stimmten geschlossen gegen den Antrag. Sie bemängelten, dass sich die Koalition einseitig auf die wirtschaftlichen Aspekte konzentriere und die angespannte soziale Lage vieler Künstler und Kreativschaffender vernachlässige. Abgelehnt hingegen wurde mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen der Antrag der SPD-Fraktion (17/12382), in dem die Sozialdemokraten ein umfassendes Gesamtkonzept zur Stärkung der Kreativwirtschaft fordern. Ebenfalls gescheitert sind die Oppositionsfraktionen mit einer Reihe von Anträgen zur sozialen Lage von Künstlern. So wurde der SPD-Antrag zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage von Kultur- und Kreativschaffenden (17/11832) mit der Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen abgelehnt, ebenso wie die Anträge von Linken (17/8379) und Grünen (17/6346), die sich für die Einführung einer Ausstellungsvergütung für Künstler aussprechen. Nach Ansicht der Koalitionsfraktionen wirkt sich eine solche Vergütung negativ aus, da viele kleinere Galerien und Museen sich Ausstellungen jüngerer und unbekannter Künstler dann nicht mehr leisten könnten. aw

Geistiges Leben auf Zelluloid

KULTUR Deutsche Kinoproduktionen müssen zukünftig im Bundesarchiv registriert werden

Deutsche Kinofilme müssen zukünftig in einer Datenbank des Bundesarchivs registriert werden. Dies sieht die Novelle des Bundesarchivgesetzes vor, die der Bundestag am vergangenen Donnerstag verabschiedete. Für den Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/12012) stimmten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP sowie die Linksfraktion. SPD und Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich der Stimme. Ziel des Gesetzes ist es, einen dauerhaften Überblick über die jährliche deutsche Filmproduktion und somit eine Grundlage für die dauerhafte Sicherung des nationalen Filmarchivs zu schaffen. „Auch Kinofilme dokumentieren das geistige Leben in Deutschland und spiegeln die kulturelle Entwicklung wider“, heißt es in der Gesetzesbegründung. Von der Regelung betroffen sind alle Kinofilme, deren Produktionsfirma ihren Sitz oder eine Niederlassung in Deutschland hat. Dies bezieht auch internationale Koproduktionen ein. Das Gesetz sieht vor, dass die betroffenen Filmproduktionen binnen zwölf Monaten nach ihrer Erstaufführung in einem Kino oder auf einem nationalen oder internationalen Filmfestival in einer Datenbank des Bundesarchivs registriert werden müssen. Die Kosten für den Aufbau der Filmdatenbank im Bundesarchiv beziffert die Bundesregierung auf 120.000 Euro, die jährlichen Kosten auf 220.000 Euro. Für die Wirtschaft



Deutsches Filmerbe: Das Boot

entstünden jährliche Kosten von 70.000 Euro. Sozialdemokraten und Grünen begrüßten die Pflichtregistrierung zwar als einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Allerdings reiche dies nicht aus. Das Ziel müsse sein, für Kinofilme ebenso wie bei Büchern eine verpflichtende Archivierung einzuführen. „Diese große kulturpolitische Herausforderung ist von der Bundesregierung lange unterschätzt und vernachlässigt worden“, bemängelte die Kulturpolitikerin Angelika

Krüger-Leißner (SPD). Bereits vor fünf Jahren habe der Bundestag einen entsprechenden überfraktionellen Antrag für eine solche Pflichtregistrierung verabschiedet, führte Claudia Roth, Fraktionsvorsitzende der Grünen, an. In dieser Zeit hätten die offenen Fragen nach verbindlichen technischen Standards für eine solche Pflichtarchivierung geklärt werden können. In diesem Sinne äußerte sich auch die Kulturpolitikerin Kathrin Senger-Schäfer (Linke). Union und Liberale bekannten sich zwar ebenso zu dem Ziel, langfristig eine Archivierung für Kinofilme einzuführen. Dafür müssten jedoch erst weitere Gespräche mit der Filmbranche geführt werden, um die offenen technischen Fragen zu lösen. Derzeit existiere kein technischer Standard für eine Langzeitarchivierung. Zudem benötige eine solche Vorhaben „viel Geld, das wir leider nicht auf Anhieb haben“, führte der kulturpolitische Sprecher der Unionsfraktion Wolfgang Börnens (CDU) an. Interfraktionell sei man sich einig, „dass wir eine umfassende Digitalisierungsstrategie brauchen, die belastbare Finanzierungs- und Kooperationsmodelle für einen Erhalt und die Zugänglichmachung des Filmarchivs festschreibt“, fügte der FDP-Kulturpolitiker Burkhardt Müller-Sönksen hinzu. Bislang existiert in Deutschland lediglich eine verpflichtende Archivierung für öffentlich geförderte Filme. Alexander Weinlein

Stärkung der Urheber

RECHT Schutz für künstlerische Werke auf 70 Jahre verlängert

Pünktlich zum jährlichen Welttag des geistigen Eigentums am 26. April befasste sich auch der Bundestag erneut mit dem Urheberrecht. Er verabschiedete eine Gesetzesvorlage der Bundesregierung (17/12013), mit der die Schutzdauer von Rechten ausübender Künstler und Tonträgerhersteller von 50 auf 70 Jahre verlängert wird. Mit dieser Initiative folgt die Regierung einer EU-Richtlinie, die bis zum 1. November 2013 in nationales Recht umgesetzt werden soll. Am vergangenen Donnerstag, einen Tag vor dem genannten Welttag, debattierte das Bundestagsplenum den entsprechenden „Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes“, der im Anschluss mit den Stimmen der Grünen und der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Linksfraktion und bei Enthaltung der Sozialdemokraten in der vom Rechtsausschuss geänderten Fassung (17/13270) angenommen wurde. Somit wird die Schutzdauer für Musikkompositionen mit Text sowie die Schutzdauer von Rechten ausübender Künstler und von Tonträgerherstellern von 50 auf 70 Jahre verlängert. Der Künstler erhält das Recht, Übertragungsverträge zu kündigen und Ansprüche auf zusätzliche Vergütung geltend zu machen. Bei gemeinsam darbietenden Künstlern, etwa einem Orchester, steht das Kündigungsrecht einem gewählten Vertreter dieser Künstler zu.

Die Gesetzesinitiative sei ein „Beitrag zur Stärkung der Urheber und Kreativen“, sagte Ansgar Heveling (CDU) in der Debatte. Auch sein Koalitionskollege Stephan Thoma (FDP) lobte die Fristverlängerung, denn anders als bei Immobilien beispielsweise könne „ein Urheber ohne gesetzliche Schutzfristen nichts an seine Nachkommen weitergeben“. Burkhard Lischka (SPD) dagegen erklärte, die Annahme, dass eine große Anzahl ausübender Künstler von der Schutzfristverlängerung durch zusätzliche Einnahmen profitieren werde, trüge. Die Masse der Werke „wirft schon nach einem Jahr keine nennenswerten Einnahmen mehr ab“. Das Gesetz diene daher, argumentierte der Sozialdemokrat, im Wesentlichen „nur den großen Plattenlabels“. Und Petra Sitte (Die Linke) sieht in dem Gesetzentwurf einen erneuten „Versuch, die Rechte der Medienindustrie zu stärken“. Jerzy Montag (Grüne) erklärte, dass „wir als Europäer heute diesem Gesetz zustimmen, auch wenn wir uns als Urheberrechtler deutlich gegen Schutzfristverlängerungen aussprechen“. ver



AUFGEKEHRT

Moralische Monarchie

An Krisen hat sich die Republik inzwischen gewöhnt: Nicht nur die Wirtschaftsseiten der Zeitungen lassen uns frösteln, auch – glaubt man der „Zeit“ – die Moral befindet sich auf Talfahrt. Hässliche Worte wie Vorteilsannahme, Steuerhinterziehung oder Selbstanzeige sind aus dem Vokabular deutscher Talkshows nicht mehr wegzudenken. Die Staatsanwälte geben sich bei den Mächtigen und Reichen die Klinke in die Hand. Das zeigt, wie tief diese Republik moralisch gesunken ist. Nach der Tragödie um unser einstiges Staatsoberhaupt und unzählige korrupte Manager dachten wir, diese Republik könne jetzt nichts mehr erschüttern. Der Fall der moralischen Inkarnation des deutschen Fußballs hat gezeigt, dass es noch schlimmer geht.

Für die Sportrepublik Deutschland kommt in der Not Beistand von der Monarchie. Denn Kaiser Franz beruhigt via Sky-Sport News: „Uli Hoeneß ist kein Betrüger, da ist ihm irgendein Fehler unterlaufen, das kann sein“, sagte Franz Beckenbauer in der vergangenen Woche. Danke Franz, mit Deiner Hilfe können wir das Fehlverhalten deines Mitspielers an die richtige Stelle der moralischen Werteskala einordnen. Denn „ein Fehler unterlaufen“ ist weniger schlimm, als vom Gegner überlaufen zu werden. Vielleicht ist Steuerhinterziehung eine Petitesse und kann schon mal passieren, wenn es um die Optimierung des Vermögens geht. Mit Optimierung kennt sich Franz aus. Denn schließlich wird seine Stiftung von der Swiss Asset Management unterstützt. Sie sorgt „umsichtig und professionell für die optimale Entwicklung ihrer Vermögenswerte“. Denn der Kaiser weiß wie Philosoph Charles de Montesquieu: „Republiken enden durch Luxus, Monarchien durch Armut.“ *Annette Sach*

VOR 40 JAHREN ...

Status quo akzeptiert

11. Mai 1973: Grundlagenvertrag und Uno-Beitritt „Ein Volk verweigert sich seiner Geschichte, wenn es meint, sie mit Wunschträumen fortschreiben zu können“, rief Kanzler Willy Brandt (SPD) am 11. Mai 1973 den Abgeordneten im Bundestag zu. Er verteidigte damit den Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR, der an diesem Tag verabschiedet werden sollte. Er solle „der Entspannung und dem Frieden in Europa dienen“ und könne „nichts darüber aussagen, ob, wann und wie eine gemeinsame Lebensform der Deutschen wieder gefunden werden kann“. Die Union sah in dem Vertrag, den beide deutsche Staaten bereits im Dezember 1972 unter-



Der Bundestag stimmte am 11. Mai 1973 über den Grundlagenvertrag ab.

zeichnet hatten und der „gutnachbarliche Beziehungen“ garantieren sollte, jedoch eine Gefahr für die Wiedervereinigung. In der hitzigen Debatte warf Ex-Kanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) Brandt vor, seine Politik werde im Ausland „als eine endgültige Besiegelung des Status quo“ verstanden. Am Ende stimmten 268 Abgeordnete für den Vertrag, 217 dagegen. Größere Einigkeit bestand in einer anderen Frage, über die an diesem Tag ebenfalls entschieden wurde: den Eintritt der Bundesrepublik zu den Vereinten Nationen. 364 Parlamentarier stimmten mit Ja, 121 mit Nein. Auch diese Entscheidung stand in Zusammenhang mit dem Grundlagenvertrag. In ihm wurde der Uno-Beitritt beider deutscher Staaten vereinbart. Am 18. September 1973 wurden dann die Bundesrepublik Deutschland als 133. und die DDR als 134. Mitgliedsstaat in die Vereinten Nationen aufgenommen. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: 25 JAHRE KINDERKOMMISSION



Zusammen mit eingeladenen Jungen und Mädchen aus Berlin erkunden Abgeordnete des Bundestages die „Welt aus der Sicht der Kinder“.

»Happy Birthday, Kiko«

„Wenn man die Interessen der Kinder vertreten will, muss man ungewohnte Wege gehen“, sagte die Linke-Abgeordnete Diana Golze und dazu gehöre auch, „die Perspektive der Kinder einzunehmen.“ Genau diesen Zweck habe die Ausstellung „Wie Kinder die Welt sehen“, die Golze vergangene Woche im Paul-Löbe-Haus des Bundestages eröffnete. Die Präsentation zeigt überdimensionierte Küchenmöbel, die verdeutlichen, wie der Alltag aus Sicht von Kindern aussieht. Golze ist Mitglied der Kinderkommission des Bundestages (Kiko) und mit der Ausstellungseröffnung feierte die Kommission ein Jubiläum: Seit 25 Jahren setzt sich die Kiko schon für die Rechte der Kinder ein. Und getreu ihres Namens hatte sie auch Kinder zur Ausstellungseröffnung eingeladen. Jungen und Mädchen der Betreuungseinrichtung „Die Arche“ und Kinderreporter des Kinderradios „radiojo“ waren anwesend. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) gratulierte der Kiko zu ihrem Geburtstag. Es sei wichtig, dass sich Politiker auch mit den Anliegen von Kindern beschäftigen.

„Die Kinderkommission ist ein ungewöhnlicher Ausschuss“, beschrieb Golze die Kommission. Denn der Ausschuss mache keine Parteipolitik, sondern „Politik aus dem Blickwinkel der Kinder für die Kinder.“ Diese Überparteilichkeit drückt sich schon im Aufbau des Ausschusses aus: In ihm sitzen nur fünf Personen, aus jeder Fraktion eine. Der Vorsitz des Ausschusses wechselt regelmäßig, sodass jede Partei pro Legislaturperiode einmal den Vorsitz stellt. Momentan ist Beate Walter-Rosenheim (Bündnis 90/Die Grünen) Vorsitzende, die weiteren Mitglieder der Kiko sind Eckhard Pöls (CDU), Marlene Rupperecht (SPD) und Nicole Bracht-Brecht (FDP). Als Unterausschuss des Familienausschusses wurde die Kiko bereits 1988 ins Leben berufen. Im Ausschuss beschäftigen sich die Abgeordneten mit allen Themen, die das Leben von Kindern betreffen. Dazu gehören zum Beispiel Sorgerechtsfragen, der Zugang zu Bildung, Gesundheitsförderung oder Ernährung sowie die allgemeine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gesell-

schaft. Der Ausschuss soll ebenso alle Vorschriften und Gesetze, die der Bundestag verabschiedet, auf ihre Auswirkungen auf Kinder überprüfen. Alle Beschlüsse der Kiko müssen einstimmig gefasst werden, damit werden kontroverse Beschlüsse verhindert. Größter Erfolg der Kinderkommission war bisher, dass „Kinderlärm nicht mehr als Grund für die Schließung einer Kindertagesstätte herhalten kann“, sagte Golze, die früher Vorsitzende der Kiko war. Das habe man im Baurecht festmachen können. Ihr Kollege Eckhard Pöls (CDU) kündigte das nächste Projekt der Kiko an: „Eine Helmpflicht für Kinder.“ Ansonsten arbeite man weiter daran, die Kinderrechte der Vereinten Nationen im Grundgesetz zu verankern. *Julian Burgert*

Die Ausstellung kann noch bis Dienstag, 14. Mai, im Paul-Löbe-Haus des Bundestages kostenlos besichtigt werden. Geöffnet ist sie montags von 9 bis 15 Uhr, dienstags bis donnerstags bis 16 Uhr und freitags bis 13 Uhr.

LESERPOST

Zur Ausgabe 17 vom 22.4.2013, „Suche nach dem Diätenplan“ auf Seite 9:

Herr Schmidt-Jorzic sagt in dem Interview, dass wir Abgeordnete gut bezahlen müssen, damit sie nicht anfällig werden, sich gegen Entgelt vor einen Karren spannen zu lassen. Eine gute Bezahlung dient also der Korruptionsprävention. Hierzu möchte ich anmerken, dass es seit 2003 von den Vereinten Nationen ein Abkommen gegen Korruption gibt. Das hat die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet, aber bis heute nicht ratifiziert. Das Abkommen verpflichtet die Unterzeichner, gegen korrupte Amtsträger vorzugehen und dabei international zusammenzuarbeiten. Von Abgeordneten wird immer wieder eingewandt, es könne nicht sein, dass Parlamentarier unter Generalverdacht stünden; die Vorkehrungen gegen Korruption seien ausreichend. Wie passen diese zwei Dinge nun zusammen? Wir brauchen keine Umsetzung eines Antikorruptionsabkommens, weil hier im Bundestag natürlich alles in Butter ist – nur höhere Diäten zur Verhinderung der angeblich gut genug bekämpften Korruption soll es geben. *Heiko Urbanzyk, WernelLippe*

Zur Berichterstattung „Kaum einer baut Cannabis nur zum Eigenbedarf an“ auf www.bundestag.de vom 18.4.2013:

Ich habe die öffentliche Anhörung des Gesundheitsausschusses am 17. April zum Thema „Synthetische Drogen“ und „Eigenverbrauch von Cannabis entkriminalisieren“ sehr gespannt und aufmerksam verfolgt. Prinzipiell bin ich mit dem Verlauf der Anhörung zufrieden, allerdings von der Berichterstattung darüber enttäuscht. Ich habe den Eindruck, dass der Bundestag dieses Thema sehr voreingenommen behandelt und keine abweichenden Meinungen zulässt. So haben Sie in Ihrer Berichterstattung nur die Argumente gebracht, die gegen eine Legalisierung von Drogen sprechen beziehungsweise nur die negativen Folgen gem-

annt. So erlauben sie den Bürgern meines Erachtens keine objektive Einschätzung des Themas. *Marco Kotzian, per E-Mail*

In Ihrer Berichterstattung über die öffentliche Anhörung des Gesundheitsausschusses gehen Sie nur auf die Meinungen der Seite ein, die sich gegen Drogen und gegen deren Legalisierung ausspricht. Die Argumente der Experten, die sich für eine Drogenfreigabe aussprechen und zum Beispiel von den Grünen und den Linken eingeladen wurden, kommen kaum vor. So haben die Experten zum Beispiel Vorschläge zur Schadensminderung und den Jugendschutz unterbreitet, dies kommt in ihrer Berichterstattung aber nicht vor.

Auch wird Ethan Nadelmann, Gründer der amerikanischen „Drug Policy Alliance“, eine Organisation, die sich für die Legalisierung von Drogen einsetzt, nicht erwähnt. Dabei war Nadelmann extra aus den USA angereist, um die dortigen Erfahrungen mit Drogenfreigabe mitzuteilen. Eine ähnliche, in meinen Augen einseitige Berichterstattung fand bereits bei der Anhörung des Gesundheitsausschusses zum Thema „Cannabis als Medizin“ im vergangenen Jahr statt. *Martin Steldinger, per E-Mail*

PANNENMELDER

In der Ausgabe 17 vom 22. April steht in der Buchrezension von „Kofi Annan: Ein Leben in Krieg und Frieden“ auf Seite 13, dass Kofi Annan von 1997 bis 2003 Generalsekretär der Vereinten Nationen war. Das ist nicht richtig. Kofi Annan war von 1997 bis 2006 Generalsekretär der UN. Ebenso sind wir bei der Ankündigung der nächsten Ausgabe auf Seite 14 im Kalenderverrutscht. Die Ausgabe 18 unserer Zeitung ist am 29. April und nicht am 22. April erschienen.

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1,
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 21. Mai.

SEITENBLICKE



BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 13.-17.05.2013
Bildungschancen – Deutschland 2020 (Do),
Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PERSONALIA

>Sabine Uecker
Bundestagsabgeordnete 1990, SPD
Am 1. Mai wird Sabine Uecker 70 Jahre alt. Die Chemieingenieurin gehörte 1990 der ersten frei gewählten Volkskammer und dem Deutschen Bundestag an.

>Ferdinand Breidbach
Bundestagsabgeordneter 1969-1980, CDU
Ferdinand Breidbach feiert am 3. Mai seinen 75. Geburtstag. Der Schlosser und Gewerkschaftsmitarbeiter, vielfältig in den Ausschüssen seiner Partei aktiv und CDU-Mitglied seit 1956, gehörte im Bundestag dem Wirtschaftsausschuss an.

>Franz Ludwig Schenk Graf von Stauffenberg
Bundestagsabgeordneter 1972-1984, CSU
Franz Ludwig Schenk Graf von Stauffenberg vollendet am 4. Mai sein 75. Lebensjahr. Der Rechtsanwalt schloss sich 1962 der CSU an. Von 1984 bis 1992 war er Mitglied des Europäischen Parlaments. Im Bundestag arbeitete der Sohn von Oberst Claus Graf von Stauffenberg im Auswärtigen Ausschuss mit.

>Brigitte Erler
Bundestagsabgeordnete 1976-1980, 1982-1983, SPD
Brigitte Erler wird am 5. Mai 70 Jahre alt. Die politische Referentin trat 1970 der SPD bei. Im Bundestag war sie Mitglied des Landwirtschaftsausschusses.

>Jürgen Sikora
Bundestagsabgeordneter 1992-1998, CDU
Jürgen Sikora wird am 5. Mai 70 Jahre alt. Der Finanzbeamte schloss sich 1969 der CDU an und gehörte von 1978 bis 1992 dem Landtag in Hannover an. Im Bundestag arbeitete er im Ausschuss für Raumordnung mit.

>Thea Bock
Bundestagsabgeordnete 1991-1994, SPD
Thea Bock wird am 6. Mai 75 Jahre alt. Die Sportlehrerin aus Hamburg war Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses.

>Alfred Emmerlich
Bundestagsabgeordneter 1972-1990, SPD
Am 10. Mai vollendet Alfred Emmerlich sein 85. Lebensjahr. Der promovierte Jurist und Richter, von 1983 bis 1987 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, arbeitete überwiegend im Rechtsausschuss mit.

>Klaus Daweke
Bundestagsabgeordneter 1976-1990, CDU
Am 14. Mai wird Klaus Daweke 70 Jahre alt. Der Dipl.-Handelslehrer, CDU-Mitglied seit 1964, war in allen vier Wahlperioden Mitglied des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft.

>Dieter Spöri
Bundestagsabgeordneter 1976-1988, SPD
Dieter Spöri wird am 15. Mai 70 Jahre alt. Der promovierte Volkswirt aus Stuttgart wurde 1970 SPD-Mitglied. Spöri, der in allen vier Wahlperioden im Finanzausschuss mitarbeitete, war von 1992 bis 1996 Wirtschaftsminister in Baden-Württemberg.

>Ursula Schleicher
Bundestagsabgeordnete 1972-1980, CSU
Am 15. Mai wird Ursula Schleicher 80 Jahre alt. Die Harfenistin trat 1965 der CSU bei. Schleicher, Mitglied des Familienausschusses, war von 1979 bis 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments.

>Fritz Gerstl
Bundestagsabgeordneter 1972-1987, SPD
Am 16. Mai vollendet Fritz Gerstl sein 90. Lebensjahr. Der Bundesbahnbeamte und ehemalige Landrat des Kreises Passau schloss sich 1955 der SPD an. Im Bundestag arbeitete Gerstl stets im Verteidigungsausschuss mit.

>Arnulf Kriedner
Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU
Arnulf Kriedner wird am 16. Mai 75 Jahre alt. Der Kaufmann trat 1963 der CDU bei und war von 1981 bis 1989 Bezirksbürgermeister von Neukölln. Kriedner war Mitglied im Haushaltsausschuss.

>Albrecht Müller
Bundestagsabgeordneter 1987-1994, SPD
Am 16. Mai wird Albrecht Müller 75 Jahre alt. Der Diplomvolkswirt und langjährige Parteimitarbeiter schloss sich 1963 der SPD an. Im Bundestag saß Müller zuletzt im Verkehrsausschuss.

>Willi Wimmer
Bundestagsabgeordneter 1976-2009, CDU
Am 18. Mai wird Willi Wimmer 70 Jahre alt. Der Rechtsanwalt trat 1959 der CDU bei und engagierte sich im Bundestag im Verteidigungsausschuss sowie im Auswärtigen Ausschuss. Von 1988 bis 1992 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung. *bmh*

Rainer Brüderle, FDP:

Unser Wirtschaftswunder gründet auf dem Mittelstand



Rainer Brüderle *1945
Landesliste Rheinland-Pfalz

Wir debattieren über Mittelstandspolitik, ein besonders wichtiges Thema. Ich vermisste den Kanzlerkandidaten der SPD, Herrn Steinbrück; aber vielleicht hat er auch Probleme mit seiner Politik für den Mittelstand.

Vor wenigen Jahren waren wir der kranke Mann -Europas. „Sick man of Europe“ war das geflügelte Wort. Damals war Rot-Grün an der Regierung und hat die Regierungspolitik gestaltet. Wir hatten 5 Millionen Arbeitslose und Jahre lähmender Rezession.

Heute ist die Einschätzung eine andere. Heute findet man „Modell Deutschland“ auf dem Titel des Economist und anderer internationaler Zeitungen. Deutschland ist erfolgreicher als alle anderen Länder aus der Krise herausgekommen. Die internationalen Beobachter haben ein Schlüsselwort dafür – sie haben kein eigenes Wort, sondern nur ein Lehnwort –, nämlich „German Mittelstand“. Der Mittelstand ist also eine der Schlüsselgrößen dafür, wie wir aus der Krise herausgekommen sind und wie erfolgreich wir Politik betrieben haben.

Mittelstand ist nicht irgendeine Betriebsordnung, Mittelstand ist eine Geisteshaltung, ist eine eigene Richtung, ist eine eigene Gedankenwelt. Da wird in Generationen, nicht in Quartalen gedacht. Viele dieser Mittelständler sind Hidden Champions in ihrem Bereich, also Weltmarktführer. Manche in Deutschland träumen von ein paar gewerkschaftsdominierten Aktiengesellschaften plus Millionen kleiner Ich-AGs.

Das ist nicht mein ökonomisches Weltbild; das will ich auch nicht haben. Ich will eine starke Mitte.

Die Entwicklung ist geprägt durch ein – wie es im Ausland dargestellt wird – neues deutsches Wirtschaftswunder. Wir haben 42 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland. So viele gab es noch nie.

Das ist ein Beschäftigungswunder. Wir haben ein Exportwunder: Exporte in Höhe von gut 1 Billion Euro; das sind über 1 000 Milliarden Euro. Und die Ausländer kaufen unsere Produkte freiwillig, weil sie gut sind. Das ist keine Zwangsabnahme. Wir haben ein Wohlstandswunder: seit drei Jahren steigende Reallöhne.

Es sind die fleißigen Menschen im Land, dynamische Unternehmen, die dies erreicht haben, aber auch die christlich-liberale Politik.

Wir haben die Weichen richtig gestellt.

Wir haben auf Entlastung gesetzt. Wir haben das Wachstum beschleunigt. Wir haben die Rentenbeiträge und damit Lohnzusatzkosten gesenkt. Wir haben die Renten erhöht. Wir haben die Praxisgebühr abgeschafft. Wir haben das Kindergeld erhöht. Wir haben den Mittelstand bei der Erbschaftsteuer entlastet und 13 Milliarden Euro zusätzlich in Bildung und Forschung gesteckt, ohne den Staatshaushalt aufzublähen. Das ist erfolgreiche Politik auch für den deutschen Mittelstand. Das sind die Rahmenbedingungen.

Die Staatsquote ist auf 45 Prozent gesenkt worden. Unser Ziel ist es, auf 40 Prozent herunterzukommen. Sozialsysteme haben Überschüsse statt Defizite, und wir haben im Haushalt die schwarze Null auf den Weg gebracht, erreicht.

Christlich-liberale Politik hat den Staat fit gemacht. Rot-grüne Politik will den Staat fett und träge machen.

Für den Kollegen Trittin ist die Staatsquote nur eine Recheneinheit, wie er sagt. Ihm ist egal, ob sie 40 Prozent, 45 Prozent, 60 Prozent beträgt. Das ist eben das fatal falsche Denken. Das macht den Mittelstand kaputt.

Sie wollen die Wirtschaft abwürgen: mit der Erhöhung der Erbschaftsteuer, mit der Erhöhung der Einkommensteuer, mit der Wiedereinführung der Vermögensteuer.

Ich habe mir das Gutachten der SPD-Finanzminister genau ange-

schaут und habe es auch dabei. Das Gutachten ist die Blaupause für die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Das trifft 160 000 Unternehmen in Deutschland. Das sind 160 000 Unternehmen zu viel, die davon betroffen werden.

Wenn in jedem Unternehmen dadurch nur ein Arbeitsplatz verloren geht, erreicht die Zahl, die wir an Arbeitsplätzen verlieren, eine Größenordnung, die der Einwohnerzahl einer Stadt wie Potsdam entspricht. Deshalb ist Ihre Politik falsch.

Der Mittelstand ist eine der Schlüsselgrößen, wie wir aus der Krise herausgekommen sind.

Sie wollen die Einkommensteuer erhöhen. Für Sie ist offenbar nicht klar, dass

für viele Mittelständler die Einkommensteuer die Unternehmensteuer ist, dass für viele Handwerker die Einkommensteuer die Unternehmenssteuer ist, dass für viele Selbstständige und Freiberufler die Einkommensteuer die Unternehmenssteuer ist, dass für viele Landwirte die Einkommensteuer die Unternehmenssteuer

Hubertus Heil, SPD:

Das Rückgrat unserer Wirtschaft



Hubertus Heil *1972
Wahlkreis Gifhorn – Peine

Lassen Sie uns jetzt ausnahmsweise mal über Mittelstandspolitik reden! Diese dampfplaudernden Reden nützen dem

ist. Mit Ihrer Politik der Einkommensteuererhöhung und auch mit der Erhöhung des Spitzensteuersatzes treffen Sie diese Bereiche des Mittelstands ins Mark.

Hinzu kommt die Erhöhung der Abgeltungsteuer, der Mehrwertsteuer, der Erbschaftsteuer. Rot-Grün würde die deutschen Steuerzahler, wenn Rot-Grün die Mehrheit bekäme, mit 30 bis 40 Milliarden Euro zusätzlich belasten – und das bei Rekordsteuereinnahmen von über 600 Milliarden Euro. Das ist absolut falsche Politik.

Frau Andreae und andere Grüne laufen auch Sturm gegen die Vermögensteuerpläne der eigenen Partei. Sie warnen vor der Substanzbesteuerung, die der Mächtigen-Finanzminister Jürgen „Bildberg“ Trittin einführen will. Aber Herr Trittin hat noch ein zusätzliches Konzept: eine Vermögensabgabe von 100 Milliarden Euro obendrauf, also Abgabe plus Wiedereinführung der Vermögensteuer. Das alles geht nicht ohne Einbeziehung der Betriebsvermögen; es wäre sonst auch verfassungswidrig. Herr Trittin hat kürzlich sogar erklärt, die Vermögensabgabe rückwirkend einziehen zu wollen.

Auch das halte ich für einen Verfassungsbruch. Das ist eine grottenfalsche Politik, die den Mittelstand voll trifft.

Man liest im Spiegel, dass Herr Trittin bei internen Sitzungen rumgebrüllt habe und gewarnt habe vor

dem, was sich politisch abzeichne. Das zeigt: Er ist nervös. Die Grünen selber merken: Rot-Grün schwimmen die Felle davon. – Rot-Grün kann sich keiner leisten und will sich auch keiner leisten. Der aufziehende Wahlkampf muss deshalb mit aller Härte und Deutlichkeit geführt werden, damit der Mittelstand eine faire Chance hat.

Wir schlagen in unserem Antrag 20 Punkte vor, damit der Mittelstand in Deutschland weiter gute Chancen hat: Wir wollen die kalte Progression abbauen. Wir wollen Basel III.

Es ist doch immer das Gleiche. Fällt den Sozis etwas ein, muss es eine neue Steuer sein. Wer ist mit dabei? Die grüne Partei. – Das ist die Gefechtslage in Deutschland.

Die Bürger werden entscheiden, ob eine vernünftige Politik fortgesetzt wird oder irrer Gulasch gemacht wird, also Ihr Rückmarsch in die Vorstellungen von vorgestern stattfindet.

Lassen Sie doch den Karl Marx in seinem Museum! Kommen Sie doch nicht wieder mit den alten Klamotten heraus!

Sie müssen doch mal was dazulernen! Das ist ja Museumspolitik, was Sie betreiben!

Meine Damen und Herren, wir brauchen in Deutschland klare Weichenstellungen. Wir brauchen mehr richtige Ingenieure und weniger rot-rot-grüne Sozialingenieure.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Fortsetzung auf Seite 2

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

Fortsetzung von Seite 1: Hubertus Heil (SPD)

ja aus der FDP ausgetreten ist, Herr Brüderle, dann glauben Sie bitte dem Institut der deutschen Wirtschaft – keine Vorfeldorganisation der SPD –, das dieser Bundesregierung ins Stammbuch schreibt, dass sie nur von Entscheidungen von Vorgängerregierungen, vom Mut zu Strukturreformen aus rot-grüner Zeit profitiert und diesen Vorsprung durch das Chaos schwarz-gelber Politik aufbraucht.

Übrigens: August Bebel war ein Handwerksmeister. Sie haben ja gar keine Ahnung von Geschichte; das haben Sie verschiedentlich bewiesen.

Ich sage Ihnen: Das einzig gute Schwarz-Gelb war gestern Abend Dortmund.

Aber das, was Sie für den Mittelstand leisten, ist tatsächlich nichts, für das Sie sich rühmen können.

Wie ist die Situation in Deutschland? Der BDI, der Bundesverband der Deutschen Industrie, der auch mittelständische Unternehmen vertritt, beklagt einen massiven Verfall der öffentlichen Infrastruktur im Land. Der Nord-Ostsee-Kanal muss gesperrt werden, weil diese Bundesregierung mit Herrn Ramsauer zu wenig in die Infrastruktur, auch in die wirtschaftsnahe Infrastruktur in diesem Land investiert. Das ist die Wirklichkeit. Autobahnbrücken müssen gesperrt werden, weil Sie nicht in der Lage sind, die notwendigen Investitionen zu schultern. Das schadet der Wirtschaft, auch dem Mittelstand in Deutschland.

Meine Damen und Herren, hier muss ich Ihre dünnen Anträge zum Thema Mittelstandspolitik lesen und diese oberflächlichen Reden von Herrn Brüderle anhören. Sprechen Sie einmal mit real existierenden Mittelständlern in Deutschland – mit Handwerksmeistern, mit Familienunternehmern, mit einer freien Selbstständigen, mit einer Existenzgründerin –, dann stellen Sie fest: Diese haben ganz andere Sorgen als das, was Sie hier an die Wand malen. Sie haben ganz konkrete Ansprüche. Der Unterschied zwischen Ihrer Bundesregierung und dem guten deutschen Mittelstand ist: Im guten deutschen Mittelstand gibt es

Unternehmer, die etwas unternehmen. Sie sind eine Regierung, die etwas unterlässt.

Nun zu unseren Anträgen und zu unseren Vorschlägen. In genau vier Bereichen sagen wir sehr konkret, was wir unter einer ambitionierten, einer zukunftsgerichteten Mittelstandspolitik in Deutschland verstehen.

Erstens. Was kann und muss getan werden für qualifizierte Fachkräfte in diesem Land? Zu diesem wichtigen Thema haben Sie keinen Satz gesagt. Es sind vor allen Dingen die kleinen und mittelständischen Unternehmen, Herr Brüderle, die unter Fachkräftemangel leiden werden. Die großen Konzerne können sich Personalrekrutierungen leisten. Die kleinen und mittelständischen Unternehmen nicht. Deshalb muss etwas getan werden, damit Frauen und Männer in diesem Land arbeiten können, damit sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen, das Arbeitsvolumen von Frauen in diesem Land tatsächlich entfalten kann. Wir brauchen eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie statt Ihres idiotischen Betreuungsgeldes. Das trägt zur Fachkräftesicherung bei.

Wir müssen jungen Menschen eine Chance geben. 60 000 junge Menschen verlassen Jahr für Jahr die Schule ohne Schulabschluss. 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 30 Jahren haben keine berufliche Erstausbildung. Das duale System der beruflichen Erstausbildung ist unser Standortvorteil. Darum hätte sich diese Regierung kümmern müssen. In diesem Bereich haben Sie nichts getan.

Zweites Thema: Innovationsanreize, Investitionen in Forschung und Wissenschaft. Wir haben in Deutschland einen hochinnovativen Mittelstand. Aber von der öffentlichen Forschungsförderung dieser Regierung profitieren nur Großunternehmen, kleine und mittelständische Unternehmen nicht.

Wo ist eigentlich die steuerliche Forschungsförderung geblieben, die Sie dem Mittelstand versprochen haben? Wir werden steuerliche Forschungsförderung einführen, damit wir privates Kapital stärker in Forschung und Entwicklung gerade im Mittelstand lenken können, damit der Mittelstand davon profitieren kann.

Was tun Sie eigentlich für Existenzgründer? Sie haben den Gründungszuschuss plattgemacht, ein wesentliches Instrument für Menschen, die den Mut haben, sich selbstständig zu machen, um mit einer Markteinführung tatsächlich nach vorne zu kommen. Hier haben Sie am falschen Ende gestrichen. Sie haben nichts getan. Wir werden etwas tun, zum Beispiel im Bereich der Investitionszulagen. Wir brauchen eine Gründerkultur in Deutschland. Die Sozialdemokraten stehen an der

Seite derjenigen, die den Mut haben, sich mit guten Konzepten selbstständig zu machen, aber im Moment von Ihnen sträflich vernachlässigt werden. Sie bekommen am Kapitalmarkt oft nicht die nötige Unterstützung. Deshalb werden wir in diesem Bereich handeln.

Drittens. Die wirtschaftsnahe Infrastruktur. Ich habe schon über Verkehrswege gesprochen. Wir müssen aber genauso über die Frage der Breitbandinfrastruktur in diesem Land sprechen. Gerade für kleine und mittelständische Unternehmen, die es oft auch im ländlichen Raum gibt, ist die Tatsache, dass Sie beim Ausbau des schnellen Internets nicht

von der Stelle gekommen sind, mittlerweile zum Standortnachteil geworden. Bei allem Jubel über unsere Stärke müssen wir feststellen, dass Deutschland gegenüber anderen Ländern beim schnellen Internet

zurückgefallen sind. Wer ist zuständig? Ihre Regierung. Wer hat nichts getan? Ihre Regierung. Warme Worte, Herr Brüderle, solche Reden, wie Sie sie hier halten, schaffen keinen Arbeitsplatz. Sie befriedigen mit Ihrer Art und Weise vielleicht einige in Ihren Reihen, aber sie nützen der deutschen Wirtschaft nichts. Im Bereich Breitband haben Sie nichts getan.

Zum Bereich der Energiepolitik haben Sie auch keinen Satz verloren. Gerade der Mittelstand in Deutschland leidet unter Ihrem energiepolitischen Chaos. Sie haben Planungs- und Investitionssicherheit in Deutschland zerstört. Sie belasten Unternehmen mit immer höheren Strompreisen. Dafür tragen Sie die Verantwortung. Sie haben nichts getan, um in den letzten vier Jahren eine neue Ordnung am Strommarkt durchzusetzen. In diesem Bereich werden wir viel aufräumen müssen, damit der Mittelstand von den Chancen der Energiewende profitieren kann und damit die Energiewende nicht zum wirtschaftlichen und sozialen Risiko für Deutschland wird. Auch das unterscheidet uns.

Viertens. Im Mittelstand, Herr Brüderle, sind vor allen Dingen die klassischen Werte der sozialen Marktwirtschaft gefragt; das sind Maß und Mitte, Anstand und Augenmaß. Es sind gerade die deutschen Mittelständler, die über die Exzesse auf den Finanzmärkten entsetzt sind. Es sind gerade die mittelständischen Unternehmen, die in den letzten Jahren erlebt haben, dass in vielen Bereichen der Finanzwirtschaft Finanzdienstleistungen nicht mehr Dienstleistungen waren, vielmehr umgekehrt die Realwirtschaft, also auch der deutsche Mittelstand, als Dienstleister für Zocker auf den Finanzmärkten behandelt wurde. Das

hat die mittelständischen Unternehmen, also diejenigen, die reale Werte schaffen und nicht spekulieren, richtig erzürnt. Die Unternehmen in diesem Land nehmen es einem übel, wenn mit ihrem Vermögen, mit ihrer Zukunft und mit ihren Arbeitsplätzen gespielt wird. Wir fragen uns deshalb: Wie regulieren wir den Finanzmarkt so, dass in die Realwirtschaft, also in Industrie und Mittelstand, investiert wird? Das ist die zentrale wirtschaftliche Frage.

Heute wird Herr Rösler seine Wachstumsprognose für dieses und nächstes Jahr vorlegen. Sie sind stolz auf ein Wachstum von 0,5 Prozent. Das ist ein schmales Wachstum in diesem Jahr.

Sie prognostizieren vor dem Hintergrund der Bundestagswahl ein Wachstum von 1,6 Prozent. Wir müssen erheblich etwas dafür tun, um dieses Ziel zu erreichen. Denn die Wachstumserwartungen stehen durch die Euro-Krise auf tönernen Füßen. Der deutsche Mittelstand braucht daher starke politische Partner. Schwarz-Gelb ist das nicht. Das zeigt sich auch in diesen Tagen. Schauen Sie sich einmal an, was Ihnen die Unternehmer ins Stammbuch schreiben. Von Wirtschaftspolitik hat diese Bundesregierung keine Ahnung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der deutsche Mittelstand braucht starke politische Partner, Schwarz-Gelb ist das nicht.

Christian Freiherr von Stetten, CDU/CSU:

Familienunternehmen sind Garant für sichere Arbeitsplätze



Christian Freiherr von Stetten
*1970
Wahlkreis Schwäbisch Hall – Hohenlohe

Wenn Sie heute Morgen in die Wirtschaftsteile der deutschen Tageszeitungen schauen, dann können Sie viel über große Automobilkonzerne, über Versicherungskonzerne und über große börsennotierte Technologieunternehmen lesen. All diese sind sicherlich wichtige Unternehmen für die Bundesrepublik Deutschland. Aber

das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, der Garant für die sicheren Arbeitsplätze sind und bleiben der Mittelstand und insbesondere die deutschen Familienunternehmen.

Es gibt 3,7 Millionen mittelständische Unternehmen in Deutschland. Diese Firmen sind das Herz unserer Wirtschaft. Sie sind dafür verantwortlich, dass wir so gut aus der Krise gekommen sind. Sie stellen immer noch 71 Prozent aller Erwerbstätigen. 83 Prozent der Auszubildenden werden im Mittelstand ausgebildet. All das sind stolze Zahlen. Aber: Wir sollten diese Zahlen nicht nur in der heutigen Debatte hochhalten, sondern die Wichtigkeit und die Wertschätzung dieser Betriebe auch in unserer täglichen Gesetzgebung unterstreichen.

Dass der Mittelstand heute gut dasteht, hat Herr Brüderle bereits ausgeführt. Die Bundesregierung stützt diese positive Entwicklung durch zahlreiche Maßnahmen. Wir haben Maßnahmen zur Fachkräftesicherung ergriffen. Wir haben mithilfe des Normenkontrollrates die Bürokratiekosten um 12 Milliarden Euro

gesenkt. Wir haben die Mittel des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand um 500 Millionen Euro aufgestockt. Wir haben diverse Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzierung des Mittelstands auf den Weg gebracht.

Wir haben hier im Deutschen Bundestag zahlreiche weitere Beschlüsse gefasst, um den Mittelstand, die mittelständischen Betriebe und die Mitarbeiter zu entlasten. Aber Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition – das wurde vorhin bereits deutlich gemacht –, haben diese Gesetze mit Ihrer Mehrheit im Bundesrat gestoppt und somit verhindert. Die kalte Progression, also die sogenannte Facharbeiterfalle, ist vorhin schon angesprochen worden. Ich denke aber auch an die energetische Gebäudesanierung oder an die Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für Rechnungen und Belege. All das sind sinnvolle Maßnahmen, die Sie hier verhindert haben.

Wenn jetzt einer von Ihnen sagt, dass dies keine sinnvollen Maßnahmen seien, dann fragen Sie einmal

Beschlüsse

Im Plenum des Bundestages wurden in der Zeit vom 22. bis 25. April 2013 folgende Vorlagen ohne Aussprache abschließend beraten:

Zustimmung

Haushalt „Gesetz zu dem Staatsvertrag vom 14. Dezember 2012 über die abschließende Aufteilung des Finanzvermögens gemäß Artikel 22 des Einigungsvertrages zwischen dem Bund, den neuen Ländern und Berlin (Finanzvermögen-Staatsvertrag) und zur Änderung der Bundeshaushaltsordnung“ (Bundesregierung, 17/12639, 17/13256).

Ihren Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück, wie er darüber denkt. Es stimmt: Die SPD hat, genau wie die Grünen, die Verkürzung der Aufbewahrungsfristen abgelehnt. Keine zwei Monate später, am 4. März dieses Jahres, hat die IHK Siegen Herrn Steinbrück eingeladen, um seine Thesen zu sozialdemokratischer Mittelstandspolitik zu präsentieren. Einer der Teilnehmer hat mir das vom Kanzlerkandidaten verteilte und anschließend auch vom Willy-Brandt-Haus an die Medien verschickte Thesenpapier zukommen lassen. Da steht bei Punkt 7 unter der Überschrift „Der Mittelstand braucht Beinfreiheit“ – ich zitiere Peer Steinbrück –:

Ich will, dass unnötige, für den Mittelstand kostenträchtige Regelungen abgeschafft werden:

– und dann fordert er –

Verkürzung der Aufbewahrungspflichten für Rechnungen und Belege ...

Da bin ich zwar überrascht, aber ich kann zu 100 Prozent zustimmen.

Wenn sich jetzt plötzlich CDU/CSU, FDP und der Kanzlerkandidat der SPD bei dieser wichtigen Maßnahme für den Mittelstand einig sind, dann sollten wir das ent-

sprechende wichtige Gesetz zum Wohl des deutschen Mittelstandes noch vor der Wahl gemeinsam und ohne Streit hier im Deutschen Bundestag verabschieden.

Liebe Kollegen, wir haben dieses gemeinsame Anliegen von Peer Steinbrück und den Koalitionsfraktionen jetzt auch sofort wieder in den Deutschen Bundestag eingebracht. Gestern hat der Finanzausschuss des Deutschen Bundestages über die Verkürzung der Aufbewahrungsfristen entschieden. Wir von CDU/CSU und FDP haben Wort gehalten und mit Mehrheit zugestimmt. Und was haben die Kollegen der SPD-Fraktion gemacht? Sie haben ihren Kanzlerkandidaten im Stich gelassen und gegen dessen eigenen Vorschlag gestimmt. – Herr Steinbrück hatte von Ihnen etwas Beinfreiheit verlangt. Und was haben Sie gemacht? Sie haben ihm die Beine einfach abgeschlagen.

Sie haben heute Nachmittag, wenn wir im Deutschen Bundestag abschließend über den Gesetzent-

wurf debattieren, die Möglichkeit, diesen Fehler zu korrigieren und diesem Gesetzentwurf zum Bürokratieabbau zuzustimmen.

Wer das gesamte Wahlprogramm der SPD liest, der wird feststellen, dass die Vorstellungen des SPD-Kanzlerkandidaten im Wirtschaftsbereich überhaupt nicht mehr vorkommen. Die vereinigte Linke in der SPD hat sich komplett durchgesetzt.

Das geht sogar so weit, dass der SPD-Landesvorsitzende

aus Baden-Württemberg, Nils Schmid, und der grüne Ministerpräsident Kretschmann zwei Tage vor dem SPD-Bundesparteitag in Augsburg gemeinsam einen Brandbrief an den SPD-Bundesvorsitzenden geschrieben haben, in dem sie vor den Folgen des eigentlichen Programms gewarnt haben.

Sie warnen vor den Folgen der Substanzbesteuerung und insbesondere vor deren katastrophalen Auswirkungen auf Mittelstand und Familienunternehmen. Und, hat dieser Protest etwas genutzt?

Die Wiedererhebung der Vermögenssteuer ist Gift für den Mittelstand.

Dr. Dietmar Bartsch, DIE LINKE:

Differenzierter fördern und zielgenauer agieren



Dietmar Bartsch *1958
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Herr von Stetten, ich bedanke mich für die Ankündigung. Wenn ich Herrn Brüderle und Ihnen zuhöre und wenn ich den Titel der Unterrichtung lese: „Bericht über den Erfolg der Programme ...“, dann werde ich an eine Zeit erinnert, die lange vorbei ist. Fragen Sie einmal die Osis in Ihrer Fraktion; sie wissen, wie das ist, wenn nur von Erfolgen berichtet wird.

Halten Sie es lieber mit dem Altbundeskanzler Kohl, der gesagt hat: „Entscheidend ist, was hinten rauskommt.“ Ich finde, das sollte der Maßstab sein.

Es reicht, eine Zahl zu nennen: 0,5 Prozent Wirtschaftswachstum.

Das ist faktisch nichts. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik, die Sie hier zu verantworten haben.

Nur die realen Ergebnisse zählen wirklich.

Völlig unbestritten ist: Der Mittelstand in Deutschland hat viel geleistet. Ich war selber einige Jahre Unternehmensberater.

– Ja, da kann ich Ihnen viel erzählen. – Ich habe erlebt, wie dort agiert wird. Aber der Mittelstand ist nicht nur eine Geisteshaltung, der Mittelstand ist viel differenzierter. Es gibt sehr unterschiedliche Unternehmen in diesem Bereich, sodass man sie nicht über einen Kamm scheren kann.

Gerade weil der Mittelstand in der deutschen Wirtschaftslandschaft eine herausragende Bedeutung hat, muss man ihn differenzierter fördern und zielgenauer agieren. Man muss vor allen Dingen seine Wettbewerbsposition gegenüber den Großunternehmen stärken und darf das nicht nur ankündigen, Herr von Stetten. Was ist denn geblieben von der Steuervereinfachung, die Sie in Ihrem Wahlprogramm angekündigt haben? Wie sieht es in der Realität aus? Nahezu nichts!

Ich will aus Ihrem Antrag zitieren. Dort steht:

Deutlicher denn je zeigt sich, dass die Selbstständigen und die kleinen und mittelgroßen Unternehmen ... insbesondere auch in Ostdeutschland ... das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden.

Dieses Selbstlob steht in völligem Widerspruch zur Realität. Auch 23 Jahre nach der deutschen Einheit ist die Arbeitslosenquote in den neuen Ländern doppelt so hoch wie in den alten Ländern, die Löhne befinden sich auf dem niedrigsten Niveau, wir haben weiterhin eine hohe Abwanderungsquote, und wir haben weiterhin 1,5 Millionen Pendlerinnen und Pendler. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

Die Bundeskanzlerin ist zwar nicht da, aber lassen Sie mich einmal konkret auf unser gemeinsames Bundesland Mecklenburg-Vorpommern zu sprechen kommen. Mecklenburg-Vorpommern wird, wie andere norddeutsche Bundesländer, mit der finanziellen Hilfe für die Werften jetzt alleingelassen. Der Bund will das Bürgerschaftsprogramm nicht weiterführen. Einen falscheren Zeitpunkt

Nein, im Gegenteil: Am Ende des Tages hat sogar der Protestbriefschreiber Nils Schmid diesem Wahlprogramm zugestimmt.

Gott sei Dank ist es noch nicht Gesetz; es darf auch nie Gesetz werden. Alle SPD-Delegierten, auch die aus Baden-Württemberg, haben diesem Mittelstandsgefährdungsprogramm, bestehend aus höherer Einkommensteuer, höherer Erbschaftsteuer, zusätzlicher Vermögensteuer und zusätzlicher Bürokratie, einstimmig zugestimmt. Das ist sozialdemokratische Mittelstandspolitik, meine Damen und Herren.

Die Wiedererhebung der Vermögenssteuer und die Erhöhung der Erbschaftsteuer sind Gift für unseren Mittelstand.

Sie führen zu einer Besteuerung der Substanz, selbst wenn das Unternehmen Verluste macht. Natürlich würde die Umsetzung der Vorschläge der Opposition zu einer Art Wettbewerbsverzerrung zugunsten der börsennotierten Unternehmen und zulasten der Familienbetriebe führen. Die großen DAX-Konzerne hätten mit der Einführung einer Vermögenssteuer überhaupt keine Probleme, und eine Verdopplung der Erbschaftsteuer ist den DAX-Konzernen

dafür kann es überhaupt nicht geben.

Jetzt, wo sich die Werften auf die Bereiche Spezialschiffbau und Offshoreprodukte ausgerichtet haben, streichen Sie das Programm. Das ist mittelstandsfeindlich; denn die Werften bei uns in Mecklenburg-Vorpommern sind nichts anderes als Mittelstand. Sie als FDP verhindern die Förderung.

Die Linke ist eine mittelstandsfreundliche Partei.

Ich will Ihnen das an einigen Punkten darlegen:

Der Mittelstand hat überall, aber besonders in den neuen Ländern, Finanzierungsprobleme. Es geht

Der öffentliche Finanzsektor muss stärker auf die Finanzierung des Mittelstandes verpflichtet werden.

um Finanzquellen, es geht aber auch um Finanzierungsbedingungen. Die Finanzkrise hat die Probleme verstärkt. Fakt ist – Sie wissen das –: Kreditanträge von Kleinunternehmen mit weniger als 1 Million Euro Jahresumsatz werden deutlich öfter abgelehnt als Anträge von Unternehmen mit mehr als 50 Millionen Euro Umsatz. Das sind letztlich wettbewerbsverzerrende Rahmenbedingungen zulasten der Mittelständler. Wir setzen deshalb vor allen Dingen auf eine sichere Finanzierung durch Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken und nicht auf Rettungsmilliarden für Großbanken und deren Aktionäre. Das haben Sie in den letzten Jahren gemacht.

Die privaten Großbanken haben sich häufig aus dem normalen Ge-

auch egal. Aber unsere mittelständischen Betriebe, die Familienbetriebe, müssen diese zusätzlichen Kosten in ihre Preiskalkulation mit einrechnen. Dann ist doch klar, wer in Zukunft bei Ausschreibungen den günstigeren Preis anbieten kann. Das, was Sie verlangen, führt zu Wettbewerbsverzerrung. Wir werden das selbstverständlich verhindern.

Ihre Fraktion allerdings, Herr Bartsch – Sie sind ja der nächste Redner für die Linksfraktion –, hat in der Mittelstandsdebatte den Vogel abgeschossen.

Mit Ihrer Forderung nach einer jährlichen Vermögenssteuer in Höhe von 5 Prozent bezogen auf den Verkehrswert kommen Sie einer Enteignung der betroffenen Bürger nahe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss.

In unserem heute zur Abstimmung gestellten Antrag „Stabilität, Wachstum, Fortschritt – Den starken deutschen Mittelstand weiter zukunftsfest machen“ wird deutlich, wie wichtig unserer Fraktion der deutsche Mittelstand ist. Durch unserer Regierungshandeln werden wir das auch weiter unter Beweis stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

schäft mit dem Mittelstand zurückgezogen. Das ist gerade in den neuen Ländern zu beobachten. Da gibt es diese Geschäftsbeziehungen faktisch nicht mehr. Gott sei Dank gibt es die Sparkassen und Volksbanken, die das übernehmen.

Der öffentliche Finanzsektor muss stärker auf die Finanzierung des Mittelstandes verpflichtet werden. Außerdem müssen wir die Rolle der Sparkassen weiter stärken, weil nur darüber die notwendige Eigenkapitalquotenerhöhung und -stärkung möglich ist. Häufig sind es Kleinstkredite, die benötigt werden, und die sind häufig sehr schwierig zu bekommen.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt nennen, der auch unter den Mittelständlern unserer Partei umstritten ist: das Thema Mindestlohn. Aber unsere Position ist klar: Wir sind und bleiben bei unserer Forderung nach der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro, weil dadurch gleiche Wettbewerbsregeln für die Unternehmen geschaffen werden. Es darf kein Geschäftsmodell sein, über Aufstocker Vorteile zu erzielen. Deshalb brauchen wir einen flächendeckenden Mindestlohn, der im Übrigen auch die Kaufkraft und die Nachfrage für Handwerk und Dienstleistung stärkt.

Die Energiewendepolitik ist für den Mittelstand ein ganz großes Problem. Eigentlich ist das gar keine Energiewendepolitik; denn das einzig Zuverlässige an Ihrem Kurs

Fortsetzung von Seite 3: Dr. Dietmar Bartsch (DIE LINKE)

ist, dass für die Mittelständler nichts sicher, nichts planbar ist. Wer den Mittelstand fördern will, der muss die Macht der Energiemonopole brechen und für stabile Strom- und Gaspreise sorgen. Das ist Ihre Aufgabe, damit der niedrige Strompreis an der Leipziger Strombörse auch beim Mittelständler ankommt. Sie begünstigen einseitig stromintensive Großunternehmen. Das ist die Realität.

Außerdem brauchen wir mehr Aufträge für den Mittelstand; auch das ist klar. Schauen Sie sich einmal Ihre Investitionspolitik in den letzten vier Jahren an: Bei jeder Haushaltsberatung hat die Opposition zu Recht kritisiert, dass die Investitionen viel zu gering sind. Mit Investitionen sanieren wir doch die Infrastruktur, tun wir etwas für Schulen, Krankenhäuser etc. und schaffen damit Aufträge auch für den Mittelstand.

Wir brauchen auch ein anderes Vergabegesetz. Kleinere Lose sind notwendig, weil die öffentlichen Auftraggeber – egal ob unter CDU, SPD oder der Linken – sonst überhaupt keine Chance haben. Wenn Sie die regionale Wirtschaft wirklich fördern wollen, dann brauchen wir diesbezüglich ein anderes Herangehen.

Die Linke hat im Übrigen seit vielen Jahren einen eigenen Unternehmerverband – OWUS –, von dem wir viele Hinweise für unsere Politik bekommen, was sehr vernünftig ist, denn diese Hinweise helfen uns dann auch gerade in der Sozialpolitik.

Ich will vor allen Dingen auf eines verweisen: Wir haben in Berlin den Wirtschaftssenator gestellt, hatten Regierungsverantwortung in Mecklenburg-Vorpommern und stellen jetzt in Brandenburg den Wirtschaftsminister. Sie alle können eine sehr erfolgreiche Politik vorweisen. Harald Wolf hat in Berlin unter einer rot-roten Regierung endlich einen einheitlichen Unternehmensservice geschaffen. Er hat außerdem in Berlin/Brandenburg eine Clusterentwicklung gefördert. Und weil wir letzte Woche die Diskussion über die Frauenquote in Aufsichtsräten hatten: In Berlin hat Harald Wolf als Wirtschaftssenator und zugleich Frauensenator den bundesweit höchsten Anteil von Frauen in Aufsichtsräten öffentlicher Unternehmen erreicht. Das kann sich doch wirklich sehen lassen.

Jetzt habe ich eine umfassende Erfolgsgeschichte, muss aber leider wegen der Redezeit abbrechen; ich weiß, Herr Präsident. Lassen Sie mich nur noch ein kleines Beispiel nennen. Helmut Holter hat in meinem Bundesland ein Mikrodarlehensprogramm für Existenzgründer geschaffen. Die Welt – wirklich keine linke Zeitung – hat geschrieben, das sei europaweit einmalig. Dieses Lob gehört hierher.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Tobias Lindner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Mittelstandspolitik muss Verantwortung zeigen



Tobias Lindner *1982
Landesliste Rheinland-Pfalz

Lassen Sie mich mit einem Geständnis beginnen: Als ich heute morgen zu dieser Debatte gegangen bin – es war ja die Koalition, die sie auf die Tagesordnung gesetzt hat –, da hatte ich als junger Abgeordneter tatsächlich für einen Moment die naive Hoffnung, Sie, Herr Brüderle, würden etwas über die Inhalte Ihrer Mittelstandspolitik erzählen. Einen Moment lang hatte ich diese naive Hoffnung. Nun ist es ja so, dass ich als Pfälzer Sie auch phonetisch dekodieren kann.

Wir haben von Ihnen keine Bilanz und auch keine großen Zukunftspläne der Koalition gehört. Nein, es gab nur die Aussage: Deutschland geht es gut. – Da würde ich Ihnen in einigen Punkten überhaupt nicht widersprechen. Ansonsten besteht das mittelstandspolitische Programm dieser Koalition einzig und allein noch in Abwehrreaktionen und Halbwahrheiten im Hinblick auf grüne und zugegebenermaßen auch rote Steuerpolitik. Wenn das Ihre Mittelstandspolitik ist, dann ist das ein Armutszeugnis.

Unternehmen in Deutschland – vor allen Dingen Mittelständlern – geht es um drei Dinge: Chancengleichheit, Planbarkeit und Durchschaubarkeit von Regeln.

Fangen wir mit der Chancengleichheit an und sprechen kurz über Steuern. Deutschland gehen durch kreative und aggressive Steuergestaltung multinationaler Großunternehmen jährlich schätzungsweise bis zu 150 Milliarden Euro an Steuern verloren. Weltbekannte Kaffeehäuser und internationale Buchketten zum Beispiel zahlen hier so gut wie keine Steuern. Der deutsche Mittelstand kann entsprechende Steuergestaltungsschlupflöcher allerdings nicht nutzen. Das ist alles andere als Chancengleichheit. Da müssen wir gerade im Interesse des deutschen Mittelstands gegensteuern.

Lassen Sie mich noch auf einen zweiten Punkt eingehen. Die wichtigste Voraussetzung, damit es dem Mittelstand in diesem Land gut geht, sind vernünftige Rahmenbedingungen, ist eine gute Infrastruktur, die nicht einzig und allein aus Beton besteht, sondern zum Beispiel auch Breitbandinternetanschlüsse und die Verfügbarkeit von Fachkräften umfasst.

Der wichtigste Rohstoff, den wir in diesem Land haben, ist Grips. Die wichtigsten Voraussetzungen sind eine gute Bildungspolitik und eine gute Fachkräftepolitik.

Dafür brauchen wir einen handlungsfähigen Staat, und dafür brauchen wir auch und gerade einen Staatshaushalt, der endlich einmal die Altschulden in den Blick nimmt und die Voraussetzungen für vernünftige Finanzen und dauerhaft stabile Rahmenbedingungen schafft. Deshalb fordern wir von Bündnis 90/Die Grünen eine zeitlich befristete und zweckgebundene Abgabe auf hohe Vermögen.

Jetzt kommen wir zu einem anderen Punkt – es ist schon interessant, dass man das gerade einer vermeintlich bürgerlichen Regierung erklären muss –: Es muss erst etwas erwirtschaftet werden, bevor man etwas verteilen kann.

Bevor Sie über Steuern reden, sollten Sie besser einmal über die Voraussetzungen reden, die erfüllt sein müssen, um Gewinn zu erzielen. Diesbezüglich war Ihre Rede, lieber Herr Brüderle, ganz schwach.

Ich will noch etwas zum Thema Planungssicherheit sagen: Das Gegenteil von Planungssicherheit ist das, was Sie im Moment bei der Energiewende machen. Vier Novellen zum EEG in den letzten Jahren – können Sie mir erklären, wie ein Mittelständler, der die Energiewende als Chance begreift, angesichts dessen Investitionsentscheidungen treffen soll? Ich kann ihm das nicht erklären.

Jetzt reden wir einmal über Innovationspolitik. Jeder hier im Haus hält den Begriff „Innovation“ gerne hoch: Ja, wir müssen innovativ sein. Sie haben von „Hidden Champions“ geredet. Es ist natürlich richtig, dass unser Marktvorteil in den hochspezialisierten kleinen Unternehmen besteht. Aber sind in Deutschland wirklich die Voraussetzungen gegeben, dass wir aus den Innovationen eine Menge Gewinn ziehen können? Schauen Sie sich doch einmal den IT-Bereich an. Ich

glaube nicht, dass wir in Deutschland unbegabtere oder untalentiertere Informatiker oder Gründer als in anderen Ländern haben. Aber warum sind dann Firmen wie Yahoo, Facebook oder Google in den USA entstanden? Aus zwei Gründen: zum einen, weil an den Hochschulen in den USA eine ganz andere Kultur herrscht und die Strukturen dort ganz anders sind. Dort entstehen auf eine ganz andere Art und Weise aus Ideen Unternehmen. Zum anderen gibt es dort viel mehr privates Wagniskapital. Diese Regierung ignoriert faktisch die Frage, wie wir zu mehr privatem Wagniskapital in Deutschland kommen, wie wir diesbezüglich die richtigen Anreize setzen können.

Sie reden immer gerne über Bürokratieabbau und betonen, wie unbürokratisch alles sein müsste.

Ihr Mittelstandsprogramm besteht nur aus Abwehrreaktionen und Halbwahrheiten.

Schauen wir uns einmal Ihre Innovationsförderung an: Im Etat des Bundeswirtschaftsministers findet man einen Dschungel an Förderprogrammen. Viele größere Unternehmen können da noch gut durchblicken. Sie haben Spezialisten, die wissen, wie man den Antrag schreibt und wo man Geld herbekommt. Aber viele Mittelständler, die eine Idee haben, haben weder Zeit noch Leute, um konkrete Anträge zu schreiben. Denen wäre mit einer steuerlichen Forschungsförderung

besser gedient. In Ihrem Koalitionsvertrag steht, dass Sie eine steuerliche Forschungsförderung anstreben. Sie hatten vier Jahre Zeit, aber Sie haben nichts gemacht, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Koalition.

Hubertus Heil hat schon erwähnt, was der DIHK-Chef über die Mittelstandspolitik dieser Bundesregierung sagt. Ihre Hightech-Strategie, zu der diese Woche ein Treffen stattfand, wird vielfach gerade von mittelständischen Unternehmen kritisiert und als Rohrkrepiierer bezeichnet. Das Problem ist, dass Sie sich auf den Erfolgen, die zu der derzeitigen Situation geführt haben, ausruhen, anstatt die Herausforderungen der nächsten Dekade in den Blick zu nehmen. Ich prophezeie Ihnen: Wenn das so weitergeht, werden wir in den nächsten Jahren die Folgen Ihrer Unterlassungen zu spüren bekommen.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen.

Mittelständische Unternehmen zeichnen sich speziell in Deutschland insbesondere dadurch aus, dass sie nicht nur den Gewinn im Blick haben. Ja, Gewinn ist nötig, damit ein Unternehmen am Leben bleiben und wachsen kann. Mittelständische Unternehmen übernehmen aber auch Verantwortung, Verantwortung für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für ihre Familien und für die Eigentümer. Mittelständische Unternehmen denken über den Tag hinaus und haben ein breites Blickfeld. Das muss eine Mittelstandspolitik in den Blick nehmen. Diese Eigenschaften muss man bei einer Politik für den Mittelstand berücksichtigen. Das Gegenteil davon ist das, was Sie tun. So kann und darf es nicht weitergehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)



Auch mittelständisch geprägt: die deutsche Handfeuerwaffenindustrie

Dr. Philipp Rösler, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Sie machen das Gegenteil von dem, was nötig ist



Philipp Rösler *1973
Bundesminister

Die Stärke der deutschen Wirtschaft ist ihre Struktur im Allgemeinen und die mittelständische Struktur im Speziellen. Ja, es ist richtig: Unsere mittelständischen Unternehmer sind regional tief verwurzelt. Sie leisten Hervorragendes. Sie bringen hervorragende Produkte, Technologien und Dienstleistungen auf den Markt. Sie haben ein hervorragendes Verhältnis zu ihren Beschäftigten, und sie sind weltweit anerkannt.

Deswegen bin ich den Regierungsfractionen sehr dankbar dafür, dass sie genau dieses Thema heute auf die Tagesordnung gesetzt haben. Denn eines ist doch klar: Mittelstand ist nicht nur eine Frage von Strukturen, ist nicht nur eine Frage von Kennzahlen, sondern – Rainer Brüderle hat es gesagt – der unternehmerische Mittelstand in Deutschland ist weit aus mehr. Er ist eine Geisteshaltung, der sich diese Koalition in besonderer Weise verpflichtet fühlt.

Leider mussten wir gerade in den letzten Monaten feststellen: Sie haben nicht nur kein Interesse mehr, sondern Sie fangen jetzt auch langsam an, massiv Politik gegen den unternehmerischen Mittelstand in Deutschland zu betreiben.

Überall da, wo Sie in den Ländern Verantwortung tragen, machen Sie das Gegenteil von dem, was der Mittelstand in Deutschland heute braucht.

Stabiles Geld, Fachkräftesicherung, Bezahlbarkeit von Energie, Forschung, Technologie und Innovationen – dazu sollten sich die Grünen übrigens erst recht nicht äußern – sowie neue Märkte, neue Chancen. Das sind aktuell die Themen bei jedem Mittelstandsbesuch von Politikern, egal welcher Fraktion.

Schauen wir uns einmal an, was Sie da machen. Ihre Europapolitik

besteht doch darin, durch Europa zu reisen – so wie es gerade Ihr Spitzenkandidat getan hat – und nach der Rückkehr gegen solide Haushalte zu wettern. Das ist Ihre Europapolitik. Sie wollen eine Vergemeinschaftung von Schulden, Sie wollen am Ende Euro-Bonds, und das Schlimme daran ist, dass Sie hier in Deutschland die Steuern erhöhen wollen, um die Schulden in anderen europäischen Staaten zu bezahlen.

Beim Thema Fachkräftesicherung spricht Herr Dr. Lindner von Grips. Das finde ich schön. Aber schauen Sie sich doch einmal rot-grüne Bildungspolitik in den Ländern an. Als Allererstes wollen Sie das Sitzenbleiben abschaffen, um den jungen Menschen zu zeigen: Leistung lohnt sich nicht. Das ist Ihre Bildungspolitik und Ihr einziger trauriger Beitrag zur Fachkräftediskussion in Deutschland.

Energiepolitik. Gerade nach der letzten Woche finde ich Ihre Haltung wirklich bemerkenswert. Sie blockieren doch jede Reform, jeden kleinen Fortschritt bei der Verbesserung der Förderung der erneuerbaren Energien im Sinne von Bezahlbarkeit.

Ich sage Ihnen: Sie sind durch Ihre Politik verantwortlich dafür, wenn in den nächsten Monaten die Strompreise steigen. Sie sind für jede künftige Strompreissteigerung in Deutschland verantwortlich.

Nehmen wir uns einmal das Beispiel Belastungen vor. Wenn wir Ihnen vorwerfen würden, dass Sie den Mittelstand belasten, dann könnten Sie sagen: Nein, es ist die Aufgabe der Regierung, etwas für den Mittelstand zu tun.

Die taz von heute – ja, ich gebe zu, ich muss mich outen, auch ich lese die taz – hatte eine dazu passende Überschrift. Es geht in dem Artikel um die Belastungen durch Rot und Grün, insbesondere durch die Grünen und die Dinge, die Sie morgen und am Wochenende auf Ihrem Bundesparteitag beschließen wollen. Die Überschrift lautet: „Grün am Steuer, das wird teuer“.

All das, was Sie vorhaben, bedeutet 40 Milliarden Euro Belastungen für den Mittelstand, für die gesellschaftliche Mitte; dazu kommen noch die neuen Pläne der Grünen. Das ist Ihre Mittelstandspolitik für Deutschland.

Schauen Sie sich den Bereich Forschung und Technologie an. Wir haben das Zentrale Innovationspro-

gramm Mittelstand. Es gilt als Goldstandard der Innovationsförderung im Mittelstand. Was ist Ihr Beitrag gerade für junge Unternehmen, die hochkreativ sind, die hochinnovativ sind? Stichwort Wagniskapital. Sie haben durch Ihre Politik im Bundesrat zunächst verhindert, dass es volles Gründungskapital für junge Start-up-Unternehmen gibt, weil Sie als Allererstes genau dieses Streubesitzkapital, dieses Gründungskapital besteuern wollten. So sieht Ihre Innovationsförderung aus. Das ist eine Schande, und das schadet gera-

Wolfgang Tiefensee, SPD:

Wir brauchen konkrete Politik für den Mittelstand



Wolfgang Tiefensee *1955
Landesliste Sachsen

Herr Brüderle, Herr Minister Rösler, bei Ihnen beiden ist im Zusammenhang mit dem Mittelstand das Wort „Geisteshaltung“ vorgekommen. Ich konstatiere: Mittelstand ist für Sie etwas, was sich im Geiste abspielt, aber nicht etwas, was in konkrete Maßnahmen mündet. Das ist der große Unterschied zwischen dem, was Sie dem Mittelstand anbieten, und dem, was der Mittelstand braucht.

Wir brauchen eine konkrete Politik für den Mittelstand.

Herr Rösler, die Jacke muss ja ganz schön brennen, wenn Sie hier derartige Pappkameraden aufbauen und dann beschießen: wenn Sie so tun, als ob die SPD etwas vorschläge, was Sie zu bekämpfen hätten. Ich möchte das im Einzelnen einmal durchdeklinieren.

Erster Punkt. Der Mittelstand braucht eine verlässliche Basis, was die Finanzierung anbetrifft. Die SPD ist angetreten, den Wählerinnen und Wählern deutlich zu machen, wie wir

den neuen Unternehmen in Deutschland.

Neue Märkte, neue Chancen. In jeder Debatte im Wirtschaftsausschuss wird aufs Neue kritisiert, dass der deutsche Mittelstand exportstark ist, dass unsere Produkte, Dienstleistungen und Technologien nachgefragt werden. Da wird kritisiert, dass wir Außenhandelsbilanzüberschüsse haben.

Diese wollen Sie reduzieren. Es ist kein Nachteil, wenn man Überschüsse hat, sondern das ist ein Beweis für die Leistungsfähigkeit unseres Mittelstandes in Deutschland.

Abschließend. Herr Kollege Heil, Sie haben hier mit Grabesstimme eine Grabesrede auf den Mittelstand gehalten.

Das ist für Ihre Mittelstandspolitik bezeichnend. Erst haben Sie den Mittelstand nicht wahrgenommen, dann haben Sie ihn im Bundesrat

bekämpft. Aber die Krönung war das Thema „IHK und Übergabe der Präsidentschaft“; Sie haben davon berichtet. Ihr Spitzenkandidat war dort – er ist ja sonst sehr geschickt – und hat den Unternehmern, dem versammelten Mittelstand in Deutschland, erzählt, dass er – Punkt eins – eigentlich gar keine Steuererhöhungen will und dass er – Punkt zwei – eine Vermögensteuer ohne Substanzbesteuerung will.

Ich glaube, er glaubt selber nicht daran, meine Damen und Herren. Es fängt langsam an, dass Rote, Grüne und Linke den Mittelstand in Deutschland verhöhnen. Das ist Ihre Mittelstandspolitik, und das, meine Damen und Herren, werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

das Geld, das der Mittelstand braucht – zum Beispiel für seine wirtschaftsnahen Infrastruktur –, beschaffen wollen. Wenn die SPD einschließlich ihres Kanzlerkandidaten deutlich sagt: „Der Mittelstand soll gestärkt werden, der Mittelstand soll entlastet werden, der Mittelstand soll auf Verlässlichkeit und Planbarkeit setzen können“, und wenn wir sagen: „Wir werden den Mittelstand nicht in seiner Substanz besteuern“, dann können Sie, Herr Rösler, hier nicht immer wieder diesen zusammengelimiten Pappkameraden aufstellen und so tun, als müssten Sie ihn beschießen.

Das Zweite. Sie behaupten gebetsmühlenartig, dass wir im Bundesrat etwas verhindern würden, was dem Mittelstand nützt.

Gehen wir das einmal im Einzelnen durch: Der Mittelstand braucht die energetische Sanierung der Gebäude. Am Verhandlungstisch sitzen zwei Parteien: auf der einen Seite der Bund, auf der anderen Seite die Länder. Der Bund hat ein Konzept für eine steuerliche Entlastung vorlegt, dessen Umsetzung die Länder Hunderte von Millionen Euro kosten würde.

Das können die Länder im Zusammenhang mit der Schuldenbremse nicht stemmen. Die Bundesregierung hat die Mittel für das KfW-Programm – die KfW ist die Hausbank des Mittelstands – zurückgezogen. Dann brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn die Länder gegen Ihre Vorschläge stimmen. Sie sind diejenigen, die mit ihrem schlechten Programm zur energetischen Gebäudesanierung die Verhinderung im Bundesrat provoziert haben; deswegen wird dem Mittelstand das Geld nicht zukommen. So wird eine Wahrheit daraus.

Das Gleiche gilt für die Bekämpfung der kalten Progression. Auch da wiederholen Sie gebetsmühlenartig, der Bundesrat sei schuld, dass die kalte Progression nicht bekämpft werden könne. Dabei wissen Sie genau, dass die Gelder, die dafür nötig wären – es geht um reichlich 1 Milliarde Euro –, nicht vorhanden sind. Die Länder wissen nicht, woher sie dieses Geld nehmen sollen – es sei denn, Sie würden die unsägliche und sinnlose „Hotelsteuer“ abschaffen und die dadurch zusätzlich eingenommenen Gelder dafür einsetzen. Dann hätten Sie wahrscheinlich den Bundesrat einschließlich der rot-grünen Länder an Ihrer Seite.

Wenn man danach fragt, was Sie für den Mittelstand tun, muss man auch hier wieder sagen: Fehlanzeige. Wir wollen etwas für den Mittelstand tun, auch bei den Finanzen.

Gehen wir ein weiteres Feld durch: Herr Brüderle, Sie haben keinen einzigen Satz zur Fachkräftesituation und zum demografischen Wandel gesagt. Wenn Sie tatsächlich – so wie wir – in den letzten Wochen und Monaten mit Mittelständlern geredet hätten, dann wüssten Sie: Für den Mittelstand ist das ein drängendes Problem. Dieses Problem hat drei Facetten.

Erstens. Wir müssen für bessere Bildung sorgen. Woher soll das Geld dafür kommen? Das Kooperationsverbot haben Sie nicht angefasst. Wir werden es anfassen.

Wir wollen, dass es eine Ausbildungsgarantie gibt, dass junge Leute die Schule nicht ohne Abschluss verlassen.

Fortsetzung von Seite 5: Wolfgang Tiefensee (SPD)

Zweitens. In einer Debatte vor zwei Jahren, als Sie eine Art Mittelstandspapier eingebracht haben, im Februar 2011, haben Sie gesagt – ich habe es noch einmal nachgelesen –: Wir wollen mehr Frauen in den Chefeseln. – Das ist interessant im Hinblick auf die Debatte in der letzten Woche. Was tun Sie eigentlich, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Freizeit zu erleichtern? Sie schaffen ein Betreuungsgeld. Dieses Betreuungsgeld gehört aber abgeschafft, damit wir hier vorankommen.

Drittens. Es stellt sich die Frage, wie wir, wenn das gesamte Potenzial nicht reicht und wir das Potenzial der älteren Arbeitnehmer ausgeschöpft haben, auch Menschen aus dem europäischen, dem internationalen Raum zu uns holen können. Was tun Sie? Fehlanzeige! Die Bluecard ist ein Witz.

Ich habe im Tagesspiegel unlängst von einem jungen Mann gelesen, Herrn Shaam, einem Harvard-Studenten, der hierher gekommen ist. Er kann kein Konto eröffnen, weil er keinen Wohnsitz hat, und weil er kein Konto hat, bekommt er keine Wohnung. Er dreht sich im Kreise. Nur weil es Leute gibt, die ihn privat unterstützen, konnte er hier überhaupt aktiv sein und mittlerweile 14 Arbeitsplätze schaffen. Was tun Sie eigentlich dafür, dass Deutschland eine Willkommenskultur für diejenigen hat, die wir hier dringend brauchen? Fehlanzeige, Herr Minister, und Sie müssten das aufgrund Ihrer Vita eigentlich besser wissen.

Ein weiteres Thema ist die wirtschaftsnahe Infrastruktur. Wir verhandeln heute indirekt zum Beispiel auch über Public-private-Partner-

ship. Was ist aus diesem Instrument geworden? Schauen Sie sich einmal die Firma „Partnerschaften Deutschland“ an, die wir gegründet haben. Die Anzahl der Projekte im Bereich PPP ist nahe null. Das verantworten Sie. Dieses Finanzierungsinstrument, das nicht zuletzt auch für die Kommunen segensreich ist, haben Sie sträflich vernachlässigt. Wir werden das ändern und dieses Instrument dort, wo es sinnvoll ist, wieder einsetzen.

Ich komme nun zum Thema Energie. Herr Brüderle, wenn Sie zu den Unternehmern gehen – wir haben das in der letzten Zeit getan –, dann hören Sie dort immer wieder die Frage: Wie können

wir die Energiepreise bezahlbar halten? – Wir haben hier Vorschläge auf den Tisch gelegt. Was findet man bei Ihnen? In Ihrem Antrag steht doch tatsächlich:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Energiewende mit ... Augenmaß umzusetzen ...

Der Mittelstand ist bei der SPD besser aufgehoben als bei Schwarz-Gelb.

Na, großartig!

Wo sind die konkreten Projekte, zum Beispiel dafür, das EEG so zu reformieren, dass aus dem Markteinführungsinstrument ein Marktdurchdringungsinstrument wird, und dafür, dass die Energienetze genauso wie die IT und die Infrastruktur im Hinblick auf die Mobilität vorangetrieben werden? Fehlanzeige!

Chaos zwischen den Ministerien! Keine Abstimmung zwischen Europa, dem Bund, den Ländern und den Regionen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit diesem Chaos kann der Mittelstand in Zukunft nicht zum stabilen Anker für die Volkswirtschaft werden. Deshalb wenden sich immer mehr Mittelständler unserer Politik zu. Das haben wir in den letzten Monaten erfahren.

Wir hoffen, dass wir recht bald all das, was Sie in unseren Anträgen und in unserem Mittelstandspapier lesen, durchsetzen können.

Der Mittelstand ist sowohl mit seinen Stärken als auch mit seinen Sorgen, Nöten und Befürchtungen bei der SPD besser aufgehoben als bei Schwarz-Gelb.

(Beifall bei der SPD)

Lena Strothmann, CDU/CSU:

Die Regierungskoalition hilft dem Mittelstand auch in Zukunft



Lena Strothmann *1952
Wahlkreis Bielefeld

Wir sind vor allen Dingen stolz auf unseren Mittelstand. In Deutschland hat der Mittelstand eine besondere Ausprägung. Hier liegt ein Unterschied zu unseren europäischen Nachbarn. Auch in anderen Ländern gibt es viele kleine und mittlere Betriebe; aber bei uns ist die hohe Qualität der Arbeit der Standard. Die Treue zu den Mitarbeitern ist fest verankert, und die Ausbildungsquote ist hoch, höher als in der Industrie.

Das unternehmerische Denken ist geprägt von Verantwortung, besonders im Handwerk auch von Familienstrukturen. Rendite um jeden Preis ist nicht das oberste Ziel.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Krise 2008/2009 hat es sich gezeigt: Es gab wenig Entlassungen. Die Verbraucher waren unbeeindruckt und sorgten für eine gute Binnenkonjunktur. Es gab keine Kreditklemme, und die Betriebe haben relativ schnell wieder investiert. – Das ist die Basis für unseren Wohlstand in den letzten Jahren. Wir wollen diese Basis erhalten und vor allen Dingen stärken. Steuererhöhungen, wie SPD und Grüne sie planen, sind schädlich. Denn Mittelständler können rechnen. Einen Euro kann man eben nur einmal ausgeben: für Steuern und Abgaben oder eben für Arbeitsplätze und Investitionen.

Mittelstand braucht also keine Steuerandrohung, er braucht Unterstützung, zum Beispiel bei der Fachkräftesicherung. Wir stecken schon mittendrin im Fachkräftemangel. In

vielen Branchen werden schon jetzt Mitarbeiter gesucht, der Markt ist praktisch leergefegt, und es wird immer schwieriger, Stellen zu besetzen. Deshalb ist die Fachkräftesicherung das A und O.

Das setzt aber voraus, dass wir junge Menschen zu Fachkräften ausbilden. Das Handwerk weiß das und tut das bereits seit Jahren. Aber im letzten Jahr konnten 15 000 Lehrstellen im Handwerk nicht besetzt werden, und im gesamten Mittelstand waren es schätzungsweise 60 000. Das finde ich alarmierend.

Deshalb werben wir intensiv um Nachwuchs. Wir brauchen die jungen Menschen als Fachkräfte, für Führungspositionen, als Betriebsgründer, aber eben auch für -Betriebsübernahmen. Denn jedes Jahr stehen über 20 000 Handwerksbetriebe zur Übergabe an, weil die Inhaber das Rentenalter erreicht haben. Geeignete Nachfolger zu finden, wird immer schwieriger.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Mittelstand, das Handwerk sind bei der Ausbildung sehr engagiert. Die Ausbildungsquote beträgt im Handwerk fast 10 Prozent. Das ist herausragend, und das muss auch so bleiben.

Wir stellen aber auch einen Trend zu mehr Bildung fest. Immer mehr junge Menschen wollen Abitur machen. Das ist gut so. Aber Deutschland ist auch ein Industrieland. Wir brauchen mehr gewerblich-technische Fachkräfte. Jugendliche mit gewerblich-technischen Ausbildungen

haben auf dem Arbeitsmarkt, was den Mittelstand angeht, die besten Chancen, und sie haben dort viele individuelle Aufstiegsmöglichkeiten, die vielen leider nicht bekannt sind.

Deshalb kommt der Berufsorientierung in den Schulen ein wichtiger Part zu.

Hier kommen Schüler und Lehrer oft zum ersten Mal mit Mittelstand und Handwerk in Berührung. Allein im Handwerk gibt es über 130 Ausbildungsberufe. Nach dem Gesellenbrief gibt es noch viele weitere Weiterbildung- und Karrieremöglichkeiten und ebenso gute Verdienstmöglichkeiten.

Auch viele Eltern kennen die Chancen des dualen Systems für ihre Kinder nicht. Deshalb kooperieren viele Betriebe schon mit regionalen Schulen, zum Teil auch mit Kindergärten. Ich glaube, das ist der richtige Weg.

Wir müssen einfach mehr für die duale Ausbildung bei unseren Jugendlichen werben. Andere Länder mit einem verschulten Berufsbildungssystem und einer akademisierten Bildung haben derzeit eine sehr hohe Zahl arbeitsloser Jugendlicher. Der Zusammenhang ist offensichtlich: Unser Mittelstand und das duale System verhindern eine hohe Jugendarbeitslosigkeit in unserem Land. Auch das gehört zum Erfolgsrezept des „German Mittelstand“.

Obwohl das duale System bereits seit vielen Jahren als Exportschlager gilt, waren unsere Nachbarn bislang sehr zögerlich mit der Einführung. Ein Grund dafür war zum Beispiel, dass es natürlich Geld kostet – für den Staat, aber vor allen Dingen auch für die Betriebe. Noch schrecken die Betriebe zurück; sie erkennen aber zunehmend die Chancen. Ich würde es begrüßen, wenn sich das duale System schneller europaweit durchsetzen würde.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gehört aber auch zu einer ehrlichen Debatte über die Fachkräftesicherung, dass wir sowohl gute Ausbilder als auch

genügend Ausbilder brauchen. Ausbilder sind im Handwerk unsere Meister. Das duale System und der Meisterbrief gehören zusammen, und alle Versuche in Brüssel, den Meisterbrief auszuhöhlen, sollten wir gemeinsam im Keim ersticken.

Die Meisterfortbildung ist nicht nur eine Auszubilderschulung, sondern auch eine Unternehmerschulung. Hier wird das Rüstzeug für Gründung und Leitung eines Unternehmens erworben. Aber leider gehen die Gründerzahlen im Handwerk zurück. Gerade Firmengründungen sind wichtig, weil damit Wachstum und Beschäftigung erhalten werden.

Leider ist in Deutschland die Kultur der Selbstständigkeit noch nicht so stark ausgeprägt wie in anderen Ländern. Selbstständigkeit und Unternehmertum erfordern Einsatz und Verantwortung; sie sind aber auch immer ein Risiko. Deshalb verdient jeder, der diesen Schritt wagt, Unterstützung und Anerkennung.

Die Regierungskoalition und die Bundesregierung geben diese Unterstützung. Wir fördern Existenzgründer, Innovationen und neue Ideen, wir geben Entfaltungsmöglichkeiten und helfen bei der Finanzierung. Wir helfen ausbildungswilligen Betrieben, und wir tragen zur Fachkräftesicherung bei. Der Mittelstand in Deutschland wird deswegen auch in Zukunft stark bleiben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Roland Claus (Die Linke), Dr. Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen), Ernst Hinsken (CDU/CSU), Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD) sowie Dieter Jasper und Reinhold Sendker (beide CDU/CSU). Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

Noch nie waren in der deutschen Geschichte so viele Menschen in Beschäftigung.

Debatte zur Lohn- und Sozialpolitik / 237. Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 25. April 2013

Peer Steinbrück, SPD:

Es geht um den Wert einer solidarischen Gesellschaft



Peer Steinbrück *1947
Landedliste Nordrhein-Westfalen

Was hat Deutschland stark gemacht? Ganz unzweifelhaft die industriellen Fertigkeiten und unsere industrielle Wettbewerbsfähigkeit, unzweifelhaft unser sehr starker Mittelstand mit einem besonderen unternehmerischen Ethos, unzweifelhaft eine sehr gute Forschungslandschaft, universitär und außeruniversitär, die duale Ausbildung – das konnte ich gerade am Sonntag wieder feststellen, als ich erlebte, wie 1 110 Jungmeisterinnen und Jungmeister von der Handwerkskammer in Düsseldorf ihre Urkunden erhalten haben – und die soziale Partnerschaft.

Aber Deutschland hat noch mehr stark gemacht, zum Beispiel das Aufstiegsversprechen für alle tüchtigen und fleißigen Bürgerinnen und Bürger oder die Chance auf einen besseren Bildungsabschluss, als ihn die Eltern hatten, oder die faire Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg oder intakte Kommunen, die Leistungen für diejenigen bereitstellen, die sich Bildung, Sport, Kultur, Sicherheit und Kinderbetreuung nicht privat leisten können, oder auch der Sinn für Maß und Mitte, für Anstand und Fairness oder ein, wenn man so will, rheinischer Kapitalismus, also eine soziale Marktwirtschaft, die genau erkannt hat, dass der soziale Ausgleich die wesentliche Voraussetzung ihrer Existenzberechtigung ist.

Was ist nun der Befund heute? Deutschland ist zweifellos nach wie vor ein starkes Land, aber nicht alle haben Zugang zu Teilhabe. Viele sehen ihre Leistung eben nicht anerkannt, geschweige denn angemessen belohnt. 6,8 Millionen Menschen arbeiten für einen Stundenlohn von weniger als 8,50 Euro, 1,4 Millionen sogar für weniger als 5 Euro. Fast 1,5 Millionen Menschen zwischen 25 und 35 Jahren haben keinen Schul- und keinen Berufsabschluss. 71 von 100 Akademikerkindern gehen an

die Hochschule, aber nur 24 von 100 Kindern aus Arbeiterfamilien. Frauen verdienen im Durchschnitt 22 Prozent weniger als Männer. Staat und Politik befinden sich in einem Schraubstock, ausgelöst durch die Finanzmarktkrise, in der Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden. Sie sind erpressbar geworden. Der Steuerzahler ist zum Garant in letzter Instanz geworden. Bezahlbares Wohnen wird inzwischen nicht nur in Ballungsräumen zu einem Problem.

Wir haben es deshalb inzwischen in meinen Augen nicht nur mit Parallelgesellschaften in den oberen Etagen bis hin zum Penthouse unseres gesellschaftlichen Gebäudes zu tun, sondern auch mit Parallelgesellschaften unten, mit Menschen, die sich deklassiert und ausgegrenzt fühlen, die sich nicht mehr zugehörig fühlen. Wir haben es nicht nur mit einem Unverständnis vieler Bürgerinnen und Bürger zu tun, dass die persönliche Leistung immer weniger wichtig und immer weniger wert ist. Wir haben es mit Engpässen dahin gehend zu tun, öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge für den überwiegenden Teil unserer Bürgerinnen und Bürger zu finanzieren.

Aber es ist mehr als das. Wir haben es mit unverhältnismäßigen Boni zu tun, die in keinem Verhältnis zur Leistung stehen, mit gefälschten Doktorarbeiten, mit Lobbygesetzen und auch dem lässigen Umgang mit Steuerbetrug. All dies tritt Werte wie Anstand, Ehrlichkeit und Fairness mit Füßen. So empfinden das viele Menschen.

Ich glaube, wir laufen Gefahr, dass Teile der deutschen Eliten und auch politische Beliebtheit das bürgerliche Wertefundament unterminieren könnten. Ehrliche Bankkaufleute sind inzwischen Zocker, und Geiz wird als „geil“ dargestellt und verkauft. Während eine Kassiererin wegen einer Wertmarke für 50 Cent ihren Job verlieren kann, bleiben millionenschwere Steuerbetrüger entweder in der Anonymität oder werden gar nicht erst erkannt, oder sie kommen mit einer Nachzahlung davon. Wie wirkt das auf den überwiegenden Teil der Bürgerinnen und Bürger?

Aus aktuellem Anlass sage ich: Nicht der Fall Hoeneß ist das eigentliche Problem, sondern die vielen unentdeckten Fälle von Steuerbetrug

sind das eigentliche Problem, bei dessen Bekämpfung Sie nicht besonders hilfreich gewesen sind.

Nicht nur die vielen unentdeckten Fälle von Steuerbetrug sind das Problem, sondern auch die legale Steuerermeidung von Konzernen, die die nationalen Steuersysteme gegeneinander ausspielen. Nicht der Fall Hoeneß allein ist das Problem, sondern es sind die Steueroasen, die Briefkastenfirmen zulassen. Es sind Banken, die Geschäftsmodelle und Dienstleistungen anbieten, mit denen man Steuerhinterziehung und Steuerbetrug betreiben kann. Es sind vor allen Dingen auch die Länder, die sich nach wie vor einem automatisierten Informationsaustausch verweigern.

Noch einmal klar festgestellt: Die Bundesregierung hat den Elan, den wir 2009 mit Frankreich und mit der OECD entfacht haben, um Steuerbetrug und Steuerhinterziehung auf internationaler Ebene zu bekämpfen, nicht genutzt. Sie haben eingeschlafene Füße gehabt!

Sie wollten uns ein Steuerabkommen mit der Schweiz präsentieren, das die Steuerbetrüger in der Anonymität belassen hätte und mit einem Ablass hätte davonkommen lassen. Das ist das, was Sie uns nach wie vor als vorbildlich verkaufen wollen. Sie sind nicht einmal in der Lage gewe-

sen, für Deutschland denselben Informationsaustausch herauszuverhandeln, den die USA bezogen auf ihre Steuerbürger in der Schweiz bekommen haben. Sie versuchen, uns diesen Entwurf, der vonseiten der SPD und von den Grünen abgelehnt worden ist, bis heute mit kranken Argumenten schönzureden.

Wenn wir die Auflösung und Relativierung von Werten wie Anstand, Fairness, Ehrlichkeit und soziale Balance weiter dulden, dann sage ich voraus, dass unsere gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung über die Schnödigkeit im Umgang mit diesen Fragen – um einen Begriff von Theo Sommer, dem früheren Herausgeber der Zeit, aufzugreifen – in eine Krise geraten wird, weil die Menschen den Eindruck haben, dass bestimmte Regeln wie Anstand, Fairness und Ausgleich nicht mehr gelten.

Dann hilft es nicht, im Einzelfall bloß enttäuscht zu sein, wie wir das gerade bei Frau Merkel erlebt haben, sondern man muss sich als Regierungschef oder Regierungschefin gefordert sehen, das Wertefundament von Politik und Wirtschaft zu erneuern. Das vermisste ich bei dieser Bundeskanzlerin.

Es geht der SPD in diesem Zusammenhang nicht um irgendeine Sozialromantik, und es geht auch nicht darum, im 150. Jahr unseres Bestehens die nostalgische Beschwörung von Werten zu betreiben. Ich bin vielmehr davon überzeugt, dass nur eine gerechte Gesellschaft auch eine starke Gesellschaft ist.

Ich bin davon überzeugt, dass Gerechtigkeit und ein sozialer Ausgleich eine der wesentlichen Voraussetzungen für wirtschaftlichen Erfolg sind.

Ich bin überzeugt, dass umgekehrt auch gilt, dass der wirtschaftliche Erfolg eine Voraussetzung ist, um so-

zialen Ausgleich zu betreiben. Ich bin davon überzeugt, dass sich eine ungerechte Gesellschaft am Ende für niemanden rechnet, auch nicht für die Wohlhabenden.

Es ist kein Geringerer als der amerikanische Ökonomenobelpreisträger Joseph Stiglitz gewesen, der ein Buch mit dem Titel Der Preis der Ungleichheit geschrieben hat, das auch ins Deutsche übersetzt worden ist. Er macht deutlich, dass der Preis der Ungleichheit nicht nur in einem Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts besteht, sondern dass die Ungleichheit auch einen ökonomischen Preis hat. Deshalb scheue ich mich nicht, von einer Ökonomie der Gerechtigkeit zu sprechen. Ich bin überzeugt, dass Gerechtigkeit nicht nur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt von zentraler Bedeutung ist, sondern sich auch für alle rechnet und für alle rechnen muss.

Ich will das an einigen wenigen Beispielen deutlich machen. Die Ausgrenzung von Frauen aus dem Arbeitsmarkt, wenn sie Kinder haben wollen, ist nicht nur individuell ungerecht, sondern sie ist auch volkswirtschaftlicher Unsinn, insbesondere wenn man sich die Demografie unseres Landes anschaut und weiß, dass junge Frauen inzwischen bessere schulische, berufliche und akademische Abschlüsse machen als Männer.

Dumpinglöhne vernichten Arbeitsplätze bei den verantwortungsbewussten Unternehmen, die sich anständig verhalten.

Und dann sind wir auch noch in der Verlegenheit, den Menschen, die Dumpinglöhne bekommen, mit Aufstockerbeträgen zulasten der Steuerzahler helfen zu müssen, was

Fortsetzung auf Seite 8



Im der Friseurbranche werden die niedrigsten Stundenlöhne bezahlt.

Fortsetzung von Seite 7: Peer Steinbrück (SPD)

an die 10 Milliarden Euro kosten dürfte.

Ein Bildungssystem, in dem nicht Anstrengung und Leistung, sondern das Einkommen oder die Beziehungen der Eltern für den Aufstieg sorgen, ist für die gesamte Gesellschaft und für den Erfolg unserer Volkswirtschaft schädlich.

Gerade wegen der demografischen Entwicklung gilt: Wir dürfen kein Kind zurücklassen.

In der Schule muss ebenso wie im Berufsleben und in Bezug auf Existenzgründungen gelten: Wir brauchen eine zweite Chance.

Finanziell marode Kommunen und verwahrloste Städte produzieren auch verwahrloste Seelen und Köpfe. Sie integrieren sich nicht mehr sozial und kulturell, sondern sie fühlen sich ausgeschlossen. Sie

sind desintegriert, und das verursacht Folgekosten. Das läuft darauf hinaus, dass wir es anschließend mit sozialen Folgekosten zu tun haben, im Zweifelsfall bis hin zu Verwahrlosung und Kriminalität, weil wir unsere Kommunen nicht in den Stand versetzt haben, soziale Brennpunkte zu vermeiden.

Eine ungerechte Gesellschaft verursacht Sozialkosten: Immer mehr Menschen werden von einer Aufstiegschance ausgeschlossen. In der Folge werden sie zwangsläufig resignieren und zu reinen Beziehern von Sozialleistungen. Das ist der Grund, warum wir in einen vorsorgenden Sozialstaat statt in einen reparierenden Sozialstaat investieren müssen.

Ein höherer Beitrag derjenigen, die stärkere Schultern haben, zur Finanzierung öffentlicher Aufga-

ben, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern, die angemessene finanzielle Ausstattung von Kommunen oder auch der Ausbau der Kinderbetreuung anstelle des Betreuungsgeldes sind daher nicht bloß Einzelentscheidungen, die hier im Berliner Politikbetrieb quasi aus wahl- und machtarithmetischen Überlegungen getroffen werden sollten. All das sind vielmehr Entscheidungen, denen aus meiner und aus SPD-Sicht eine klare Idee zugrunde liegen muss, wie das Miteinander in unserer Gesellschaft organisiert werden soll, wie wir gesellschaftliche Teilhabe organisieren, wie wir in einem modernen Deutschland für Gleichberechtigung sorgen können.

Es ist die Idee von einer Gesellschaft, in der die Bürger sich belohnt fühlen. Es ist die Idee von einer Gesellschaft, in der Bürger morgens aufstehen und antreten. Es ist die Idee von einer Gesellschaft, in der man bereit ist, sich anzustrengen und gegebenenfalls auch Opfer in Kauf zu nehmen. Es ist die Idee von einer Gesellschaft, die Leistung honoriert, die gegen die großen Lebensrisiken wie Krankheit, Altersarmut und Arbeitslosigkeit absichert, die aber auch allen Menschen eine zweite, gegebenenfalls sogar eine dritte Chance gibt. Es ist die Idee von einer Gesellschaft, in der Reichtum nicht verteufelt wird, in der Armut aber auch nicht der Caritas zugeführt wird.

Es ist die Idee von einer Gesellschaft, die individuelle Lebensent-

würfe ermöglicht und sich gleichzeitig dem Gemeinwohl verpflichtet sieht.

Es geht nicht nur um den Preis für eine solidarische Gesellschaft, sondern es geht in meinen Augen vor allen Dingen um den Wert einer solidarischen Gesellschaft. Deshalb will ich sagen: Wettbewerbsfähigkeit und Wertbindung gehören in einem modernen Deutschland nach Auffassung der SPD zusammen. Genau das ist der Grund für Deutschlands Erfolgsgeschichte. Genau das macht die Stärke Deutschlands aus, und genau darum wird es am 22. September dieses Jahres gehen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD - Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Wir gehen den Weg der Fairness und der wirtschaftlichen Vernunft



Ursula von der Leyen *1958
Bundesministerin

Heute sind eine viertel Million Kinder weniger in Hartz IV. Das ist die Wirklichkeit in dem Land, in dem Angela Merkel seit sieben Jahren regiert. Die Erfolge am Arbeitsmarkt kommen bei den Menschen an.

Ja, Herr Steinbrück, ich habe den Antrag, zu dem Sie hier heute eigentlich reden sollten, im Gegensatz zu Ihnen gelesen. Von Steuerpolitik steht in dem Antrag der SPD nichts.

Aber in dem Antrag steht, dass die Einkommensschere in Deutschland auseinandergegangen ist.

Ja, das stimmt. Die Einkommensschere ist durch die Agenda 2010 auseinandergegangen. Aber seit den letzten drei Jahren schließt sie sich wieder, und zwar dank der guten Wirtschaftslage und dank der guten Tarifabschlüsse.

Es ist richtig, dass der Arbeitsmarkt durch die Agenda 2010 geprägt ist; auch das gehört mit zum Betrachten der Wirklichkeit.

Sie von der SPD schaffen es, hier einen Antrag einzubringen – über die-

sen debattieren wir hier –, in dem Sie auf 14 Seiten wortreich eine Agenda für 2020 darlegen, ohne auch nur mit einem einzigen Wort die Agenda 2010 zu erwähnen, geschweige denn, dass Sie die Urhebererschaft dafür haben.

Was ist eigentlich mit Ihnen los? Schämen Sie sich dafür, oder was ist mit Ihnen passiert?

Das Ziel der Agenda 2010 war, den Arbeitsmarkt flexibler zu machen und Menschen in Beschäftigung zu

bringen, die vorher keine Chance hatten. Das wurde erreicht.

Aber die rot-grüne Agenda war handwerklich so lausig gemacht, dass sie schwere Gerechtigkeitslücken gerissen hat, die wir hinterher alle flicken mussten.

Wir mussten die Konstruktionsfehler der Agenda 2010 beheben. Das Bundesverfassungsgericht hat Ihnen die Jobcenterreform um die Ohren gehauen. Wir mussten die Jobcenter auf feste Füße stellen. Hätten wir das nicht getan, gäbe es heute in Deutschland keine Jobcenter.

Das Bundesverfassungsgericht hat Ihnen Ihre Hartz-IV-Reform um die Ohren gehauen. Rot-Grün hat die Hartz-IV-Regelsätze teilweise geschätzt. Wir haben sie berechnet und verfassungsfest gemacht.

Am schlimmsten ist, dass Rot-Grün die Kinder in Hartz IV vollständig vergessen hat.

Keinen einzigen Cent für den Zugang zu Teilhabe und Bildung der Kinder haben Sie bei der Berechnung von Hartz IV hineingerechnet. Das hat Ihnen das Verfassungsgericht ins Stammbuch geschrieben. Wir haben das Bildungspaket eingeführt, weil uns die Chancengerechtigkeit der Kinder am Herzen liegt. Sie reden, wir handeln. So sieht das aus.

Rot-Grün hat die Zeitarbeit vollständig dereguliert. Wir halten Zeitarbeit für richtig, aber es muss dabei fair zugehen. Deshalb haben wir den Mindestlohn in der Zeitarbeit eingeführt. Wir haben die Drehtürklause zum Schutz der Beschäftigten eingeführt. Rot-Grün redet von Gerechtig-

keit, wir handeln, wir setzen sie durch.

Herr Steinbrück, ich habe zwei Forderungen herausgehört, die Sie in Ihrem 14-seitigen Antrag, den Sie eben debattieren sollten, erheben. Die eine Forderung lautet: Steuern rauf! Die andere Forderung lautet: Wir wollen den Mindestlohn im Parlament diktieren und die Tarifautonomie nicht mehr respektieren!

Wir gehen einen anderen Weg. Die Zeit der Massenarbeitslosigkeit ist Gott sei Dank vorbei. Fachkräftesicherung, das ist das große Thema in Deutschland. Wir wollen benachteiligte Jugendliche in Ausbildung bringen, und zwar jetzt, da sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt dreht. Auf dem Ausbildungsmarkt ist das Angebot an Ausbildungsplätzen derzeit größer als die Nachfrage. Jetzt ist es an der Zeit, zu handeln. Der Ausbildungspakt ist auf genau diese Jugendlichen konzentriert worden; denn sie brauchen jetzt eine Chance.

Wir kümmern uns auch um die 25- bis 35-Jährigen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die in der Regierungszeit von Rot-Grün nicht nur die Schule geschmissen, sondern auch ihre Ausbildung abgebrochen haben.

Diese Menschen sind jetzt ohne Abschluss in Hartz IV, und sie brauchen eine zweite und eine dritte Chance. Diese geben wir ihnen, und zwar mit unserer Initiative „AusBILDUNG wird was – Spätstarter gesucht“. In den nächsten drei Jahren wollen wir 100 000 dieser jungen Menschen zwischen 25 und 35 Jahren zu einem Abschluss führen. Ich freue mich, dass die SPD diese Initiative, die wir auf den Weg gebracht haben, so gut findet, dass sie sie, nur unter einem anderen Namen, selbst in ihr Programm schreibt. Sie reden, wir handeln. Hier sieht man es wieder.

Das setzt sich bei den Frauen fort. Sie haben eben das Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ angedeutet. Wie war denn die Ge-

schichte der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie?

Wer hat denn 1996 den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz eingeführt?

Es ist die Union gewesen.

Wer hat denn dafür gesorgt, dass es ab 2013 den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz gibt? Es ist die Union gewesen. Sie reden, wir handeln. Wir sorgen für eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Wer hat denn den Mindestlohn in der Pflege eingeführt? Es ist diese Regierung gewesen. Vom Mindestlohn in der Pflege profitieren insbesondere Frauen, meine Damen und Herren. Sie reden, wir handeln. Das ist das, was sich hier und heute herauskristallisiert.

Ich bin der festen Überzeugung: Wir brauchen die Älteren am Arbeitsmarkt. Ich habe vermisst, dass Sie zu diesem Thema etwas sagen. In Ihrem Antrag steht dazu etwas, wenn auch in verklausulierter Form. Warum haben Sie darüber nicht gesprochen? Wir debattieren heute schließlich Ihren Antrag.

Es haben noch nie so viele Ältere über 55 Jahre Arbeit in Deutschland gehabt wie heute.

Rot-Grün sieht die Älteren immer nur vom Defizit her; Sie sehen nur, was sie nicht können, und sagen nur, was Sie ihnen nicht zutrauen.

Wir machen das anders. Wir sind der Meinung, dass ältere Menschen Lebenserfahrung und Stärken haben. Wir brauchen sie am Arbeitsmarkt. Deshalb ist uns daran gelegen, nicht nur dafür zu sorgen, dass sie länger in den Betrieben bleiben, sondern jetzt auch dafür zu sorgen, dass gerade die arbeitslosen Älteren bessere Chancen bekommen, eingestellt zu werden. Wir begleiten die älteren Menschen bis in die Betriebe hinein, um ihnen eine Perspektive zu geben, aus der Arbeitslosigkeit herauszukommen.

Auch schwerbehinderte Menschen haben aufgrund der guten Arbeitsmarktsituation eine große Chance – auch dazu habe ich von Ihnen nichts gehört; auch was dieses Thema an-

**Wir
mussten die
Konstruktions-
fehler bei der
Agenda 2010
beheben.**

geht, haben Sie zu Ihrem Antrag nichts gesagt –, aber sie profitieren nicht so stark wie alle anderen Gruppen. Deshalb müssen wir noch mehr Anstrengungen unternehmen, um dafür zu sorgen, dass Menschen mit Behinderung besser in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden.

Die Bundesagentur für Arbeit nimmt gezielt 2,5 Milliarden Euro pro Jahr in die Hand, um diesen Menschen den Schritt ins Arbeitsle-

ben zu erleichtern. Im Rahmen der „Initiative Inklusion“ haben wir weitere 100 Millionen Euro alloziert, um dazu beizutragen, dass gerade junge Menschen mit Behinderung den Weg in die Ausbildung und den ersten Arbeitsmarkt schaffen.

Meine Damen und Herren, entlarvend ist, dass die SPD in ihrem 14-seitigen Papier über Deutschland 2020 kein einziges Wort über Zuwanderung oder Integration verliert.

Das ist nicht unser Zukunftsbild von Deutschland!

Wir brauchen die Gruppe der Zuwanderer und der Migranten am Arbeitsmarkt, und wir schätzen sie, meine Damen und Herren.

Deshalb haben wir die Anwerbestoppausnahmeverordnung, dieses aufgeblähte Monster, ersatzlos gestrichen. Wir haben stattdessen die Bluecard eingeführt und die Beschäftigungsverordnung im Hinblick auf

Facharbeiter neu geordnet. Für uns zählt nicht, woher jemand kommt, sondern für uns zählt, ob er oder sie gemeinsam mit uns dieses Land voranbringen wird. Das ist unsere Haltung im Hinblick auf Deutschland 2020.

Meine Damen und Herren, das SPD-Papier – über das der Kandidat hier leider nicht debattiert hat, das aber auf der Tagesordnung steht – zeigt, dass die SPD nach der voll-

ständigen Deregulierung im Rahmen der Agenda 2010 mit ihrer Agenda 2020 jetzt eine maximale Regulierung erwartet und anstrebt. Und wie wir eben gehört haben: Sie reden das Land schlecht. Sie gehen von einem Extrem ins andere.

Wir gehen den Weg der Fairness und der wirtschaftlichen Vernunft, wir gehen den Weg der Mitte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Klaus Ernst, DIE LINKE:

Die Arbeit ist billiger und unsicherer geworden



Klaus Ernst *1954
Landesliste Bayern

Es ist schon bemerkenswert, wie sich hier zwei Parteien, die sich eigentlich – wie ich in den letzten acht Jahren im Bundestag erlebt habe – bei sehr vielen Aktionen im Prinzip einig waren, jetzt darüber streiten, wer von ihnen eigentlich der Schlimmere war.

Ich möchte noch einmal feststellen, Frau von der Leyen: Das, was Sie eigentlich erreichen wollten – mehr Beschäftigung in Deutschland –, haben Sie nicht erreicht. Ausschlaggebend ist nämlich nicht, ob mehr Leute im Niedriglohnbereich beschäftigt sind – da gibt es natürlich einen Zuwachs – oder ob mehr Leute in befristeter Beschäftigung sind – da gibt es auch einen Zuwachs –, sondern das wirkliche Maß kann nur die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden sein.

Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden hat in der Bundesrepublik Deutschland trotz der Deregulierung am Arbeitsmarkt nicht zugenommen. Das müssen Sie einmal nüchtern zur Kenntnis nehmen, Frau von der Leyen!

Die Arbeit ist billiger geworden, die Arbeit ist unsicherer geworden, und die Arbeitsverhältnisse haben sich für viele Menschen dramatisch verschlechtert.

Ich möchte heute vor allen Dingen etwas zu dem Antrag der Linken zum Mindestlohn sagen. Wir hätten heute die Chance, gemeinsam – mit Ihnen von den Regierungsfractionen

– eine riesige Ungerechtigkeit in diesem Lande zu beseitigen. Um was geht es? Es geht um nicht weniger als die Einhaltung unserer Verfassung. In Artikel 1 des Grundgesetzes steht:

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Es gehört zur Würde, meine Damen und Herren, dass Menschen, die vollzeitbeschäftigt sind, von ihrer Arbeit leben können und nicht hinterher zum Amt gehen müssen, weil das Geld nicht reicht. So etwas entspricht nicht unserer Verfassung.

Diejenigen, die 3 oder 4 oder 5 Euro die Stunde verdienen, sind insbesondere Frauen. Mich freut ja Ihr Engagement, Frau von der Leyen – wir haben Sie dabei ja unterstützt, auch wenn Ihnen Ihre eigene Partei von der Fahne gegangen ist –, für mehr Frauen in Führungspositionen.

Aber wo bleibt Ihr Engagement für die vielen Frauen in diesem Land – es betrifft überwiegend Frauen –, die zu niedrigsten Löhnen arbeiten müssen? In dieser Frage, Frau von der Leyen, haben Sie völlig versagt, da haben Sie null Engagement gezeigt.

Frau von der Leyen, ich möchte Ihnen noch einmal in aller Klarheit sagen: Sie haben einen Eid auf die Verfassung geleistet – und nicht auf das Programm der Arbeitgeberverbände, die die Mindestlöhne eigentlich verhindern wollen.

Sie regieren mit Ihrer Haltung gegen Mindestlöhne gegen das Volk. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger will Mindestlöhne: Laut Emnid sind es 86 Prozent der Bürgerinnen und Bürger. Übrigens ist auch eine Mehrheit in Ihrer Partei für Mindestlöhne. Auch die Mehrheit der SPD-Wähler ist für einen Mindestlohn. Ich garantiere Ihnen: Sie werden in dieser Frage schneller rückwärts laufen, als Sie nach rückwärts gucken können. Sie werden noch merken – auch bei den Wahlen; das

hoffe ich sehr –, dass Sie eine Mehrheit in diesem Lande gegen sich haben. Übrigens sind auch die Selbstständigen, Herr Brüderle, für die Einführung eines Mindestlohns. Sie sehen: Auch Ihre Klientel ist in dieser Frage weiter als Sie selbst.

Die Koalition hat sich auf die Fahne geschrieben: Leistung soll sich lohnen. – Ich frage: Lohnt sich denn tatsächlich eine Leistung bei einem Stundenlohn von 3 oder 4 Euro?

Wenn man zum Aufstocken zum Amt gehen muss, lohnt sich diese Leistung nicht. Ein Viertel der Beschäftigten sind Niedriglöhner. 1,4 Millionen Menschen verdienen weniger als 5 Euro die Stunde; die Zahlen haben wir hier des Öfteren diskutiert. Lohnt es sich denn tatsächlich für einen Rettungssanitäter – das sind die, die uns von der Straße auflesen, wenn uns etwas passiert ist –,

etwas zu leisten, wenn er dafür weniger als 9 Euro die Stunde bekommt? Ist das tatsächlich eine Entlohnung, die dem angemessen ist, was dieser Mensch leistet? Ich sage: Die Mehrheit der Menschen ist für einen

vernünftigen Mindestlohn, weil ein Mindestlohn etwas mit Gerechtigkeit zu tun hat. Mit aller Klarheit: Wer einen Mindestlohn ablehnt, wie Sie das tun, der hat mit der Mehrheitsmeinung in diesem Land und dem Gerechtigkeitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger nichts mehr am Hut.

Sie werden nicht müde, negative Beschäftigungswirkungen bei der Einführung eines Mindestlohns zu konstataren. Es gibt weltweit keine einzige Studie – keine einzige! –, die Ihnen mit Ihrer Position recht gibt. Ich möchte bitte schön gerne einmal wissen, wo Sie diesen Unfug eigentlich herhaben. Die Realität ist ganz anders. Selbst in England, wo der Mindestlohn schon seit Jahren gilt, sagen die Unternehmerverbände: keine negativen Auswirkungen.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger will Mindestlöhne: Laut Emnid sind es 86 Prozent.

Daneben führen Sie gerne das Argument Frankreich an und sagen: Dort ist die Jugendarbeitslosigkeit so hoch, weil es dort einen Mindestlohn gibt. – Wissen Sie, was das Problem ist? Durch das Lohndumping in der Bundesrepublik, dadurch, dass wir keine Mindestlöhne haben und die Löhne sinken, sind wir Mitverursacher der Arbeitslosigkeit in Frankreich und bei anderen europäischen Nachbarn. Deshalb müssen wir vor dem Hintergrund der internationalen Lage auch bei uns einen Mindestlohn einführen.

Weil ich mich immer freue, wenn Sie sich so aufregen, will ich natürlich auch noch etwas zur Tarifautonomie sagen:

Dass Sie sich zum Schutzpatron der Tarifautonomie machen, ist wirklich interessant. Ich kann mich noch an Ihre Vorschläge erinnern, das Streikrecht einzuschränken. Hat das die Tarifautonomie gefördert oder eher behindert? Ich kann mich auch noch an Rogowski erinnern, den Arbeitgeberpräsidenten. Der war Ihrem Lager eh bei weitem näher als jedem anderen hier im Haus. Er wollte Tarifverträge verbrennen. Und Sie machen sich zum Schutzpatron von Tarifverträgen! Darüber kann ich nicht einmal mehr lachen. Das glaubt Ihnen doch kein Mensch.

Sie argumentieren, dass die Tarifautonomie letztendlich eingeschränkt werden würde, wenn wir einen Mindestlohn auf einem unteren Level festlegen würden. Merkwürdigerweise sind die Gewerkschaften, also die Träger dieser Tarifautonomie, selber dafür, dass Mindestlöhne eingeführt werden. Diese sehen darin also keinen Versuch, die Tarifautonomie einzuschränken. Sie tun das aber.

Glauben Sie nicht, dass die Gewerkschaften selber wissen, was für ihren Job wichtiger ist? Glauben Sie wirklich, sie brauchen Sie dazu? Glauben Sie wirklich, die Gewerkschaften brauchen den Rat der FDP dafür, wie die Tarifautonomie zu verteidigen ist? Das wäre genauso, als wenn der FC Bayern Ihren Rat dafür brauchen würde, wie man besser Tore schießt.

Die braucht er überhaupt nicht. Genauso wenig brauchen die Gewerkschaften Ihren Rat dafür, wie man Tarifverträge verteidigt; denn ich sage Ihnen: Sie haben mit Tarifautonomie eigentlich nichts am Hut. Wenn Sie im Kern Ihrer Gedanken wirklich für Tarifautonomie wä-

ren, dann würden Sie dazu beitragen, dass die Tarifautonomie gestärkt wird.

Was müssten Sie dann machen? Sie müssten dann dafür sorgen, dass wir starke Gewerkschaften haben, die sich für höhere Löhne einsetzen. Ist das Ihre Position? Das würde mich wundern. Seit wann ist die FDP für starke Gewerkschaften? Sie müssten dann auch für eine Ausweitung des Streikrechts eintreten, weil ein starkes Streikrecht die Voraussetzung dafür ist, dass die Gewerkschaften im Rahmen der Tarifautonomie auch tätig sein können. Sie sind mit Ihrer Politik doch mitverantwortlich dafür, dass es in der westlichen Welt nur noch zwei Länder gibt, in denen weniger gestreikt wird als in der Bundesrepublik, nämlich die Schweiz und den Vatikanstaat. Darauf können Sie stolz sein.

Darum sage ich: Wenn Sie sich um die Tarifautonomie kümmern, dann habe ich immer leichte Bedenken.

Durch die Politik, die wir hier heute auch diskutieren, sind die Gewerkschaften nachhaltig geschwächt worden:

Dafür war natürlich die Einführung von Hartz IV verantwortlich, weil die Leute dadurch Angst vor Arbeitslosigkeit haben, was die Kampfkraft der Gewerkschaften natürlich nicht stärkt. Daneben nenne ich die Deregulierung der Arbeit, die Tatsache, dass Beschäftigte befristet eingestellt werden, die Leiharbeit und die Werkverträge, Frau von der Leyen.

Sie nehmen die Gewerkschaften hier immer in die Pflicht, das vernünftig zu regeln. Gleichzeitig tun Sie aber nichts dafür, dass die Leiharbeit wieder beschränkt wird, dass die befristete Beschäftigung eingedämmt wird und dass der Zwang, jede Arbeit annehmen zu müssen, egal wie sie bezahlt wird, beseitigt wird. Wenn das so bleibt, dann schwächen Sie die Gewerkschaften. Deshalb traue ich Ihnen beiden nicht über den Weg, wenn Sie die Tarifautonomie verteidigen. Sie werden es mir nachsehen.

Ich kann Ihnen auch sagen, dass trotz der Tarifverträge niedrige Löhne gezahlt werden: im Fleischerhandwerk 6,19 Euro pro Stunde, in der Floristik 5,26 Euro pro Stunde, im Garten- und Landschaftsbau – im Westen – 6,25 Euro pro Stunde. Trotz der Tarifverträge!

Fortsetzung von Seite 9: Klaus Ernst (DIE LINKE)

Warum – Sie können hier auf die bösen Gewerkschaften schimpfen; die haben das abgeschlossen – ist das so? Es ist so, weil die Voraussetzung für die Durchsetzung eines vernünftigen Tarifvertrags ist, dass man stark ist und streiken kann. Sonst sind Tarifverhandlungen nichts als kollektives Betteln. Ich habe das oft erlebt. Ich sagen Ihnen: Wir müssen, wenn wir Tarifautonomie und Streikrecht verteidigen wollen, alles tun, um die entsprechenden Gesetze zu ändern – und das tun wir leider nicht.

Ihre Politik ging in die Richtung: Gewerkschaften schwächen, Löhne senken, und dann sollen es die Gewerkschaften über die Tarifautonomie wieder richten. – Das haut nicht hin. Meine Damen und Herren, das, was Sie eigentlich tun, ist die Verteidigung von Niedriglöhnen. Damit ist die seit Jahren praktizierte Haltung der Parteien CDU, CSU und FDP mitverantwortlich für Löhne, von denen Menschen nicht mehr leben können. Heute hätten wir die Möglichkeit, das zu korrigieren.

Meine Damen und Herren, ich komme aber nicht umhin, noch einmal anzusprechen, warum dieses Problem überhaupt vorhanden ist. Kanzler Schröder hat explizit gesagt, er möchte die Einführung eines Niedriglohnsektors, und hat sich dafür selber gelobt. Dafür wird er von der SPD auch heute noch auf den Sockel gestellt.

Es wird immer wieder behauptet, die SPD habe damals den Mindestlohn nicht eingeführt, weil die Gewerkschaften dagegen gewesen seien. Das ist eine interessante Argumentation. Die

Gewerkschaften waren ja auch gegen die Agenda 2010, und trotzdem hat die SPD sie durchgesetzt. Die Gewerkschaften waren auch gegen die Rente mit 67, und trotzdem hat die SPD sie durchgesetzt. Die Gewerkschaften waren gegen die Deregulierung des Arbeitsmarktes, und trotzdem hat die SPD sie durchgesetzt. Zu sagen „Die Gewerkschaften waren schuld, dass wir den Mindestlohn nicht eingeführt haben“, das ist wirklich pure Heuchelei.

Ich bin trotzdem froh, dass Sie zumindest in dieser Frage auf den Pfad der

Tugend zurückgekommen sind. Deshalb werden wir dem Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung eines Mindestlohns zustimmen, obwohl ich der geplanten Mindestlohnhöhe eigentlich nicht zustimme; 8,50 Euro sind zu wenig. Das wäre ein Lohn zulasten Dritter. Jeder, der einen solchen Lohn sein ganzes Leben bekommt, ist später auf Grundsicherung im Alter angewiesen. Das wollen wir nicht. Deshalb sind wir für einen Mindestlohn von 10 Euro.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Heinrich L. Kolb, FDP:

Sie stehen nicht für das, was sie sagen



Heinrich L. Kolb *1956
Landesliste Hessen

Eine große Inszenierung war geplant. Die SPD-Fraktion verfasst, wie ich jetzt feststellen muss, mit heißer Feder einen Antrag „Deutschland 2020 – Gerecht und solidarisch“. Der Kanzlerkandidat gibt den Arbeiterführer. Wenn das, was Sie, lieber Peer Steinbrück, heute Morgen hier abgeliefert haben, Ihr Ziel ist, dann muss ich sagen: Das war einfach blamabel.

Es ist deutlich geworden, warum Sie bei den Menschen in diesem Lande nicht ankommen: weil das, was Sie sagen, abgehoben wirkt. Sie stehen nicht für das, was Sie sagen. Ich will Ihnen das an einigen Beispielen erläutern.

Sie reden viel über Chancengerechtigkeit; aber als Kanzlerkandidat stehen Sie für eine Politik der Umverteilung. Das ist ein Widerspruch. Das passt nicht zusammen. Das muss man hier sehr deutlich feststellen. – Umverteilung, das ist die Sozialpolitik der Gleichheit. Das mag für Sie noch gelten. Aber Chancengerechtigkeit, das ist die Sozialpolitik der Freiheit, lieber Peer Steinbrück, und damit hat die SPD und damit haben Sie persönlich nichts am Hut. Das will ich hier einmal sehr deutlich sagen.

Immerhin hat er es geschafft – das muss ich einräumen –, zu dieser Debatte zu kommen. Als wir heute Morgen über den Mittelstand ge-

sprochen haben, den Sie, lieber Peer Steinbrück, in Ihrer Rede ja so hoch gelobt hatten, da konnten Sie Ihre Anwesenheit offensichtlich nicht einrichten. Ich weiß nicht, ob Sie keine Lust oder keine Zeit hatten oder ob einfach das schlechte Gewissen Grund für Ihre Abwesenheit gewesen ist. Schließlich wissen Sie natürlich, was Sie dem Mittelstand mit ihren steuerpolitischen Vorhaben zumuten. Das geht an die Wurzel unserer Volkswirtschaft. Den kleinen und mittelständischen Unternehmen, den Handwerksbetrieben, den kleinen Einzelhändlern, den Freiberuflern wollen Sie ans Zeug, und damit werden Sie eine erfolgreiche Wirtschaft nicht auf- und ausbauen können.

Wer die Wörter „Bildung“ und „Bildungsgerechtigkeit“ in den Mund nimmt – nichts „hätte, hätte, hätte“, lieber Peer Steinbrück –, der muss sich auch fragen lassen, wie es er beziehungsweise die Parteifreunde, die Genossinnen und Genossen, dort halten, wo sie die Mehrheit haben. Bildung findet dadurch statt, dass Unterricht in Schulen gegeben wird. Wie sieht es denn in einem Land wie Hessen, schwarz-gelb regiert, aus? Da werden in diesem Schuljahr 2 000 Lehrer neu eingestellt.

In Nordrhein-Westfalen, wo Rot-Grün vor kurzem die Macht übernommen hat, werden 7 000 Lehrstellen abgebaut.

Das ist das Gegenteil von Bildungsgerechtigkeit und Bildungschancen. Das hilft jungen Menschen nicht weiter.

Wer das Wort „Gerechtigkeit“ im Munde führt, der muss sich auch fragen lassen, wie er es mit der Leistungsgerechtigkeit hält. Da ist das Thema „kalte Progression“ eines, das wir hier auf den Tisch bringen müssen, und wir tun das auch heute; denn die SPD war es, die im Bundesrat verhindert hat, dass die Vorschläge zum Abbau der kalten Progression Gesetz werden. Sie haben den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – der Krankenschwester, dem

Handwerker, dem Facharbeiter – nicht gegönnt, dass sie, wenn sie eine Lohnerhöhung oder Gehaltserhöhung erhalten, von dieser auch wirklich profitieren. 3,5 Milliarden Euro wären das für die Menschen in diesem Lande gewesen.

Die SPD, die einmal von sich behauptet hat, sie sei die Partei der kleinen Leute, hat im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss gegen diese Vorhaben votiert.

Wir wollen die Menschen entlasten, wir wollen, dass sie mehr Netto vom Brutto haben. Da, wo wir es konnten, haben wir es getan: Durch die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge haben wir eine Entlastung um 10 Milliarden Euro realisiert. Da, wo wir Sie brauchten, haben Sie die Hand verweigert.

Sie wollten die Menschen in diesem Lande nicht entlasten, und es ist schändlich, dass Sie sich so verhalten haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das, was Sie sagten, lieber Peer Steinbrück, hat deswegen nicht verfangen, weil schon Ihr Ansatz der falsche ist. Sie mussten ja selbst einräumen:

Deutschland ist ein starkes Land. – Ja, und auch die letzten vier Jahre sind gute Jahre für Deutschland und für die Menschen in Deutschland gewesen, mit guten Arbeitsplatzchancen, mit guten Lohn- und Gehaltssteigerungen.

Deswegen können Sie hier dann nicht den Miesmacher geben, was Ihnen offensichtlich Ihre Partei so aufgeschrieben hat. Wenn Sie also noch einmal den Arbeiterführer versuchen, sollten Sie dies unbedingt auch mit einem neuen Redenschreiber angehen.

Das ist mein Rat, den ich Ihnen hier noch einmal sehr deutlich mitgeben will.

Nein, das, was die SPD hier präsentiert, ist politische Beliebigkeit. Ich habe Ihren Antrag gelesen und sehe es so ähnlich wie die Ministerin. Ich habe gedacht: Nach der Agenda 2010 kommt jetzt ein großer Wurf, Deutschland 2020. – Aber es ist wirklich viel heiße Luft. Ich sage es Ihnen noch einmal: Bei

einem zweiten Aufguss kommt, wenn Sie sich einen Kaffee kochen, nur noch eine dünne Brühe heraus. Genau das ist der Antrag der SPD, der heute hier in Rede steht.

Damit können Sie nicht erfolgreich sein.

Vier gute Jahre haben verdient, in die Verlängerung zu gehen. Deswegen werden wir bis zum 22. September dafür kämpfen und auch gewinnen. Deutschland hat vier weitere gute Jahre verdient.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir wollen die Menschen entlasten, wir wollen, dass sie mehr Netto vom Brutto haben.



Die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di kämpft seit längerem für die Einführung eines Mindestlohns.

Katrin Göring-Eckardt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die soziale Frage ist auch ökonomisch entscheidend



Katrin Göring-Eckardt *1966
Bundestagsvizepräsidentin

Frau von der Leyen, letzte Woche haben alle darauf gewartet, dass Sie hier etwas sagen würden. Diese Woche haben Sie geredet - um Ihr politisches Überleben. Sie hatten nichts zu sagen, die eigenen Leute sind nicht dagewesen, und Beifall haben Sie höchstens dünnen bekommen.

Das muss man vielleicht einmal klar und deutlich sagen: Das, was Sie denjenigen vorwerfen, die die Agenda 2010 mit dem klaren Ziel auf den Weg gebracht haben, zu fördern und zu fordern, haben Ihre Leute im Bundesrat gemacht, egal ob es um die Leiharbeit ging, egal ob es um das immer weitere Herunterschrauben der Regelsätze ging. Das waren Sie, das waren nicht SPD und Grüne. Sie sind diejenigen gewesen, die das verschlimmbessert haben, gerade für die Arbeitslosen, gerade für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aber dann behaupten Sie hier, Sie handelten.

Frau von der Leyen, letzte Woche haben Sie weder geredet noch gehandelt; aber das sei einmal dahingestellt.

Ansonsten sind Sie nichts weiter als eine große Ankündigungsministerin, auch heute wieder. Sie haben die Lebensleistungsrente angekündigt. Wo ist sie denn? Sie haben die Bekämpfung der Altersarmut angekündigt. Nichts ist passiert. Sie haben angekündigt, als alle davon redeten, dass der Stress am Arbeitsplatz zunimmt, Sie machten eine Antistressverordnung. Nichts! Sie haben Verbesserungen der Werkverträge angekündigt. Nichts! Sie haben sich für den Mindestlohn eingesetzt. Nichts ist passiert.

Entgeltgleichheit, Quote - wir könnten jetzt eine Stunde lang darüber reden, was Sie nicht gemacht haben. Das ist peinlich, und das ist nicht im Sinne der Menschen.

Reden wir über die Realität. Herr Rösler hat diese Woche seiner Partei gesagt, sie möge doch bitte einmal beim Thema Mindestlohn die Le-

bensrealität der Menschen in den Blick nehmen. - Wir stellen fest: Die FDP regiert seit vier Jahren, und zwar nach eigenen Angaben seit vier Jahren an der Lebensrealität vorbei.

Was ist die Realität?

Ich kann Ihnen aber sagen, wie die Situation tatsächlich ist: 6,8 Millionen Menschen in Deutschland arbeiten für einen Stundenlohn unter 8,50 Euro. Das sind diejenigen, die arbeiten und dann aufstocken müssen.

Das sind diejenigen, bei denen nicht mehr von Leistungsgerechtigkeit die Rede ist, sondern die zu echten Hungerlöhnen in Deutschland arbeiten. Das sind zum Teil übrigens auch diejenigen, die in Branchen mit branchenspezifischen Mindestlöhnen arbeiten. Wissen Sie, was passiert? Sie bekommen Löhne von zum Teil unter 5 Euro.

Davon kann man nicht leben. Da kann man auch nicht mehr davon reden, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf Augenhöhe miteinander verhandeln.

Diese Woche, sehr geehrter Herr Kolb, haben wir das gesehen, von dem Sie behaupten, dass es nicht funktioniert: Diese Woche hat das Friseurhandwerk einen Mindestlohn von 8,50 Euro verabredet.

Sie behaupten immer: In einem solchen Fall gehen die Arbeitsplätze flöten. - Sie sind auf dem völlig falschen Dampfer, Herr Kolb. Sie haben nicht in den Blick genommen, dass ein gesetzlicher Mindestlohn für alle Gerechtigkeit bedeutet.

Mit einem Mindestlohn bekommt man Fachkräfte und vermeidet einen Flickenteppich in Deutschland nach dem Motto: Die einen so, die anderen so. Wir sorgen dafür, dass es eine gesetzliche Untergrenze gibt. Das hat mit Gerechtigkeit zu tun. Das hat mit Leistungsgerechtigkeit zu tun. Das hat damit zu tun, dass man endlich anerkennt, was die Leistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wert ist, Herr Kolb.

Ich will gerne bei der Lebensrealität bleiben. Drei Viertel der über 7 Millionen Minijobberinnen und Minijobber in Deutschland arbeiten für einen Stundenlohn von weniger als 8,50 Euro. Das hat mit Leistungsgerechtigkeit nichts zu tun. Ein Viertel der Erwerbstätigen sind inzwischen atypisch beschäftigt. Sie können mir doch nicht sagen, dass Leiharbeit, dass befristete Beschäftigung, dass geringfügige Beschäftigung, wie sie im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aufgelistet werden, jedenfalls in dem Teil, den Sie mit unterschrieben haben, irgendetwas mit einer Verbesserung der Situation am Arbeitsmarkt zu tun haben. Das Gegenteil ist der Fall.

Insbesondere die Situation der Frauen - da muss man wieder Frau von der Leyen in den Blick nehmen - ist ein Desaster. Fast jede dritte Frau in Deutschland arbeitet für einen Niedriglohn. Die Zahl der Frauen, die von ihrer Arbeit nicht leben können, hat sich seit 2005 verdoppelt. Das ist doch keine Erfolgsbilanz, Frau von der Leyen. Das ist definitiv das Gegenteil.

Ich sage Ihnen ganz klar und deutlich: Die Lebensrealität in Deutschland, was Leiharbeit, Mindestlöhne, die es nicht gibt oder die viel zu gering sind, und die Situation gerade der Minijobberinnen angeht, hat mit dem, was Sie behaupten, nichts zu tun. Minijobberinnen bekommen in der Regel keinen Einstieg in eine reguläre Beschäftigung. Sie, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, behaupten zwar ständig, Minijobs seien eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt. Aber die Frauen, die heutzutage Minijobs haben, kommen zum allergrößten Teil nicht in reguläre Beschäftigung. Sie landen entweder wieder zu Hause, in einer kleinen Teilzeitstelle oder in irgendwelchen Überbrückungsmaßnahmen. Sie sind außerdem nicht abgesichert. Deswegen brauchen wir zuallererst

eine Gleichbehandlung der Minijobs, wenn es beispielsweise um Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit und Urlaubsansprüche geht.

Entsprechende Sofortmaßnahmen würden den Mini-jobberinnen und Minijobbern helfen und sie nicht länger als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zweiter Klasse erscheinen lassen. Das sind sie heute tatsächlich. Die meisten haben nur einen Minijob und nichts anderes.

Was mich am meisten aufregt, ist, dass Sie gerade die Arbeitslosen in Deutschland, diejenigen, die arbeiten wollen, zunehmend so behandeln, als ob diese nicht mehr in Ihrem Fokus stünden. Sie haben beim Eingliederungstitel immer weiter gekürzt. Nun wird wieder die Diskussion aufkommen, ob pro Kopf gekürzt wurde oder nicht. Ich sage Ihnen: Ja, Sie haben etwa ein Viertel des Geldes für jede und jeden, die bzw. der in Deutschland leistungsberechtigt ist, gekürzt. Das hat nichts mehr mit Fördern zu tun. Gleichzeitig werden so viele Sanktionen ausgesprochen wie nie zuvor. Sie gängeln die Arbeitslosen, anstatt ihnen zu helfen, wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Eine Alleinerziehende, die Kinder unter drei Jahre aufzieht, braucht natürlich Unterstützung und Hilfe. Deswegen sage ich Ihnen ganz klar: Ihre Kürzungen gehen zulasten der Leistungsberech-

tigten und der Arbeitslosen. Dabei brauchen wir diese Menschen dringend als Fachkräfte in unserem Land.

Damit sind wir beim Fachkräftemangel. Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, hat gesagt, wir müssten jeden Monat 10 000 Einwanderer in Deutschland aufnehmen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Wir brauchen dringend eine vernünftige Einwanderungspolitik, die das angeht. Ja, wir brauchen

mehr Frauenerwerbstätigkeit. Ja, wir brauchen mehr und besser ausgebildete Jugendliche. Ja, wir brauchen eine Kultur gegen Altersarbeit. All das brauchen wir.

Ich will abschließend sagen: Es geht

nicht nur darum, dass wir endlich dafür sorgen müssen, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber wieder auf Augenhöhe sind, sondern auch darum, ob Deutschland wettbewerbsfähig ist, ob Fachkräfte hierherkommen und hierbleiben. Die soziale Frage ist in ökonomischer Hinsicht mindestens genauso entscheidend wie alles andere. Da haben Sie versagt. Das müssen Sie sich in das Stammbuch schreiben lassen. Auch darüber wird am 22. September entschieden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Zahl der Frauen, die von ihrer Arbeit nicht leben können, hat sich seit 2005 verdoppelt.

Karl Schiewerling, CDU/CSU:

Wir kämpfen für eine ordentliche und sachgerechte Politik



Karl Schiewerling *1951
Wahlkreis Cosfeld - Steinfurt II

Man reibt sich verwundert die Augen und fragt sich: Schauen wir auf die Realität, oder stehen wir mitten in einer Nebelwolke? Was Sie bislang hier abgeliefert haben, ist nichts anderes als Nebelkerzen, die dazu dienen, den Blick auf die Realität völlig zu verstellen.

Die Bundesarbeitsministerin hat vorhin in aller Deutlichkeit dargelegt, wie sich die Arbeitsmarktsituation entwickelt hat. Es gibt mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Wollen Sie uns eigentlich ankreiden, dass 29,8 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind? Wollen Sie uns wirklich ankreiden, dass nun insgesamt fast 42 Millionen Menschen in Beschäftigung sind? Wollen Sie uns Rekordüberschüsse in den sozialen Sicherungssystemen ankreiden? Wollen Sie uns eigentlich dafür ausschimpfen, dass es den Menschen in unserem Land besser geht? Was ist das denn für eine Mentalität, wie Sie über Deutschland reden? Nutzen Sie den 1. Mai als Gelegenheit, um den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu sagen: Noch nie in den vergangenen Jahren haben die Menschen laut Umfragen so wenig Angst um ihren Arbeitsplatz gehabt

wie heute. - Das ist die Realität, in der wir leben.

All dies haben wir übrigens erreicht, obwohl uns zu Beginn dieser Koalition vorgeworfen wurde, wir würden massiv in Rechte der Arbeitnehmer eingreifen wollen. Nichts ist passiert. Der Kündigungsschutz wurde nicht gelockert. Es hat keine Benachteiligung oder Hintanstellung der Gewerkschaften gegeben. Trotzdem oder gerade deswegen haben wir eine hervorragende Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und in unserer Wirtschaft. Ich denke, das sind die Botschaften, die wir hier auszusenden haben.

Ich sage an dieser Stelle in aller Deutlichkeit unserer Bundesarbeitsministerin ein Dankeschön dafür, dass sie es ist, die immer wieder auf die Situation der Kinder und Jugendlichen hinweist, dass sie es ist, die

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11: Karl Schiewerling (CDU/CSU)

immer wieder das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Frage der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben aufgreift und umsetzt.

Ich verschweige auch nicht, Herr Kollege Heil und alle anderen, dass wir diese Dinge im Vermittlungsausschuss, in der gemeinsamen Runde zwischen Bundestag und Bundesrat, verhandelt haben. Es war ein mühsames Ringen. Aber die Initiative, den richtigen Weg einzuschlagen, hat die Bundesarbeitsministerin ergriffen.

Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ändert nichts daran, dass es in Deutschland Branchen gibt, in denen es der einen oder anderen Firma schlecht geht, zum Beispiel Opel in Bochum, wo die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um ihren Arbeitsplatz bangen. Heute diskutiert der Landtag in Nordrhein-Westfalen in einer Aktuellen Stunde über die Situation von Opel in Bochum. Ich habe mich doch sehr gewundert, dass der zuständige Landesarbeitsminister nicht an seinem Arbeitsplatz in Düsseldorf ist, sondern sich hier befindet.

Kommen wir zum Inhalt Ihres Antrages. Dort heißt es: „Die Gesellschaft driftet auseinander.“ Hätten Sie den viel zitierten Armuts- und Reichtumsbericht gelesen, dann hätten Sie gesehen, dass die verfügbaren Einkommen steigen. Unter Rot-Grün ist die Einkommensschere auseinandergegangen. Seit 2005 geht die Einkommensspreizung zurück, und gerade die realen Haushaltseinkommen der unteren 40 Prozent der Einkommensbezieher sind stärker als beim Rest der Bevölkerung gestiegen.

Das ist die Wahrheit. Auch wenn das, was Sie verkünden, etwas anderes aussagt: Es stimmt nicht. Vor diesem Hintergrund stellen Sie sich jetzt hin und sagen: Wir machen alles noch gerechter, wir ändern dieses und jenes und machen es solidarischer. Dabei gerät bei Ihnen immer wieder die Zeitarbeit in den Mittelpunkt.

Ich kann es nur wiederholen: Die Änderungen in der Zeitarbeit sind ohne den Bundesrat und ohne die Beteiligung der Union passiert. Rot-Grün hat in den Hartz-Gesetzen die Zeitarbeit so flexibilisiert, dass sie diese Entwicklung genommen hat.

Ich kann nur sagen: Wir haben die Schlecker-Drehtürklausele eingeführt, um die Dinge gerechter zu machen. Wir haben die Tarifpartner dazu gebracht, einen Mindestlohn zu vereinbaren.

Wir sind diejenigen, die dafür gesorgt haben, dass die Menschen in diesem Bereich nach und nach Equal Pay bekommen, was übrigens den Gewerkschaften sehr genutzt hat. Vor kurzem haben uns noch Gewerkschaftsvertreter gesagt, dass sie gerade aus der Zeitarbeit viele neue Mitglieder gewinnen konnten, weil die Menschen gemerkt haben, dass die Gewerkschaften für sie vieles erreicht haben. Herzlichen Glückwunsch! Wir freuen uns darüber.

Das ist der richtige Weg und eine gute Botschaft zum 1. Mai.

Jetzt wollen Sie doch wohl bei 29,8 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, von denen gerade einmal 800 000 als Zeitarbeiter arbeiten, nicht das blanke Elend Deutschlands beschwören. Sie wollen doch wohl nicht die blanke Verelendung Deutschlands an diesen 800 000 Menschen festmachen, die auch noch Löhne erhalten, die die Gewerkschaften ausgehandelt haben, und zudem noch sukzessive Equal Pay bekommen. Ich halte das für ein starkes Stück, was Sie den Deutschen hier vorführen.

Lassen Sie mich einen Satz zu den Minijobs sagen, weil Frau Göring-Eckardt gerade darauf eingegangen ist. Auch dieses Thema ist dazu geeignet, riesige Nebelwolken zu erzeugen. 6,9 Millionen Menschen arbeiten in Minijobs.

Davon sind fast 20 Prozent Jugendliche beziehungsweise Schüler und Studenten. Dazu kommen 20 bis 25 Prozent Rentnerinnen und Rentner. Die Aufstockungsmöglichkeiten und die Minijobs, die sich dann ausgeweitet haben – auch das will ich Ihnen klar sagen, Frau Göring-Eckardt –, sind ohne Zutun der CDU/CSU und der FDP 2003/2004 in den Hartz-Gesetzen verankert worden.

Sie haben die Möglichkeit eröffnet, dass man nicht nur ein normales sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis haben kann, sondern darüber hinaus auch einen Minijob, der dann steuerlich nicht angerechnet wird. Das haben nicht wir gemacht, sondern Sie. In Ihrer Regierungszeit ist die Zahl der Minijobs explosionsartig um 2,3 Millionen angestiegen. Auch das gehört zur Wahrheit. Stellen Sie es hier nicht anders dar!

Wir haben die Opt-out-Regelung eingeführt, sodass die Menschen, die jetzt einen Minijob haben, rentenversicherungspflichtig arbeiten, es sei denn, sie erklären sich gegen die Versicherungspflicht. Das hat dazu geführt, dass wir mittlerweile einen deutlichen Anstieg der Zahl der rentenversicherungspflichtigen Minijobber verzeichnen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch kurz einen Satz zum Mindestlohn sagen.

Auch hier ist wirklich eine Nebelkerze geworfen worden. Wir wollen den tariflichen Mindestlohn. Wir wollen einen Mindestlohn, den Arbeitgeber und Gewerkschaften gefunden haben. Wir wollen den Mindestlohn, der vor allen Dingen dort eingeführt wird, wo keine ordentlichen Tarifverträge bestehen.

Wir wollen, dass dieser Mindestlohn von Arbeitgebern und Gewerkschaften erarbeitet wird. Das ist etwas völlig anderes als ein hier im Parlament kurz vor den nächsten Bundestagswahlen im Wettbewerb zwischen SPD, Linken und den Grünen nach oben getriebener Mindestlohn, der jetzt bei der SPD bei 8,50 Euro liegt und bei den Linken bei 10

Euro. Ich bin gespannt, womit andere noch kommen werden, ob er weiter nach oben getrieben wird.

Das ist keine ordentliche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Diese Politik würde zu einer Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit führen; denn es ist eine Politik der Arbeitsplatzvernichtung, wie wir in einigen Ländern Europas beobachten können.

Aber ein Mindestlohn, den die Tarifpartner finden, ist vernünftig, ist sachgerecht und orientiert sich an der Lebenswirklichkeit der Menschen.

Meine Damen und Herren, für diese ordentliche, sachgerechte Politik werden wir uns weiter einsetzen. Dafür werden wir kämpfen.

Das ist Politik der Union. Wir stehen unter sozialer Gerechtigkeit, Menschen auch teilhaben zu lassen. - Achten Sie darauf, dass Sie die Welt nicht so schwarz malen, dass Sie hinterher selbst nicht mehr durchblicken!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Guntram Schneider, Landesminister für Arbeit, Integration und Soziales:

Wir brauchen generell eine Offensive für bessere Arbeit



Guntram Schneider *1951
Landesminister Nordrhein-Westfalen

Herr Kollege Schiewerling, eine Bemerkung: In Nordrhein-Westfalen gibt es einen Arbeitsminister, der auch etwas von Wirtschaft versteht, und es gibt einen Wirtschaftsminister, der auch etwas von Arbeit versteht.

Wir arbeiten da im Team, und machen Sie sich keine Sorgen über die Präsenz des Wirtschafts- und des Arbeitsministers bei der heutigen Plenardebatte in Düsseldorf zum Thema Opel.

Im Übrigen hat ja Ministerpräsident Rüttgers schon einmal durch persönliche Anwesenheit in Detroit Opel in Bochum gerettet. Ich habe mir sagen lassen, er ist kaum über das Pförtnerhäuschen hinausgekommen.

Auch dies gehört zu den Realitäten.

Verehrte Frau Bundesministerin, Sie haben den Beitrag von Herrn Steinbrück als jämmerlich bezeichnet.

Ich muss Ihnen eines sagen: Es ist jämmerlich, wie Sie, obwohl noch im Amt, mit der Sozialgeschichte umgehen.

Es waren doch nicht Sie, die den Mindestlohn in der Zeitarbeit eingeführt haben. Dieses Thema ist im Rahmen der Verhandlungen zum Bildungs- und Teilhabepaket verhandelt worden, und wir haben Ihnen dies abgerungen. Da waren Sie noch gar nicht so weit, und die Herren Schiewerling und Kolb waren auch intellektuell noch nicht so weit, um zu verstehen, dass dies notwendig ist.

Ähnlich war es auch mit der Schulsozialarbeit. Auch da haben wir einen großen Wurf gelandet. Jetzt geht es darum, hier Anschlussregelungen zu finden, weil sich herausgestellt hat: Die Benachteiligung von armen Kindern kann man nicht nur mit Geld ausgleichen, sondern man muss vor allem die Strukturen verbessern. Dabei spielt die Schulsozialarbeit eine herausragende Rolle.

Meine Damen und Herren, natürlich gibt es in unserer Gesellschaft nicht nur Armut. Auch der nordrhein-westfälische Armuts- und Reichtumsbericht – wir waren da schneller als die Bundesebene; wir brauchten nicht so viel nachzuarbeiten – zeigt auf: In unserer Gesellschaft gibt es immer mehr Menschen, denen es gut bis sehr gut geht; andererseits gibt es immer mehr Menschen, denen es schlecht geht, die arm sind. – Wir verkleistern da nichts; das überlassen wir anderen.

Wir halten uns an die alte Maxime: Politik beginnt damit, dass man sagt, was Sache ist, und nicht mit schöngeistigen Verkleisterungen, die dafür sorgen, dass die Realitäten nicht zum Vorschein kommen.

Es gibt also immer mehr Armut. Natürlich haben wir auch mehr versicherungspflichtige Beschäftigung. Aber ich sage Ihnen nochmals: Sozial ist nicht, was Arbeit schafft, sondern sozial ist, was gute Arbeit schafft.

Zur guten Arbeit gehört, dass man mit dem Einkommen sein Auskommen hat. Weil das in immer weniger Bereichen der Fall ist, brauchen wir einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn.

Wir beginnen hier mit 8,50 Euro. Wir wollen keine parteipolitische Auseinandersetzung um die Höhe des Mindestlohns.

Wir wollen ein Modell in Anlehnung an das, was in Großbritannien praktiziert wird. Da gibt es eine Kommission, die unter Einbeziehung der Preissteigerungsrate, der Lohnentwicklung und der allgemei-

nen Produktivitätsentwicklung – das ist das Entscheidende – Vorschläge für die Fortentwicklung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns macht. Auf diesem Wege sind keine Arbeitsplätze gefährdet worden.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nur sagen: Über 80 Prozent der Menschen wollen einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Sie sollen nicht die Letzten sein, die ihn bekommen; ich stelle dies so fest. Wenn Sie weiter argumentieren wie bisher, dann werden Sie zu den letzten ökonomischen Exoten in diesem Land gehören. Deshalb noch einmal: Passen Sie auf!

Meine Damen und Herren, ich sprach von der guten Arbeit. Dazu gehört die Zurückdrängung befristeter Arbeitsverhältnisse. Es ist skandalös, wenn unter 25-Jährige kaum mehr die Möglichkeit haben, ein unbefristetes Arbeitsverhältnis einzugehen. Und wir brauchen eine neue Regulierung der Leiharbeit. Wir wollen sie zurückführen auf ihren eigentlichen Sinn. Wir brauchen generell eine Offensive für bessere, auch gesunderhaltende Arbeit.

Am 1. Mai schien noch alles verloren. Passen Sie auf! Seien Sie nicht so selbstzufrieden! Wir werden schon die richtigen Mehrheitsverhältnisse für eine soziale und demokratische Zukunft herbeiführen können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Politik beginnt damit, dass man sagt, was Sache ist, und nicht mit schöngeistigen Verkleisterungen.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Johannes Vogel (FDP), Peter Weiß (CDU/CSU), Brigitte Pothmer (Bündnis 90/Die Grünen), Pascal Kober (FDP), sowie Dr. Matthias Zimmer und Max Straubinger (beide CDU/CSU). Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.